

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Guten Morgen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 131. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sieben Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute dürfen wir einem Kollegen zum **Geburts- tag** gratulieren. Herr Kollege **André Kuper** von der Fraktion der CDU feiert seinen Geburtstag. Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch, alles Gute im Namen des gesamten Hauses!

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen, dass der Plenartag nicht unendlich lange dauert, damit Sie noch etwas von Ihrem Ehrentag haben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen sich zwischenzeitlich darauf verständigt haben, den heutigen Tagesordnungspunkt 6 „Zehntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes“, die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 16/13261, und den Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/13681 „Abschiebestopp sofort: Afghanistan ist nicht sicher!“ nicht mehr in Verbindung, sondern separat zu beraten und den Antrag der Piratenfraktion auf die Plenartage im Januar zu verschieben. – Da sich hinsichtlich dieser Änderung kein Widerspruch erhebt, verfahren wir so.

Damit treten wir in die Bearbeitung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/13400

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13700

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13762

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13763

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13764

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13765

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13766

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13767

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13768

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13769

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13770

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13773

dritte Lesung

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 – GFG 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12502

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/13400

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 16/13701 – Neudruck

dritte Lesung

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in
Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13496

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
Drucksache 16/13703

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13771

zweite Lesung

In Verbindung damit:

**Kommunale Steuererhöhungsspirale durch
das Gemeindefinanzierungsgesetz nachhaltig
stoppen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13025

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Kommunalpolitik
Drucksache 16/13382

Hinzuweisen ist noch auf Folgendes: Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13025 wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kommunalpolitik liegt nun mit Drucksache 16/13382 vor, sodass heute über den Antrag debattiert und abgestimmt wird.

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse zum Haushaltsplan sind in den Ihnen vorliegenden Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt.

Nach diesen Vorbemerkungen, die die Debatte strukturieren und verständlich machen, eröffne ich jetzt die Aussprache. – Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, worüber wir heute beraten, ist ein Haushaltsplan mit 3.460 Seiten, der letzte

Haushaltsplan von Rot-Grün. Nach fast siebenjähriger rot-grüner Regierungszeit ist dieser Haushaltsplan Ihre letzte Visitenkarte, Frau Ministerpräsidentin, die Sie den Bürgern und dem Parlament in Form eines Haushalts vorlegen. Aus dem kann man ablesen, welche Prioritäten Sie setzen und wie Ihre Politik ist. Deshalb ist heute auch Zeit für einen politischen Kassensturz. Und noch wichtiger: Es ist die Zeit, über alternative Ideen nachzudenken, wie man das Land wieder voranbringen könnte.

(Beifall von der CDU)

Diese Regierung hat – und das ist die erste Bilanz nach sieben Jahren Regierungszeit – unser Land in zentralen Feldern auf die Schlusslichtplätze im deutschen Ländervergleich geführt.

(Beifall von der CDU)

Das war 2010 noch anders, als Ihnen die Regierungsverantwortung übergeben wurde. – Wir sind Schlusslicht bei den Landesfinanzen. Wir sind Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum. Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der inneren Sicherheit. Und Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der Bildung. Und das muss sich ändern! Das ist nicht hinnehmbar!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Probleme dabei ist, dass Sie tagtäglich Berichte vor Ort, in Medien und von Instituten hören, die die Lage beschreiben, und auf der anderen Seite sitzt eine Regierung, die in Hochglanzbroschüren denkt und sagt: Es ist alles wunderbar. Es muss sich nichts ändern. Dem Land geht es gut.

Ich will Ihnen an ein paar Beispielen allein aus den letzten Tagen, vom heutigen Tag diesen Gegensatz deutlich machen. Wir spüren viel Verunsicherung insbesondere in den Regionen des Landes, denen es schlechter geht als anderen. Wir spüren vor Ort Verunsicherung in vielen Städten des Ruhrgebiets, die eben nicht Anschluss an die Gesamtentwicklung haben, die wir in Deutschland und in anderen Teilen des Landes Nordrhein-Westfalen erleben.

Denen, die diese Sorgen haben, helfen Sie aber nicht dadurch weiter, dass Sie, wie Frau Kraft es gemacht hat, sagen: Das Ruhrgebiet hat heute genau so viele Beschäftigte wie zu den Hochzeiten von Kohle und Stahl. – Die Menschen empfinden das anders. Und wenn man an den Empfindungen der Menschen vorbeiredet, fördert man Populisten. Das ist das Problem von Politik! Das ist das Problem!

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Sie haben gesagt, dass viele Arbeitsplätze beim Strukturwandel verloren gegangen sind. Es sind aber nicht 2,3 Millionen. Auf Nachfrage hat die Staatskanzlei dann ja erklärt, die Frau Ministerpräsidentin habe sich in der Zahl geirrt. – Wenn Sie aber sagen

würden: „Es haben viele Hunderttausend Menschen ihre Arbeitsplätze verloren, und wir – die Regierung bzw. wir als Politik – wollen, dass die Menschen wieder Arbeit haben, und das wird jetzt unsere Priorität sein“, dann wäre das die richtige Antwort. Es ist aber nicht die richtige Antwort, wenn Sie sagen, es sei alles wie bei Kohle und Stahl.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sind am heutigen Tag mit dem Auto hierhergefahren. Im Auto haben wir WDR 2 gehört. Da gab es einen Bericht über Bildungsarmut in Nordrhein-Westfalen. Das war eine Reportage darüber, wie heute die Bildungssituation nördlich der A40 ist.

(Michael Hübner [SPD]: Da bin ich doch mal gespannt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Liebe Kollegen, Sie wissen, dass uns viele Tausend Menschen zuhören. Es wäre auch für Sozialdemokraten gut, die Kultur, zuzuhören und Argumente auszutauschen, zu pflegen, statt diese Brüllerei in den Mittelpunkt zu stellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich stelle fest, wie unruhig Sie bei diesem Thema sind. Ich habe bisher nichts anderes gemacht als zu schildern, was heute Morgen bei WDR 2 lief, und schon sind die Sozialdemokraten auf den Tischen, weil sie glauben, dass da irgendeiner ...

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie es sich einfach an! Ich empfehle Ihnen, die Brüllerei für 40 Minuten einzustellen. Danach können Sie brüllen, wie Sie wollen.

(Beifall von der CDU)

Die Bürger schätzen nämlich auch nicht, wenn Sie den Eindruck haben: Im Parlament wird von einer Seite des Hauses der Gegner niedergebrüllt. Das schätzen die Leute nicht, um das hier mal in aller Klarheit zu sagen.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist lächerlich!)

Ich sage es Ihnen noch einmal: Sie werden sich das jetzt anhören müssen. Das, was viele Menschen empfinden, werde ich hier jetzt vortragen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Gefühlte Realität!)

Nördlich der A40 schildert dieser Bericht, schildern Eltern, schildern Schulleiter im Originalton, sagen Bildungsstudien, dass man Bildungsaufstiegchancen ...

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

– Frau Lüders, auch in Dortmund gibt es eine A40, auch bei Ihnen in der Stadt gibt es Probleme, auch wenn Sie die nicht mehr sehen. Auch in Ihrer Stadt gibt es Probleme. Nördlich dieser A40, so sagt der

Bericht, kann man teilweise Bildungschancen von Kindern an der Postleitzahl erkennen.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das ist doch nichts Neues!)

– Nein, das ist nichts Neues. Deshalb sollten Sie auch sagen: So ist die Realität im Land. – Sie sollten aber nicht sagen: Wir geben immer mehr Geld aus, alles gut, 170 Milliarden € nur für Kinder und Bildung, wie die Ministerpräsidentin gesagt hat.

(Nadja Lüders [SPD]: Sollen wir das lassen?)

Sie sollen die Probleme lösen und ernst nehmen, die die Leute haben.

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP] – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

170 Milliarden € geben wir für Kinder und Bildung aus. Frau Asch, Sie bekommen auch noch die Lösung. Dafür sind wir ja hier. 170 Milliarden € – das sagen Sie den Menschen, die diese Not beklagen – geben wir für Bildung und Kinder aus. Gestern sagten Sie in den Lokalradios: 200 Milliarden € geben wir mit dem Haushalt für nächstes Jahres für Kinder und Bildung aus. Sie verschweigen aber, dass alleine 40 Milliarden € nur die Pensionslasten der Lehrer sind.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Die Leute spüren diese Taschenspielertricks.

(Nadja Lüders [SPD]: Zahlen wir keine Pensionen mehr, oder was ist der Schluss?)

Sie müssen in den Norden des Ruhrgebiets die besten Schulen, die besten Aufstiegschancen geben und nicht mit Finanztricks die Leute für dumm verkaufen. Das ist das, was die Leute aufregt!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweiter Weltmeister beim Täuschen der Leute mit Hochglanzrhetorik ist der Innenminister. Die Leute empfinden: Es gibt No-go-Areas. Sie haben Angst, sich in bestimmte Gebiete hineinzutrauen.

(Zurufe von der SPD)

Ich weiß, dass Sie es stört, dass man das ausspricht. Ein interner Polizeibericht hat in diesen Tagen gesagt: Libanesisches Großfamilien haben das Machtvakuum gefüllt, das die Hells Angels gelassen haben. Diese Berichte landen bei Ihnen im Ministerium. Heute beschreibt „DIE WELT“ in einem großseitigen Artikel die Situation der Polizei in Gelsenkirchen. Und der Minister stellt sich hin und bezeichnet jeden, der das benennt, der die Probleme der Menschen benennt, als geirnlose Zone, nämlich dieses Parlament als No-brain-Area. Das ist das Problem.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn Sie die Probleme der Menschen nicht ansprechen und lösen, fördern Sie die Populisten in diesen Gegenden. Das ist das Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beim Wirtschaftswachstum haben wir ja das Gleiche erlebt. Der Wirtschaftsminister stellt sich hier hin – das haben wir in der letzten Plenarsitzung erlebt –, redet alles schön und sagt: Alles wunderbar. Wir sind auf gutem Wege. Wir haben dies und das gemacht.

Dann kommen die Wirtschaftsinstitute, und dann sagt er: Ja, die sind irgendwie beeinflusst. Das sitzt der Herr soundso im Vorstand. Das glaube ich alles nicht. – Die sagen aber alles das Gleiche. Egal, wo sie politisch stehen, sagen sie: In Nordrhein-Westfalen ist das Wachstum unter dem Durchschnitt der deutschen Länder.

Die richtige Antwort einer Regierung wäre: Ja, wir akzeptieren das. Ja, wir arbeiten daran, dass es besser wird. – Das muss der neue Stil ab nächstem Jahr in diesem Haus sein: Probleme verbessern und nicht Hochglanz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Letztens hat mir eine Bürgerin geschrieben, sie hätte gelesen, die Ministerpräsidentin war beim Papst und hätte ihm eine Grubenlampe überreicht. Es wäre doch viel klüger gewesen, wenn sie als Symbol für Nordrhein-Westfalen eine rote Laterne mitgenommen hätte.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich glaube, das ist das Empfinden, was viele Leute haben, wenn sie an unser Land denken.

Ich erinnere daran, was wir im April hier im Plenum nach der Schocknachricht vom Nullwachstum gesagt haben, nämlich: Wir brauchen eine klare Lageanalyse. Wir brauchen dann einen Schulterchluss, gerne auch über Fraktionsgrenzen hinweg, was denn jetzt geändert werden muss. Und wir brauchen ein Ziel, das Ziel, das wir in der Spitzengruppe der deutschen Länder marschieren. Das muss formuliert werden.

Deshalb will ich ein paar Beispiele nennen, wie wir uns Nordrhein-Westfalen im Jahre 2025, also in einem überschaubaren Zeitraum, an dem wir jetzt arbeiten können, vorstellen. 2025 soll Nordrhein-Westfalen ein Land sein, das in die Zukunft investiert und nicht mehr von seiner Schuldenlast erdrückt wird. Das heißt, wir brauchen bis zu diesem Zeitpunkt konkret beginnend mit der nächsten Regierungsbildung eine effizientere und sparsamere Landesverwaltung. Die Landesverwaltung muss sich auf die Kernaufgaben konzentrieren und darf nicht jeden Tinnel in Programmen regeln.

(Beifall von der CDU)

Wir haben nach 39-jähriger Regierungszeit ...

(André Stinka [SPD]: Wo sind denn die Kernaufgaben? Sagen Sie mal!)

– Ich weiß nicht, ob das gerade alle Kollegen gehört haben. Der Generalsekretär der SPD hat mich gerade gefragt: Was sind denn die Kernaufgaben?

(André Stinka [SPD]: Werden Sie konkret!)

Wenn Sie nicht wissen, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Land bekämpft werden muss, läuft bei Ihnen und Ihren Sozialdemokraten etwas schief, Herr Stinka.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Sie fragen mich tatsächlich, was die Kernaufgaben sind. Das ist fast so, als würden Sie sagen: Ich habe den Zettel nicht gefunden, auf dem meine Projekte stehen.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist doch lächerlich!)

Sie fragen: Was sind denn die Kernaufgaben?

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Was sind denn die Kernaufgaben? Sagen Sie es doch mal!)

Der Generalsekretär der SPD fragt mich, was die Kernaufgaben der Landespolitik sind.

(Jochen Ott [SPD]: Ja, sagen Sie es doch mal!)

Arbeitslosigkeit bekämpfen, innere Sicherheit herstellen, Bildungschancen für Kinder erhöhen – das sind die Kernaufgaben, auf die man sich in diesem Land konzentrieren muss, Herr Generalsekretär.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In der Regierungszeit zwischen 2005 und 2010, nach 39 sozialdemokratischen Jahren, haben wir 32 neue Stellen in der Landesverwaltung geschaffen, nach einem Regierungswechsel.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Sie haben Polizisten abgebaut!)

Sie haben allein in den letzten sieben Jahren ohne einen Regierungswechsel 567 neue Stellen nicht für Lehrer und Polizisten, sondern für Beamte in den Ministerien geschaffen, und die schaffen Sie, um Ihre Ideologie durchzusetzen, weil Sie nicht wissen, was die Kernaufgaben sind. Aus diesem Grund werden Beamte eingestellt, die dann irgendetwas regeln.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Es gab keine neuen Aufgaben!)

Wenn Sie zusätzlich 567 neue Polizisten eingestellt hätten, dann bräuhete der Abteilungsleiter Innen nicht zu sagen,

(Jochen Ott [SPD]: Die Sie abgebaut haben! – Zuruf von Achim Tüttenberg [SPD])

im ländlichen Raum seien wir mit der Polizeipräsenz an der Grenze des Verantwortbaren. Das wäre nicht nötig, wenn Sie statt in Ministerien Ihren Apparat aufzublähen Polizisten auf die Straßen unseres Landes bringen würden.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist blanker Populismus!)

Das ist ein Aspekt, den wir anders machen würden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich finde, unser Land muss sich, ähnlich wie der Bund das bereits tut, an dem Ziel – Stichwort: 2025 – orientieren: keine neuen Schulden und eine Eindrittellösung bei den Steuermehreinnahmen. Das bedeutet Schuldenabbau, Investitionen und Entlastungen der Bürger.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt kommt das Konzept!)

Sie behaupten, die Richtschnur Ihrer Finanzpolitik sei es, zu sparen, zu investieren und die Einnahmehasis zu sichern.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: So ist das!)

Die Wahrheit ist aber: Wir haben bundesweit die höchste Verschuldung, es gibt einen Rückgang der Investitionen, und unsere Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich steigen, weil unsere Finanzkraft gesunken ist. Das Gegenteil von dem, was Sie sich vornehmen, ist die Realität in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In Zahlen übersetzt heißt das: Seit Sie in den 70er-Jahren mit Ihrer Schuldenpolitik begonnen haben, haben Sie 144 Milliarden € Landesschulden angehäuft. In dieser Zeit – ich sage das, um Ihnen einmal die Dimension klar zu machen – hat das Land 136 Milliarden € an Zinsen gezahlt. Das heißt, 8 Milliarden € sind wirklich investiert worden. Das zeigt, wie falsch Schuldenpolitik ist.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Im Moment mögen die Zinsen niedrig sein, Herr Finanzminister,

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, richtig so!)

aber die 136 Milliarden €

(Stefan Zimkeit [SPD]: 6 Milliarden haben Sie zuletzt gemacht! 6 Milliarden!)

sind Schulden, die den Banken zugutegekommen sind, und haben nicht die Spielräume eröffnet, die wir brauchen, um in Bildung zu investieren. Das ist der Fehler einer Schuldenpolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Sechs Milliarden, Herr Latschet!)

Nun könnte man sagen, im Moment sprudeln die Steuereinnahmen, und wenigstens jetzt wird der Finanzminister das wohl hinkriegen. Wir verzeichnen eine Steigerung der Steuereinnahmen um 45 %, das sind in absoluten Zahlen ausgedrückt um die 17 Milliarden €. Jetzt kommen Sie mir nicht mit der Erklärung, Sie müssten Schulden machen, weil die Aufgaben in der Flüchtlingspolitik zu groß sind. Das kostet zwar auch Geld, aber es kostet nicht 17 Milliarden €, die Sie mehr eingenommen haben.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Selbst bei einem Höchststand der Steuereinnahmen und dem niedrigsten Stand der Zinsen haben Sie es nicht geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das ist es, was wir Ihnen vorwerfen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sage Ihnen, was sich ändern muss. Wir brauchen ein Land, in dem junge Familien wieder Eigentum erwerben können. Wir wissen, wie schwer es bei der Niedrigzinslage ist, etwas für die Altersvorsorge zu tun. Auch für Familien mit geringen Einkommen war es in früheren Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, wo oft in guten Zeiten gute Löhne gezahlt wurden, möglich, ein eigenes Haus bzw. ein Eigenheim zu erwerben. Das ist heute in vielen Bereichen zum Stillstand gekommen. Die Auflagen, die Familien erfüllen müssen, wenn Sie ein Haus bauen wollen, werden immer strenger, woran auch der Bund schuld ist.

(Michael Hübner [SPD] schüttelt mit dem Kopf.)

– Bei den Sozialdemokraten schüttelt wieder einer den Kopf. Sie reden nicht mehr mit normalen Menschen. Sie reden nicht mehr mit Familien, die sich gerne ein Haus leisten würden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist eine Beleidigung für alle Menschen, mit denen Sie reden! – Jochen Ott [SPD]: Wir wohnen auf dem Mond, Herr Latschet!)

Herr Hübner meint, das sei alles nicht so, das sei alles Oppositionspolemik. Alle Familien können sich ein Haus leisten. Es gibt keine Kreditrahmenaufgaben und auch keine ökologischen Auflagen.

(Dietmar Bell [SPD]: Dummes Gerede!)

Alles ist gut in Nordrhein-Westfalen. Überall gibt es boomende Familien. – So werden Sie die Probleme nicht lösen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Dietmar Bell [SPD]: Reden Sie nicht so ein dummes Zeug!)

Deshalb hören Sie sich einfach an, was wir Ihnen vorschlagen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir brauchen weniger Vorschriften, und wir müssen das Ziel formulieren, dass Familien wieder Eigentum bilden können. Wir müssen kommunale Steuer ...

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Dafür brauchen wir höhere Löhne! Sagen Sie das der Bundesregierung!)

– Ja, das ist alles die Bundesregierung schuld. Alle anderen sind schuld, nur nicht diejenigen, die hier im Parlament sitzen. Ich frage mich, warum Sie überhaupt noch hier sitzen, wenn Sie selbst nichts ändern wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Torsten Sommer [PIRATEN]: Wer hat die Lage denn verpfuscht? Das war nur die CDU!)

Wir sagen: Wir brauchen ein faires Niveau bei der Grunderwerbsteuer. Wir brauchen einen Freibetrag für Familien bei der Grunderwerbsteuer. Und wir brauchen eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung, was die Gewerbesteuer und die Grundsteuer betrifft.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist in den letzten sieben Jahren zum Hochsteuerland der Republik geworden. Nordrhein-Westfalen hat die höchsten Gewerbe- und Grundsteuern unter allen deutschen Flächenländern.

Zudem wird bei uns deutschlandweit die höchste Grunderwerbsteuer fällig, für deren Festsetzung dieses Haus, dieser Landtag, Sie alle in diesen Fraktionen verantwortlich sind.

Wir liegen mit der Gewerbesteuer in Nordrhein-Westfalen 24 % höher als der Bundesschnitt, 31 % höher als beispielsweise Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg, und die Steuerbelastung lag 2015 um 640 Millionen € höher als 2009. Das sind 25 % mehr, und diese 25 % fehlen den privaten Familien, wenn sie Eigentum erwerben wollen. Und diese 25 % belasten Unternehmen bei uns, die neue Arbeitsplätze schaffen wollen.

Nun nenne ich Ihnen ein Beispiel. Das hätten Sie aber alle hören können, wenn Sie mit hinausgegangen wären. Vor dem Landtag standen vor einigen Monaten Familien aus den Regionen, wo zwangsweise die Steuer für das Eigenheim, die Grundsteuer B, erhöht werden muss. Eine Familie aus Bergneustadt war da, hatte ihren Bescheid dabei, hat ihn mir gezeigt und gesagt: Schauen Sie mal hier, in Bergneustadt. Vor sechs Jahren habe ich 533 € bezahlt, jetzt, im letzten Jahr, musste ich 1.248 € Grundsteuer B bezahlen.

Jetzt kann man darüber hinweggehen und sagen: Mein Gott, das wird die Familie schon noch aufbringen können. – Für manche Familie ist das eine hoch relevante Frage. Deshalb muss Schluss damit sein, die Menschen dauernd mit solchen Steuern zu belasten, die ihr Eigenheim zur Altersversorgung ange-schafft haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Studiengebühren!)

Das andere ist: Wenn bei uns die Steuern mit am höchsten sind, überlegt sich ein Unternehmen, wo es sich niederlässt, wenn es an der Landesgrenze zu Hessen oder zu Niedersachsen liegt und man dazu noch weiß, dass Genehmigungsverfahren in Niedersachsen und Hessen beispielsweise schneller gehen und die Steuern dort niedriger sind. Das können Sie in Bünde, Herford, Ostwestfalen genauso besichtigen wie im Siegerland. Fahren Sie nach Hessen – auf der hessischen Seite gibt es neue Gewerbegebiete.

Deshalb sage ich: Wenn wir in diesen Wettbewerb eintreten wollen, wenn wir wieder wollen, dass sich Unternehmen bei uns ansiedeln, müssen wir bürokratische Belastungen entfernen, Genehmigungsverfahren schneller machen und nicht immer noch neue Dinge erfinden, warum es problematischer werden kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das Thema Landesentwicklungsplan. Der Landesentwicklungsplan 2025 sollte sich als Ziel setzen – nicht Flächenverbrauch null oder irgend so etwas –: Kinderarmut wirksam bekämpfen, Arbeitslosigkeit unter den Bundesdurchschnitt bringen, Freiräume schaffen für Unternehmen, damit sie investieren können. Dann fängt man an, den Landesentwicklungsplan zu schreiben, und dann kommt man zu völlig anderen Ergebnissen als Ihre Regelungen, die Sie im Moment durchsetzen.

(Beifall von der CDU)

Die Ministerpräsidentin hat gesagt, das Nullwachstum habe keinesfalls etwas mit Landesgesetzen zu tun. Es seien die BRICS-Staaten,

(Michael Hübner [SPD]: Es gibt keine Drittstaaten!)

der Strukturwandel, die Energiepolitik der Bundesregierung, allerdings nur beschränkt auf 2009 bis 2013, also CDU/FDP, alles andere habe nie gewirkt. Eine etwas simple Geschichtssicht!

Dann hat die Ministerpräsidentin gesagt und versprochen: „Keine wichtige Industrieansiedlung in Nordrhein-Westfalen wird am Landesentwicklungsplan scheitern.“ – „Neue Westfälische“ vom 21. September 2016.

Dann gibt es Leute, die die „Neue Westfälische“ gelesen haben, weil sie da leben, die haben gesagt: Wenn das da steht, nehmen wir die Ministerpräsidentin mal beim Wort. Dann haben sie das bei ihren Betrieben geprüft, die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld, und die schreibt nun: Sehr geehrte Herren Kollegen, sehr geehrte Herren Abgeordnete – das haben Sie wahrscheinlich auch bekommen –,

(Jochen Ott [SPD]: Ja!)

bei uns nennen wir Ihnen einmal alle die Betriebe, die davon betroffen wären, wenn der Landesentwicklungsplan so kommt.

(Nadja Lüders [SPD]: Wären! – Werden Sie doch einmal konkret!)

– Einmal konkret. Frau Lüders sagt: Einmal konkret. – Minden-Lübbecke: 20 Betriebe mit 1.000 Mitarbeitern, Herford: 16 Unternehmen mit 1.900 Mitarbeitern, Gütersloh: 20 Firmen mit etwa 2.400 Mitarbeitern, Lippe: drei Unternehmen mit über 300 Mitarbeitern, Höxter: zwei Betriebe mit ca. 50 Mitarbeitern.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Alle die sind davon betroffen nach einer Abfrage der IHK. Hören Sie doch den Menschen im Lande zu!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die sind doch alle einzeln aufgelistet. Ich nenne Ihnen gleich noch Betriebe. Schon im vorausgehenden Gehorsam, ohne dass der Landesentwicklungsplan überhaupt beschlossen ist, sagt die Bezirksregierung bereits: Wir genehmigen keine neuen Flächen, weil irgendwann ein Landesentwicklungsplan kommt.

(Nadja Lüders [SPD]: Sie müssen die selber fragen!)

– Liebe Kollegin, wenn Sie nicht mehr mit den Mitarbeitern, wenn Sie nicht mehr mit den Industrie- und Handelskammern reden,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

mit wem im Land reden Sie denn noch über die Probleme, die es gibt?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Konkreter geht es doch nicht. Das ist jetzt die boomende Region Ostwestfalen, aber auch Südwestfalen – die würden Ihnen das Gleiche schildern –, Münsterland: Da wächst die Wirtschaft noch, und deshalb muss man die stärken, damit sie weiter wachsen können.

Aber im Ruhrgebiet haben wir die Fälle auch. Auch in den letzten Tagen. Der „Westfälische Anzeiger“ berichtet: Neuausweisung ganzer Gewerbegebiete

scheitert am LEP. 17 Standorte konnten nicht ausgewählt werden wegen des neuen Landesentwicklungsplans.

Der frühere Bürgermeister von Datteln schreibt Leserbriefe

(Hans-Peter Müller [SPD]: Fahr runter!)

und sagt, wie die Story war, wie man den newPark verhindert hat. Ich weiß, dass Sie sich darüber genauso aufregen, weil Ihre Kollegen das alles Herrn Rimmel ins Stammbuch geschrieben haben. Aber dann müssen Sie sich einfach einmal durchsetzen, wenn es um Arbeitsplätze in dieser Region geht!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es gehört mit dazu, wenn man eine Koalition macht, dass man an der Spitze einen Regierungschef hat, der sagt: Okay, jeder Fachminister hat seine Interessen, aber ich als Ministerpräsidentin/Ministerpräsident ab Mai sage Ihnen ...

(Heiterkeit von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist ja peinlich!)

– Ja, man muss seine Sprache ...

(Lachen und weitere Zurufe von der SPD)

Man muss seine Sprache ...

(Christian Möbius [CDU]: Sie werden nervös! – Unruhe – Glocke)

– Immer wenn das Wort „Mai“ fällt, werden die nervös. Da haben Sie recht.

(Jochen Ott [SPD]: Im Gegenteil!)

Man muss seine Sprache immer gendgerecht sprechen. Deshalb habe ich gesagt „Ministerpräsident“, damit man sich daran gewöhnt, dass es nicht gottgegeben ist, dass immer nur ein Geschlecht regiert.

(Lachen und Zurufe von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Das denken die sich bei der Kanzlerschaft auch! – Zurufe von der CDU – Glocke)

Entscheidend ist doch, liebe Kollegin – egal, wer ab Juni regiert –, ...

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht egal!)

– Na gut, dann ist es nicht egal. Für das Land wäre es besser, dass ein Ministerpräsident ab Juni regiert und dann klipp und klar sagt: Arbeitsplätze haben jetzt Priorität in diesem Kabinett! Jetzt hört die Rede auf, jetzt ist Schluss!

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Es muss im Koalitionsvertrag stehen: Es ist Schluss mit diesen Spielereien zwischen Ministerien; Arbeitsplätze haben Priorität. Es ist Schluss mit diesem Schönreden; die innere Sicherheit hat jetzt Priorität

in diesem Kabinetts. – Nichts anderes ist das Ziel, über das ab Mai gesprochen werden muss!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie das nicht anders verstehen, werden wir das im Wahlkampf so vortragen. Dieses Hin und Her, dann da noch ein Programm und da noch ein Trick und da noch ein Vorkaufsrecht und da noch was ermöglichen und da noch Einspruch! In diesem Land muss jetzt entschieden und gehandelt werden und nicht geredet werden, wie Sie das zu Ihrer Praxis gemacht haben!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann muss man sich auch nicht hinsetzen und sagen: Was könnte ich noch erfinden? Wie kann ich die Hygieneampel noch detaillierter machen, damit ich möglichst die Bäcker, die Metzger, die Betriebe, die Kneipen noch mehr drangsaliere? – Nein. Unsere Antwort muss sein: Lebensmittelsicherheit herstellen, aber nicht solche Phantasmen, solche Bürokratien, wie sie sich Herr Remmel jede Woche ausdenkt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das geht doch auch in 15 anderen deutschen Ländern. So etwas gibt es nirgendwo in ganz Deutschland,

(Michael Hübner [SPD]: Was?)

was diese Regierung erfindet. Damit muss doch mal Schluss sein!

Was müssen wir denn jetzt machen? – Wir müssen beispielsweise planen. Da können wir keinen Staatssekretär haben, Gott sei Dank hat sich das in der Diktion unter Herrn Groschek ein bisschen verändert. Aber als Sie angetreten sind, hatten Sie doch hier Ihre Leute, die gesagt haben: Wir planen nicht für die Schublade. Wir streichen all die Reserveplanungen. Wir haben kein Geld, also planen wir keine Straßen mehr. – Das ist es doch, wofür jeden Tag die Pendler büßen: dieses Versagen, diese Fehler aus dem Jahr 2011, aus Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Lächerlich!)

Dafür muss man die Sorgen der Menschen auch kennen. Der Verkehrsminister hat den Bundesverkehrswegeplan von Herrn Dobrindt bejubelt. Sie wissen, wir sind da manchmal etwas kritischer, was Herrn Dobrindt angeht.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Ja, da habe ich keinen Nachholbedarf. Wir stehen sehr kritisch dazu.

(Zuruf: Sagen Sie das mal Ihrem Koalitionspartner!)

Wir sagen das halt offen. Das ist der Unterschied: Wir sagen das offen, wir hören den Menschen zu. Wir haben zum Beispiel das Problem im Siegerland, in Erndtebrück, gehört, wo Betriebe die Mitarbeiter in die Niederlande verlagern, weil die Verkehrswege zu kompliziert werden. Also haben wir gesagt: Die Route 57, die im Siegerland wichtig ist, steht nicht im Bundesverkehrswegeplan, den Herr Groschek so bejubelt hatte. Dann haben unsere Abgeordneten, Oliver Wittke und die Landesgruppe,

(Zurufe von Falk Heinrichs [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

im parlamentarischen Verfahren

(Unruhe – Glocke)

des Bundestages ... Auch die SPD im Bundestag hat zugestimmt. Aber Ihr Minister ...

(Zurufe von der SPD)

– Seid doch mal einfach ... – Also: Der Bundesverkehrswegeplan wird vorgelegt. Herr Groschek sagt: Ich habe mich durchgesetzt, wir haben mehr Geld gekriegt als je. – Da hatte er recht, das war gut. Und es ist ein guter Bundesverkehrswegeplan.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Hat er gut gemacht!)

– Ja, das ist doch in Ordnung, dass er in Berlin Lobbyarbeit gemacht hat und dass Berlin etwas Gutes getan hat. Das ist doch in Ordnung.

Aber wir haben gesagt: Jetzt schaut euch doch die Regionen an! Ein paar sind benachteiligt. – Dann muss man doch einmal in Berlin präsent sein und aktiv Abgeordnete bringen. Inzwischen ist die Route 57 ebenfalls im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Das ist Lobbyarbeit für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Bei der inneren Sicherheit – ich habe das beschrieben – sollte Nordrhein-Westfalen – und da reicht nicht das Zieljahr 2025 – innerhalb kürzester Zeit wieder ein Land sein, in dem sich die Menschen an jedem Ort des Landes sicher bewegen können, ein Land sein, in dem es, um in der schönen Hochglanzsprache von Herrn Jäger zu reden, keine Angsträume gibt. Wir sagen „No-go-Areas“, aber den Leuten ist es völlig wurscht, wie man das nennt. Die wollen über die Straße gehen, ohne belästigt zu werden. Das ist das, wofür es geht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Also, keine Angsträume mehr, sondern Nulltoleranzpolitik gegenüber Kriminellen und eine Ausstattung der Polizei, dass sie das auch tun kann. Dazu gehört die sofortige Einführung – wie in Hessen – von Bodycams, dazu gehört die Ausweitung der Videobeobachtung auf Orte, an denen kriminalitätsbegünstigende Gegebenheiten vorliegen,

(Andreas Bialas [SPD]: Hätten Sie mal besser mehr Leute eingestellt!)

und dazu gehört auch die Schleierfahndung auf einer klaren gesetzlichen Grundlage.

(Beifall von der CDU)

Wir haben vom Innenminister gehört – das sind die drei, vier Stufen, in denen argumentiert wird –: Schleierfahndung bringt nichts. Alles Quatsch, brauchen wir nicht. Es ist nicht erforderlich, dass wir dafür ein Gesetz haben.

Als er in Aachen mit den Innenministerkollegen der anderen Länder zusammensaß, haben sie überlegt, wie die Einbruchskriminalität zu bekämpfen sei. Sie saßen alle am Tisch: der niedersächsische Innenminister von der SPD, der rheinland-pfälzische Innenminister von der SPD. Die haben das alle in einem Gesetz stehen. In den Ländern gibt es Gesetze dafür.

Herr Jäger ist der Einzige, der nicht handeln kann. Deshalb sagt er jetzt: Wir machen Schleierfahndung auf Grundlage einer Erlassregelung.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Da hat ihm einer was Falsches aufgeschrieben!)

Das halte ich aus verfassungsmäßiger Sicht für eine extrem schwierige Argumentation.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja! – Weitere Zurufe)

– Das stimmt nicht? – WDR 5, Jäger: Es ist gar nicht erforderlich, eine solche Schleierfahndung ins Gesetz aufzunehmen, weil wir sie praktisch machen. – Das alles sei per Erlass geregelt. Ich hätte von einer Rechtsstaatspartei wie den Grünen erwartet, dass sie sagt: Moment mal, wir haben doch nicht jahrelang Schleierfahndung blockiert, damit du sie jetzt per Erlass einführt!

(Ralf Witzel [FDP]: Rechtsstaatspartei? – Zuruf von Minister Ralf Jäger – Weitere Zurufe)

– Ihr könnt miteinander ausmachen, wer mehr Rechtsstaatspartei ist.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Na ja, die beiden jedenfalls auch mal nicht!)

Jedenfalls klingen die Grünen manchmal so, als seien sie rechtsstaatlich da etwas sensibler.

Jetzt sagt der Innenminister: Ich mache das alles per Erlass. – Uns sagen aber die Polizeibeamten: Natürlich finden wir Wege, wie wir das machen.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Das stimmt doch alles nicht! Das ist unwahr! Quatsch! – Zuruf von Minister Ralf Jäger – Weitere Zurufe)

Dann sagen die: Wir machen eine Verkehrskontrolle und schauen, ob das Warndreieck da ist.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Bei dieser Verkehrskontrolle stellt man dann auch fest: Ja, es gibt auch Diebesgut, Drogen oder etwas anderes.

(Michael Hübner [SPD]: Aachener Printen!)

Ich sage Ihnen: Was 14 deutsche Länder können, nämlich den Polizeibeamten vor Ort eine klare Rechtsgrundlage und Rückendeckung zu geben, brauchen wir auch in Nordrhein-Westfalen – und nicht diese Trickereien.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Darüber hinaus brauchen wir ... Herr Baranowski hat Ihnen das auch gesagt, vielleicht glauben Sie ihm mehr als mir. Er hat gesagt, dass er Sie angeschrieben habe. Er habe kein Verständnis dafür, dass im Kreis Coesfeld Verkehrssünder geknipst werden, aber in Gelsenkirchen Einsatzkräfte fehlen. Er hat kein Verständnis dafür, dass es Blitzermarathons gibt, bei denen Tausende Polizeibeamte ausschließlich einer PR-Aktion des Ministers dienen, statt Kriminelle zu bekämpfen.

(Beifall von der CDU – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wo ist denn das Zitat? Sauber zitieren bitte! – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

– Frau Ministerpräsidentin, das war ein wörtliches Zitat von Herrn Baranowski.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das mit dem Blitzermarathon?)

– Mit dem Blitzermarathon nicht. Das war meine ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Täuschungsversuch! – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Zuruf von der SPD: Redlich bleiben! – Gegenruf von der CDU: Mal zuhören! – Weitere Zurufe)

– Passen Sie mal auf: Herr Baranowski hat etwas gesagt, das ich mir nicht ganz zu eigen machen würde, nämlich den Kreis Coesfeld zu vergleichen mit Einsatzkräften in Gelsenkirchen. Es ist schon bemerkenswert, wenn ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister das sagt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das war ein eindeutiger Täuschungsversuch, Herr Laschet! Täuscher!)

Man muss auch Verkehrssünder im Kreis Coesfeld bekämpfen. Aber mein Zitat jetzt – das ist jetzt mein eigenes –:

(Zurufe von der SPD: Hey! Oh! Ui! – Weitere Zurufe)

Man muss aber nicht Tausende Polizeibeamte im Blitzermarathon einsetzen zu einer Zeit, in der wir andere Aufgaben haben. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Täuschungsversuch! – Andreas Bialas [SPD]: Das war ein schlechtes Zitat!)

Wir haben gesagt: Polizeiausbildung neu organisieren, Dienstrecht wirklich mal modernisieren, Schwerpunktstudiengänge „Schutzpolizei“ und „Kriminalpolizei“ einführen, Verwaltungsassistenten einsetzen und Digitalisierung bei der Polizeiarbeit.

Sie haben hier große Reden über Digitalisierung gehalten. Manches Ziel, Verwaltungsvorgänge digital auszutauschen, soll nach dem Plan der Landesregierung im Jahr 2031 erreicht werden. Die Polizei haben Sie aber im Wesentlichen vergessen. Denn wir brauchen auch bei der Polizei die Möglichkeit, weniger Bürokratie zu haben und schneller tätig werden zu können.

Jetzt kommt nicht Baranowski, Frau Ministerpräsidentin, sondern der Abteilungsleiter des Herrn Innenministers, der sagt:

„Wir haben im ländlichen Raum ausdünnen müssen.“

Weiter heißt es – so die NRZ –:

„In einem ‚schmerzhaften Prozess‘ sei man mit der Umverteilung der Beamten weg vom Land bereits an die Grenzen gegangen, die ‚ein Mindestschutz der Bevölkerung‘ noch zulasse.“

Wir wollen keinen Mindestschutz. Wir wollen den optimalen Schutz der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen wieder sicherstellen!

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Polizeistellen wollten Sie streichen! – Weitere Zurufe)

Sie machen stattdessen eine Woche des Respekts, die Sie vier Jahre lang angekündigt haben. Dann wird die eine Woche mal gemacht, und eine Woche später beschließt der Landtag die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte

(Michele Marsching [PIRATEN]: Richtige Entscheidung! Hätte viel weiter gehen müssen!)

gegen die Polizeigewerkschaft, gegen den Betriebsrat und gegen den Personalrat. – So gehen Sie mit denen um, die unsere Sicherheit garantieren. Das ist schäbig, was Sie hier machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der dritte wichtige Bereich, der die Menschen bewegt, ist die Bildung. Dazu haben wir schon viele Debatten geführt. Ich habe hier oft die Gesamtschulen

erwähnt, die uns einladen. Ein Beispiel ist die Gesamtschule Marienheide. Ich bin mit Peter Biesenbach anderthalb Stunden in eine solche Unterrichtsklasse gegangen.

(Zuruf von den PIRATEN: Und, was gelernt? – Dietmar Bell [SPD]: Waren die Klausuren weg hinterher? – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN – Weitere Zurufe)

– Das tun Sie alles nicht. Nehmen Sie es einfach hin, wenn einer von uns sich mal kümmert und sich da mal anderthalb Stunden reinsetzt!

(Jochen Ott [SPD]: Immerhin einer! – Michele Marsching [PIRATEN]: In den Ferien? – Stefan Zimkeit [SPD]: Anderthalb Stunden setzen Sie sich rein? – Zuruf von der SPD: Oh! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dann sagen Ihnen nämlich die Lehrer: Wir hatten heute, weil Sie hier waren, eine Doppelbesetzung. Deshalb hat das gut funktioniert. Sie haben gemerkt, dass ein Kind etwas mehr Betreuung braucht. Da war es gut, dass die zweite Kraft da war. Dazu haben wir noch zwei Flüchtlingskinder, die heute nicht da waren, sondern nachher dazukamen. Aber der Normalzustand ist bei uns nicht so, dass die Doppelbesetzung da ist.

Deshalb sagen wir: Wir stehen zum Ziel der Inklusion. Aber wenn man sie macht und das Geld nicht hat, muss man jetzt einen Stopp einlegen. Man darf nicht weiter Förderschulen schließen, sondern muss das Ganze umsetzen, wenn die Möglichkeiten da sind. Aber Sie dürfen mit Ihrer Politik nicht Eltern, Kinder und Lehrer alleinlassen!

(Beifall von der CDU und der FDP – Michele Marsching [PIRATEN]: Nein! Man muss Geld in die Hand nehmen dafür, nichts anderes!)

Sie schwächen damit die Bildungschancen der Kinder mit Handicap. Sie schwächen die Bildungschancen der anderen Kinder. Sie überfordern die Lehrer.

(Marc Herter [SPD]: Das ist Ihre Ideologie! Genau die!)

Wenn Sie in den Schulen unterwegs sind, hören Sie das überall. Die SPD Steinfurt hat doch eine Veranstaltung gemacht, wenn ich mich recht erinnere, zu dem Thema „Was läuft bei der Inklusion schief?“

(Michael Hübner [SPD]: Genau!)

Sie dürfen hier nicht sagen, dass etwas schief läuft. Die SPD Steinfurt geht zu den Bürgern und fragt: Was läuft schief? – Die Bürger wissen, was schief läuft.

Wir fordern ein Moratorium. Schließen Sie keine weiteren Förderschulen, ehe nicht die Grundbedingungen stimmen. Machen Sie es nicht mit der Brechstange, wie Frau Löhrmann es hier in diesem Land gemacht hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe jetzt an ein paar Beispielen deutlich gemacht, wo Sie seltsame Prioritäten setzen und wo wir andere Prioritäten setzen würden. Diesen Landtag hat vor einigen Wochen im Rahmen einer Regierungserklärung der Ministerpräsidentin der Bundesländer-Finanzausgleich beschäftigt. Die Ministerpräsidentin hat hier an diesem Pult gesagt: Die Bürger unseres Landes können sich darauf verlassen, dass sie – die Ministerpräsidentin – in den Verhandlungen eine harte Position einnehmen wird im Hinblick auf die Frage, was gut für unser Land ist.

Dann gab es in der letzten Woche eine entscheidende Runde der Ministerpräsidenten zu den Bundesländer-Finanzbeziehungen. Darin ging es um Hilfen für finanzschwache Kommunen und um den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, der immer noch nicht gelöst ist. Ich lese in den Zeitungen, Frau Schwesig hat auch Probleme mit den SPD-Ministerpräsidenten. Aber, egal mit wem, es ist ein wichtiges Thema für unsere Kommunen. Es ging um die Bundesgelder für Schulbauten und um die Möglichkeit der Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen rund um die Autobahngesellschaft.

(Zuruf von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Das war eine hochwichtige Ministerpräsidentenkonferenz, die die Frau Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen Stunden vorher verlassen hat, um zu Maybrit Illner zu gehen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] –
Zuruf von der SPD)

– Herr Mostofizadeh, da sage ich Ihnen etwas. Da können Sie den Kopf schütteln. Ich bin auch gerne einmal in einer Talkshow und diskutiere.

(Zurufe und Heiterkeit von der SPD)

– Jaja, jaja, keine Zweifel.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Keine Zweifel, Herr Mostofizadeh. Aber ich kann Ihnen eines versprechen: Wenn ich Ministerpräsident dieses Landes wäre

(Zurufe von der SPD)

und es um wichtige Interessen des Landes geht, würde ich keine Minute den Tisch verlassen, an dem um die Interessen des Landes verhandelt wird! Keine Sekunde!

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Jochen Ott [SPD]: Das kann ich verstehen! In der CDU muss man immer aufpassen!)

„Nie, nie Berlin“ ist ja in Ordnung. Aber nie, nie in Berlin für nordrhein-westfälische Interessen zu kämpfen, Herrn Seehofer, Herrn Bouffier, Herrn Weil, Herrn

Kretschmann alleine verhandeln zu lassen und dann Herrn Lersch-Mense, den wir alle schätzen, vier Stunden lang alleine dort sitzen zu lassen?! Bei aller Liebe: Da kann er so kompetent sein, wie er will. Da ist der persönliche Einsatz der Ministerpräsidentin gefragt, wenn es um die Interessen des Landes geht.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Die Verhandlungen gingen bis weit nach Mitternacht. Der Kollege Kämmerling und ich haben in der Zeit getwittert: Was hat die Ministerpräsidentin denn da eigentlich erzählt?

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Ich kann da nicht sitzen; ich bin kein Ministerpräsident. Ich wäre im Kanzleramt sitzengeblieben; das kann ich Ihnen sagen.

(Zurufe von der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

– Dann haben Sie die Meldungen über die Sendung Maybrit Illner.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laschet, die Redezeit.

Armin Laschet (CDU): Parallel laufen die dpa-Ticker: Immer noch keine Einigung im Kanzleramt. – Und dann ist die Sendung zu Ende. Im Kanzleramt wird bis nach Mitternacht verhandelt, und sie fährt auch nicht an diesen Ort zurück.

Deshalb sage ich: Erstens war das eine falsche Prioritätensetzung.

Zweitens trifft das, was Sie bei Maybrit Illner gesagt haben, nicht die Realität im Land. Sie haben gesagt, Sie hätten die Nordafrikaner seit Jahren im Blick, Sie hätten das Antanzen seit Jahren im Blick. – Sie haben unsere Kollegen hier lächerlich gemacht, als wir über das Antanzen geredet haben!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben hier einmal ein Rückführungskonzept vorgelegt. Sie haben mich sehr dafür kritisiert, dass wir überhaupt über Rückführung gesprochen haben.

(Zuruf von der CDU: So ist das! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie Sie darüber gesprochen haben! Das ist ein Unterschied!)

– Ja, darüber, wie ich darüber gesprochen habe, können wir reden. Aber ich frage Sie eines: Meine Sprache kennen Sie. Ist es ein angemessener Ton, wenn die Ministerpräsidentin in dieser Maybrit-Illner-Sendung sagt: „Ich will die loswerden, aber ich kann nicht“? – Man kann über Rückführung sprechen. Aber man kann das in einer Sprache tun, die nicht

noch alles aufheizt, sondern die schlicht und einfach sagt: Asyl und Einwanderung sind zweierlei.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie sagte weiter: Ich will die loswerden, aber ich kann nicht. Ich bekomme nur zwei in ein Flugzeug nach Marokko.

(Jochen Ott [SPD]: Peinlich, peinlich, Herr Laschet!)

Die größten Herkunftsländer bei uns sind aber Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien. Da könnten Sie handeln. Aber Sie handeln nicht.

(Jochen Ott [SPD]: Da spricht keiner, der es kann!)

Sie verkaufen die Leute für dumm. Sie lehnen die Festlegung sicherer Herkunftsländer im Gegensatz zu Herrn Kretschmann und im Gegensatz zu den Grünen in Hessen ab. Sie reden, aber Sie tun nichts.

(Beifall von der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Sie können gerne in diese Sendungen gehen. Sie brauchen auch nicht mehr im Kanzleramt zu sitzen. Bis Mai passieren dort ohnehin keine wichtigen Dinge mehr.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Lassen Sie es einfach sein mit der Politik! Ist schon okay! – Lachen und Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen nur eines.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Unruhe von der SPD)

Ich sage Ihnen nur eines – das ist eine Lehre, die man sich vor Augen führen muss –: Wer in guten Zeiten zu „Wetten dass ..?“ geht – damals zu Markus Lanz und Cindy von Marzahn –, der landet in schlechten Zeiten in der „heute-show“. So ist leider die politische Lehre.

Ich möchte, dass dieses Land nicht dort landet.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das war jetzt der letzte Satz! Komm, Abgang! – Zurufe von der SPD)

Ich möchte nicht, dass sich die Menschen über Nordrhein-Westfalen lustig machen. Wir brauchen einen neuen Anfang.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, aber nicht mit Ihnen!)

Dieser Haushalt ist die Schlussbilanz für dieses Land. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Laschet hat – das hat er auch bemerkt – seine Redezeit um 4 Minuten und 14 Sekunden überzogen. Das bekommen natürlich auch alle anderen Fraktionen entsprechend an Redezeit dazu; sonst wäre es eine Ungleichbehandlung. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Laschet, bevor ich Ihnen antworte, möchte ich Ihnen am Ende dieser Legislaturperiode durchaus meinen Respekt aussprechen, und zwar für Ihre Haltung in der Flüchtlings- und Integrationspolitik. Sie haben das zwar gerade in Ihrer Rede schamhaft verschwiegen, aber ich will das noch einmal herausstellen. Sie waren ja von Anfang an der festen Überzeugung, dass die Öffnung der Grenzen für Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen mussten, eine richtige Entscheidung war. Das eint uns, Herr Kollege Laschet.

Nicht alle Menschen werden bleiben können – das ist richtig –, aber diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, verdienen jetzt eine Chance auf Integration. Sie, Herr Kollege Laschet, werden nicht müde, dies zu betonen, und auch zu betonen, dass der Islam zu Nordrhein-Westfalen gehört. Religion allein ist kein Integrationshindernis – das ist auch meine Überzeugung, ebenso wie die Ihre.

Gleichwohl: Angesichts schmerzhafter Wahlniederlagen für unsere Parteien war die Versuchung groß, sich von der Politik der Bundesregierung zu distanzieren. Sie, Herr Kollege Laschet – ich will das ausdrücklich herausstellen –, haben dieser Versuchung widerstanden, andere allerdings nicht. Andere rückten die Bundeskanzlerin in die Nähe des DDR-Regimes, als sie ihre Flüchtlingspolitik eine „Herrschaft des Unrechts“ nannten. Wieder andere warfen ihr im schlimmsten Nazi-Jargon eine Umvolkung Deutschlands vor oder stellten flüchtende Menschen unter generellen Terrorverdacht, weil für sie die Unschuldsvermutung nicht gelten dürfe.

Das alles haben Sie nicht getan, Herr Laschet. Sie haben die Politik der Bundesregierung verteidigt. Ich weiß, das war nicht immer einfach, und es ist aller Ehren wert. Deshalb stelle ich das ausdrücklich heraus.

Jetzt allerdings versuchen Sie, diesen unangenehmen Konflikten dadurch zu entkommen, dass Sie bei jeder unpassenden Gelegenheit behaupten, es sei diese Landesregierung, auch die Ministerpräsidentin, die den Populismus fördere. Wissen Sie, wie sich das anhört, wenn Sie mit gespielter Empörung diesen abwegigen Vorwurf vortragen? – Verunsichert und hilflos – verunsichert und hilflos, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß – Sie ja auch –, das hat mit dem Rechtsruck Ihrer Partei zu tun.

(Zurufe von der CDU)

Sie, Herr Kollege Laschet, sind ein Anhänger der doppelten Staatsbürgerschaft, genauso wie ich. Nur, Ihre Partei ist vor einer Woche zu den Gegnern übergelaufen. Jetzt müssen Sie aber Farbe bekennen, Herr Kollege Laschet. Wer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen werden will, darf doch in dieser wichtigen Frage nicht lavieren. Ducken Sie sich nicht weg!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Stehen Sie zu Ihrer Überzeugung! Zeigen Sie, ob Sie Führungsstärke haben! Ja oder nein, Herr Kollege Laschet!

(Zurufe)

Es ist doch ganz offensichtlich: Die Zwischenrufe beweisen das. Die Kluft zwischen Ihnen und der Mehrheit der NRW-CDU wird immer größer. Deshalb stehen Sie doch so unter Druck; deshalb ist Ihre Polemik so zügellos.

Bei keinem anderen Thema – ich will das noch einmal aufnehmen – haben Sie sich so sehr verrannt wie bei der inneren Sicherheit. Besonders abstoßend war ein Satz; den haben Sie zwar vorhin in Ihrer Rede nicht gesagt, Sie haben ihn aber öffentlich immer wieder wiederholt. Besonders abstoßend war der Satz: Die bayerische Polizei hätte die sexuellen Übergriffe der Silvesternacht nicht geduldet.

Das können Sie, Herr Kollege Laschet, selbstverständlich gar nicht wissen. Die bayerische Polizei ist froh, dass sie das gar nicht hat herausfinden müssen. Sie wollen uns – das ist uns doch klar – mit einem solchen Satz treffen. Aber merken Sie denn gar nicht, dass die Flugbahn Ihrer Vorwürfe mitten durch die Berufsehre der Polizei verläuft? Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist nicht schlechter als die Polizei in Bayern – sie ist mindestens genauso gut.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von Christian Möbius [CDU] und Holger Müller [CDU])

Sie hat aus den Vorfällen der Silvesternacht gelernt. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen verdient unser Vertrauen, auch das Vertrauen dieses Hauses, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen: Die Polizei dieses Landes ist keine SPD-Polizei, sie ist auch keine rot-grüne Polizei, sondern sie ist die Polizei Nordrhein-Westfalens. Herr Kollege Laschet, damit ist sie auch Ihre Polizei! Und unsere Polizei kann auf große Erfolge verweisen bei der Verhinderung von Terroranschlägen, bei der Bekämpfung von Jugend- und Gewaltkriminalität und nicht

zuletzt bei der Eindämmung von Gewalt und Diebstahl in Kriminalitätsbrennpunkten, wie zum Beispiel in Duisburg-Marxloh, und auch bei der Verhinderung von Wohnungseinbrüchen. So groß das Problem nach wie vor ist – das verschweigen wir doch gar nicht –, gibt es dennoch Erfolge.

Wir haben, Herr Kollege Laschet, in den vergangenen Jahren die Haushaltsmittel für die innere Sicherheit drastisch erhöht. Wir investieren massiv in die Ausstattung der Polizei und Justiz. Gut 30 Milliarden € sind zwischen 2010 und heute in Personal und Material für Sicherheit und Ordnung geflossen. Das ist fast doppelt so viel wie zur Regierungszeit von CDU und FDP, fast doppelt so viel!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: So ist das!)

Herr Kollege Laschet, daran will ich Sie erinnern: Sie saßen damals mit am Regierungstisch in der Regierung Rüttgers. Auch Sie haben zu verantworten, dass da jahrelang zu wenig Nachwuchs bei der Polizei eingestellt worden ist – zu wenig Nachwuchs, Herr Kollege Laschet!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir hingegen stellen so viele Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ein wie nie zuvor – 2.000 jedes Jahr. Das, Herr Kollege Laschet, gehört zu den Kernaufgaben unseres Landes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der springende Punkt ist, dass die Opposition – vor allen Dingen die CDU – überhaupt nicht erklären kann, was sie denn anders oder besser machen würde. Fast alles, was Sie fordern, ist in Nordrhein-Westfalen doch schon längst Praxis; von der Videoüberwachung über den Einsatz intelligenter Software bis hin zu beschleunigten Gerichtsprozessen.

Herr Kollege Laschet – weil Sie es gerade noch mal herausgestellt haben: Gewiss kann man über den Nutzen der Schleierfahndung streiten, aber rechtfertigt das Ihren Auftritt hier? – Nein! Herr Kollege Laschet, Ihre Stimme ist laut, Ihre Wortwahl ist dramatisch, Ihre Vorwürfe sind maßlos, nur – und auch das ist gerade wieder deutlich geworden – Ihre Alternativen sind blass und begrenzt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das alles gilt auch für Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik. Mit jeder Rede, die Sie halten, wird Ihre düstere NRW-Erzählung noch eine Spur schauriger. Das Land stehe vor dem Untergang, und Hoffnung gebe es nur, weil die NRW-CDU fest entschlossen sei, das Tarifreue- und Vergabegesetz abzuschaffen und selbstverständlich auch den Blitzmarathon – Hoffnung für die Menschen.

(Heiterkeit von Christian Lindner [FDP])

Herr Kollege Laschet, wenn das die Geschichte ist, die Sie den Menschen im Wahlkampf erzählen wollen, dann sollten Sie stets auch betonen, dass Sie Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen werden wollen und nicht etwa von Molwanien.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Heiterkeit von der SPD)

Dann könnten Sie Missverständnisse vermeiden, Herr Kollege Laschet. Weil ich da gerade verständnislose Gesichter sehe: Sie können gerne googeln, was „Molwanien“ ist, damit der Herr Kollege Laschet diese Missverständnisse nicht mehr produziert.

Aber bleiben wir ernst. Es ist wahr, Herr Kollege Laschet – und da sind wir uns doch einig –, dass man Menschen nicht ernst nimmt, wenn man ihre Probleme leugnet. Wenn man jedoch das Land, in dem diese Menschen leben, wider besseres Wissen klein- und schlechtredet,

(Zurufe von der CDU)

dann ist das auch ein Täuschungsversuch zu taktischen Zwecken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

Ich rede gerne über die Fakten und nenne sie jetzt mal. Während unserer Regierungszeit sind in Nordrhein-Westfalen 650.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze neu entstanden. Wir haben die Arbeitslosenquote auf den niedrigsten Stand seit 1993 gedrückt. Die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist heute auf einem historischen Tiefstand und die Beschäftigung insgesamt auf einem historischen Höchststand. Heute haben mehr als 6,5 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen einen regulären Job – so viele wie nie zuvor.

Herr Kollege Laschet, Nordrhein Westfalen erhält mehr ausländische Direktinvestitionen als Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt kommt das Thema wieder!)

In keinem anderen Flächenland ist der Breitbandausbau so weit fortgeschritten wie in Nordrhein Westfalen.

(Zurufe von der CDU)

Schon zum zweiten Mal in Folge hat die britische „Financial Times“ Nordrhein-Westfalen zu Europas Zukunftsregion Nummer eins gekürt. NRW punktet mit seinem innovativen Mittelstand und seiner starken Industrie. Hier gibt es die dichteste Hochschullandschaft Europas, ein duales Ausbildungssystem von Weltruf und mehr hochqualifizierte Fachkräfte als irgendwo sonst in Europa.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

– Das sind die Fakten, und die sind auch unwidersprochen. Nordrhein-Westfalen ist heute in einer besseren wirtschaftlichen Verfassung als am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, nur weil Sie schwarzmalen, fange ich nicht an, alles rosarot zu malen. Nordrhein-Westfalen ist ein Land großer ökonomischer und sozialer Unterschiede. Wir haben das immer wieder gesagt, und wir wissen es, da wir mitten in diesem Land leben. Boom-Regionen mit Vollbeschäftigung grenzen an strukturschwache Regionen, die gegen Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit zu kämpfen haben. Aussprechen, was ist, aber sich nicht mit den Dingen abfinden, so wie sie sind – das ist seit 153 Jahren die Politik meiner Partei.

(Beifall von der SPD)

Die Frage ist also nicht, ob es diese Probleme gibt – natürlich gibt es sie –, sondern vielmehr, wie man sie tatsächlich lösen kann: mit einer widerlegten Privatvor-Staat-Ideologie oder mit den mutigen Investitionen eines modernen Sozial- und Innovationsstaates. Das ist die Frage.

Herr Kollege Laschet, wir wissen – und das ist hier im Haushalt nachzulesen –, dass ein erfolgreiches Wirtschaftsland mehr denn je ein Innovationsland sein muss. Deshalb investiert Nordrhein-Westfalen heute 40 % seines Haushalts in Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit 1.100 € pro Einwohner.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit 1.100 € pro Einwohner und Jahr liegen wir im Vergleich aller Bundesländer auf Platz zwei, knapp hinter Baden-Württemberg und vor Bayern. Insgesamt haben wir seit 2010 gut 200 Milliarden € für Kitas, Schulen und Universitäten ausgegeben. Herr Kollege Laschet, das ist mehr als das Doppelte von dem, was die abgewählte schwarzgelbe Vorgängerregierung ausgegeben hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir investieren in die Mobilität von Menschen, von Gütern und von Daten. Bis 2030 werden über 13 Milliarden € in Straßen, Brücken, in Bahnstrecken und in Datenleitungen fließen. Schon 2026 soll Nordrhein-Westfalen über ein flächendeckendes Glasfasernetz verfügen.

(Lachen von der CDU und der FDP)

Mit 70 Hochschulen hat Nordrhein-Westfalen die dichteste Wissenschaftslandschaft Europas. Unsere Unternehmen – und darauf kommt es an – sollen noch stärker von diesem Standortvorteil profitieren. Deshalb machen wir Nordrhein-Westfalen zu einem Vorbild für regionale Innovationsnetzwerke. Sieben

dieser Netzwerke gibt es hier bereits – im Übrigen nur hier und in keinem anderen Bundesland.

(Ministerin Svenja Schulze: Genau!)

So vernetzen wir Wirtschaft und Wissenschaft, damit besonders kleine und mittelständische Unternehmen aus neuen Technologien marktreife Produkte und Dienstleistungen entwickeln können. Wissenschaftliche Innovationen aus Nordrhein-Westfalen werden so noch schneller zu einer wirtschaftlichen Wertschöpfung in Nordrhein Westfalen führen. Auch darüber legt dieser Haushalt für das nächste Jahr berechtigt Zeugnis ab.

Wir nutzen die Energiewende als Fortschrittsmotor. Längst geht es nicht mehr um den Konkurrenzkampf zwischen erneuerbaren und konventionellen Energien; vielmehr geht es um eine intelligente Vernetzung aller Energiequellen, in der die erneuerbaren Energien eine dominierende und – ja klar – irgendwann die einzige Rolle spielen werden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das habt ihr auch schon gemerkt?)

Nordrhein-Westfalen hat der Kohle – auch und besonders der Braunkohle – viel zu verdanken, und wir brauchen sie immer noch, mindestens noch 20, vielleicht sogar 30 Jahre.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nein!)

Mit der Leitentscheidung zu Garzweiler II hat die rot-grüne Koalition für Planungssicherheit gesorgt. Die Braunkohle ist der Geleitschutz, den wir brauchen, um Nordrhein-Westfalen in die Zukunft einer klimaneutralen Energieversorgung zu führen. Wir sorgen dafür, dass das geht – bestens orientiert und sicher bis ans Ziel, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Eines der großen Probleme unseres Landes ist die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in Großstädten, die der Strukturwandel gezeichnet hat. Ja, Herr Kollege Laschet, ich hätte von Ihnen dazu gerne einen Lösungsvorschlag gehört. Den haben Sie aber nicht gegeben.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Die Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit sind mitnichten konjunkturelle Schwächen oder Wachstumsdellen. Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit ist meist die Folge mangelnder Bildungsabschlüsse und mangelnder Berufsqualifikation.

Gleichzeitig droht unserer Wirtschaft ein Fachkräftemangel. Wir brauchen mehr Handwerker, Facharbeiter und Facharbeiterinnen, mehr Ingenieure. Genau hier setzt doch unsere vorbeugende Politik an. Bildungsarmut darf sich nicht mehr vererben, sie darf kein Grund für Fachkräftemangel sein. Deshalb

spannen wir ein flächendeckendes Netz aus individuellen Unterstützungsleistungen und Förderangeboten für Kinder und ihre Familien.

Dabei geht es um frühkindliche Bildung, um Les- und Sprachförderung, um Familienbegleitung und Schulsozialarbeit. Es geht auch um individuelle Betreuung und Beratung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Das machen wir. Schauen Sie sich das an! Unser Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist derart erfolgreich, dass die Bundesagentur für Arbeit es nun auf das gesamte Bundesgebiet übertragen will. Es lohnt also, eine solch vorbeugende Politik zu machen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ja, wir stehen vor rasanten Veränderungen – wer wollte das bezweifeln? Globalisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel sind passende Stichworte dafür. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen kennen Wandel. Sie haben keine Angst vor Veränderungen. Sie können Wandel auch. Sie wollen aber, dass es dabei gerecht zugeht. Und Gerechtigkeit beginnt immer mit Chancengleichheit – aber sie hört damit doch noch nicht auf!

Wem das Leben aus den Händen gleitet, verdient zweite und dritte Chancen – zum Beispiel auch durch einen sozialen Arbeitsmarkt. Gemeinnützige Aufgaben, die der Allgemeinheit zugutekommen, die bisher aber liegengeblieben sind, gibt es reichlich, genauso wie Menschen, über die der Strukturwandel hinweggegangen ist, die keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Sie wollen aber dennoch etwas leisten, und sie können auch etwas leisten.

Ja, wir in Nordrhein-Westfalen gehen jetzt voran. Wir schaffen für 4.000 dieser Menschen neue Chancen – neue Chancen durch dauerhafte Beschäftigung auf einem sozialen Arbeitsmarkt. Auch das legen wir mit diesem Haushalt fest, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, da könnten Sie doch mithelfen. Jetzt allerdings muss der Bund endlich nachziehen, und Bundesfinanzminister Schäuble muss endlich seine ideologischen Bremsen lösen – um der Menschen Willen, die darauf warten, dass sie in Beschäftigung kommen. Das ist der entscheidende Punkt für den sozialen Arbeitsmarkt, damit er am besten flächendeckend ausgeweitet werden kann.

(Beifall von der SPD)

Jetzt habe ich vorhin bei der Rede des Kollegen Laschet darauf gewartet, dass er endlich einmal Alternativen aufzeigt. Was aber gab es? – Das alte Lied vom Bürokratieabbau; das haben Sie schon 2005 gesungen.

(Zuruf)

Hunderte von Regeln und Vorschriften – ich erinnere Sie noch einmal daran – wollten Sie damals abschaffen; ein fulminantes Streichkonzert sollte es geben. Und was haben Sie dann aufgeführt? Ein Konzert mit der Luftgitarre!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das Ganze war eine Riesenpleite; denn an Bürokratie wurde so gut wie nichts abgebaut. Und jetzt geht es wieder von vorn los: Viele Sprechblasen, keine Substanz.

Das Gleiche gilt für Ihre Finanzpolitik. Nach sechs Jahren Rot-Grün befinden sich die Zukunftsinvestitionen des Landes für Bildung, Forschung, Kommunen und Infrastruktur auf Rekordniveau. Gleichzeitig ist es uns gelungen, die Neuverschuldung um mehr als 75 % zu senken.

(Zuruf von der CDU)

Dass Nordrhein-Westfalen die Neuverschuldung im Jahr 2020 auf null senken wird, bezweifelt niemand mehr – auch Sie nicht. Dennoch beklagt die Opposition mit grandios gespielter Empörung das noch bestehende Haushaltssoll.

Die „Rheinische Post“ hat Sie, Herr Kollege Laschet, in der letzten Woche gefragt, wo Sie denn was einsparen wollten. Als Antwort, Herr Kollege Laschet, haben Sie wieder ein Stück auf der Luftgitarre vorgespielt: irgendwie mehr Wachstum, irgendwie Bürokratie abbauen.

(Zuruf: Ach, kommt das jetzt?)

– Natürlich. – Das eine oder andere Klientelprogramm streichen. Den Journalisten der „Rheinischen Post“ – sie sind ja nicht verdächtig, schlecht über Sie und gut über uns zu schreiben – gingen diese Sprechblasen dermaßen auf die Nerven, dass sie immer und immer wieder nachsetzten. „Wo wollen Sie kürzen? Werden Sie doch mal konkret“, waren die Fragen und die Aufforderungen.

Und dann sagt Herr Laschet: Na ja, irgendwas wird sich nach der Wahl schon finden, was man einsparen könne. – Das ist entlarvend!

(Heiterkeit von der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo! Super! – Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Weitere Zurufe)

Herr Kollege Laschet, Sie hätten ja auch sagen können – offen und ehrlich, wie Sie ab und zu mal sind –: Ich habe kein Konzept, keine Idee, keine Ahnung.

(Widerspruch von der CDU – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Denn das ist doch die bittere Wahrheit über die NRW-CDU und über ihren Vorsitzenden: kein Konzept, keine Idee, keine Ahnung von diesem Land!

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Bei Ihren Ausgabewünschen, meine Damen und Herren von der CDU, sieht es hingegen etwas anders aus. Es vergeht kaum ein Tag ohne Pressemitteilung, in der die CDU nicht höhere Ausgaben fordert – noch mehr Geld hier, noch mehr Personal dort.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wie das finanziert werden soll, sagen Sie nicht. Sie wollen einfach nur mehr Geld ausgeben und gleichzeitig weniger.

Sehr geehrter Herr Kollege Laschet, wer immer auch die Rolle des Finanzministers in Ihrem sogenannten Schattenkabinett übernehmen muss – es wird ein Superschattenminister sein müssen, zuständig für Finanzen und Zauberei. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik besteht nur aus Überschriften, aus Phrasen, aus Floskeln – Bürokratieabbau, Fesseln lösen – und Klientelprogrammen. Sie verpacken Rhetorikhohlkörper und Wortleichen zu Wahlprogrammen, genauso wie einst Lehman Brothers Immobilienkredite zu Wertpapieren – leider auch mit der gleichen Bonität und Nachhaltigkeit.

Was Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen anbieten, Herr Kollege Laschet, ist nichts anderes als Subprime-Politik. Das Perfide der Subprime-Papiere war ja, dass hinter leeren Renditeversprechen enorme Risiken und Nachteile versteckt wurden, die niemand auf Anhieb erkennen sollte.

(Christian Lindner [FDP]: Die die WestLB eingekauft hat!)

Genau das werfe ich Ihnen vor, Herr Kollege Laschet. Sie verschleiern die wenig konkreten Pläne, die Sie tatsächlich haben, von denen Sie aber wissen, dass sie nicht mehrheitsfähig sind. Wenn wir über Bürokratieabbau sprechen, dann meinen wir schnellere Genehmigungsverfahren, bessere Planverfahren, die Vermeidung unnötiger Doppelungen und Warteschleifen.

Wenn Sie über Bürokratieabbau sprechen, dann meinen Sie in Wahrheit die Absenkung von Standards im Verbraucher-, im Umweltschutz, ein Ende der Frauenförderung und nicht zuletzt die Beschneidung von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist Ihr Bürokratieabbau!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich dazu eine grundsätzliche Bemerkung machen: Wer heute immer noch glaubt, moderne Regeln für Umwelt- und Gewässerschutz seien eine Fessel für die Industrie, wer glaubt, Arbeitnehmerrechte seien ein Wachstumshindernis für den

Mittelstand, der ist ja nur noch 1 cm von der Behauptung entfernt, öffentliche Gesundheitsfürsorge sei eine Wachstumsbremse für Bestattungsunternehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Damit, Herr Kollege Laschet, ist an dieser Stelle alles Notwendige zu Ihrem ideologischen Unsinn gesagt.

Mit Ihrer Subprime-Politik bin ich aber noch nicht fertig. Sie sind ja fest entschlossen, die Gebührenbefreiung für das letzte Kitajahr wieder aufzuheben. Sie wollen Studiengebühren wieder einführen; ein Medizinstudium dürfe nicht länger gebührenfrei sein. Das haben Sie in der „Rheinischen Post“ gefordert.

(Michael Hübner [SPD]: Pfui!)

Wie viel Tausend Euro im Jahr soll es denn kosten? Das Doppelte eines Physikstudiums? Das Dreifache eines Germanistikstudiums? Wollen Sie an jedes Studienfach ein Preisschild heften? Werden Abiturienten und Abiturientinnen in Zukunft nachrechnen müssen, ob sich ihr Wunschfach lohnt, ob sie sich das überhaupt noch leisten können?

(Klaus Kaiser [CDU]: Geht es noch schwächer?)

Ich kann Ihnen schon mal sagen, Herr Kollege Laschet, was die Wiedereinführung der Kitagebühren für das letzte Kitajahr junge Eltern in Nordrhein-Westfalen kosten würde. Das wird teuer. Es geht – abhängig von Wohnort und Einkommen – um 2.000, 3.000, oft sogar um mehr als 4.000 € im Jahr.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die können doch keine Immobilien kaufen!)

Ich spreche hier nicht von besserverdienenden Eltern, sondern von ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: von Krankenschwestern, Maschinenführern oder Angestellten im öffentlichen Dienst.

(Christian Lindner [FDP]: Die zahlen doch keine 4.000 €!)

Wenn Sie wirklich glauben, Herr Kollege Laschet, dass diese Belastungen notwendig und richtig sind, dann seien Sie doch mutig. Dann sagen Sie das in aller Klarheit. Hören Sie auf, sich mit ein paar Nebensätzen über diese Fragen hinwegretten zu wollen.

Sie wollen doch Ministerpräsident werden, haben Sie vorhin erzählt. In diesem Amt, Herr Kollege Laschet, darf man nicht ängstlich sein. Beweisen Sie doch endlich, dass Sie die Führungsstärke haben, die man für dieses Amt braucht. Sagen Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen die Wahrheit: Mit wie viel Tausend Euro im Jahr wollen Sie Studierende und Eltern kleiner Kinder belasten? Sagen Sie das hier!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Gerade habe ich von der Präsidentin gehört, dass Sie Ihre Redezeit überschritten haben. Wenn da also nichts mehr übrig ist, dann gebe ich Ihnen etwas von meiner Zeit ab.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Stellen Sie sich hierhin und schaffen Sie Klarheit! Dafür brauchen Sie nicht mehr als zwei Minuten, Herr Kollege Laschet. Ich gebe Ihnen vier. Kommen Sie her und sagen Sie das! Die Menschen warten darauf, endlich von Ihnen zu hören, was Sie wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Die Opposition freut sich, wenn Sie kürzer reden!)

Während Herr Laschet noch überlegt und zaudert, will ich Ihnen sagen, was wir für die Zukunft planen.

Zunächst einmal, klipp und klar: Das Studium bleibt gebührenfrei.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Aber auch junge Eltern, die in der Rushhour ihres Lebens stehen, verdienen Entlastung. Sie haben vorhin darüber gesprochen, dass sie auch Entlastung brauchen, um sich Eigentum anzuschaffen. – Ja. Deshalb, Herr Kollege Laschet, werden wir Eltern mit kleinen Kindern weiterhin von Kitagebühren entlasten.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Unser Ziel ist ein landesweit einheitliches Gebührensystem,

(Christian Möbius [CDU]: Grunderwerbsteuer!)

in dem die Kernzeiten der frühkindlichen Bildung gebührenfrei sind.

Den rasanten Ausbau von Betreuungsplätzen in den Kitas werden wir fortsetzen. Gleichzeitig investieren wir in die Qualität. Seit 2010 haben wir die Mittel für die frühkindliche Bildung verdoppelt. Schon heute gehört Nordrhein-Westfalen zu den Bundesländern mit den besten Betreuungsschlüsseln im U3-Bereich. Wir werden dafür sorgen – die Menschen können sich darauf verlassen –, dass das schon bald auch bei den über Dreijährigen der Fall sein wird.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Eine gute Kinderbetreuung muss es auch in der Schule geben. Seit 2010 haben wir 80.000 zusätzliche Plätze im offenen Ganztags geschaffen. Den Ausbau setzen wir fort.

Wir alle wissen, dass erfolgreiches Lernen auch intakte Schulgebäude mit einer modernen Ausstattung erfordert. Bis 2020 werden unseren Städten und Gemeinden zusätzliche Investitionsmittel – wir werden nachher die Entscheidung treffen – in Höhe von 2 Milliarden € zur Verfügung stehen.

Das sind 2 Milliarden € zusätzlich für die Erneuerung von Schulgebäuden, Klassenräumen, Toiletten, für die Modernisierung der naturwissenschaftlichen Ausstattung oder für den Ausbau des offenen Ganztags.

Zusammen mit den Mitteln der Schulpauschale summieren sich die Investitionshilfen des Landes damit auf mehr als 4 Milliarden € in den kommenden vier Jahren. Ich will es noch einmal herausstellen: Das Programm „Gute Schule 2020“ ist nicht nur das größte seiner Art in der Geschichte unseres Landes, es ist auch im Bundesländervergleich ohne Beispiel, weil wir es zu den Kernaufgaben unseres Landes erklärt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Warum bringen Sie es dann erst in diesem Landeshaushalt, wenn es zu den Kernaufgaben gehört?)

Unser nächstes großes Schulprojekt wird die Reform des Gymnasiums sein.

(Christian Lindner [FDP]: Oh!)

– Es waren CDU und FDP, Herr Kollege Lindner, die im blinden Eifer trotz aller Warnungen eine Verkürzung der Sekundarstufe I durchdrückten.

(Christian Lindner [FDP]: Sieben Jahre sind Sie dran! – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Die FDP hat am lautesten geschrien: Wir bleiben bei G8! – Gegenruf Christian Lindner [FDP])

Das Ergebnis war, dass die Verdichtung des Unterrichts in den Klassen 5 bis 9 gerade die jüngsten Schülerinnen und Schüler am stärksten belastet hat und – der Kardinalfehler – es nach der Sekundarstufe I keinen qualifizierten Abschluss gibt. Das ist der Kardinalfehler der schwarz-gelben Landesregierung, des schwarz-gelben G8. Daran wollen CDU und FDP bis heute nichts ändern. Deshalb ist doch die Empörung über Ihre Pläne bei Eltern- und Lehrerverbänden so groß. Zurecht ist die Empörung so groß, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Wir werden dieses Grundproblem beseitigen. Die Sekundarstufe I muss wieder sechs Jahre dauern, und sie muss vor allem einen qualifizierten Abschluss ermöglichen. Das brauchen die Kinder.

(Beifall von der SPD)

Alle Gymnasiasten werden dann entsprechend ihren Wünschen und Bedürfnissen wählen können, ob sie das Abitur nach zwölf oder nach 13 Jahren machen

wollen. Denn eines dürfen wir nicht vergessen: Kindheit und Jugend sind keine Trainingslager für das Berufsleben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

Es handelt sich um Lebensphasen, in denen jeder junge Mensch einen Schatz an Erfahrungen und Erinnerungen sammelt, der durch nichts, was später noch dazukommen mag, aufgewogen wird. In Zukunft wird jedes Kind an jeder Schule in jeder Schulform wieder genug Zeit haben. „Genug Zeit zu lernen und genug Zeit zu leben“, das ist unsere klare Botschaft an Eltern und Kinder in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Es gibt auch noch ein anderes Projekt, mit dem wir noch lange nicht fertig sind. Es ist unser Kampf gegen die internationale Steuerkriminalität. Kein Bundesland ist dabei erfolgreicher als Nordrhein-Westfalen. Das verdanken wir vorneweg unserem Finanzminister Norbert Walter-Borjans.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gegen viele Anfeindungen – vor allen Dingen von der rechten Seite dieses Hauses – hat er, zielstrebig und hartnäckig wie er ist, für die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut 3 Milliarden € von Steuerkriminellen zurückgeholt. Gut 3 Milliarden €, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

3 Milliarden €, die allen ehrlichen Bürgerinnen und Bürgern gestohlen wurden! Das muss man offen aussprechen: gestohlen wurden.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: So ist es!)

Die werden wir jetzt in bessere Kitas, gute Schulen und eine moderne Infrastruktur investieren können.

Ich sehe schon Ihre Reaktionen: Jetzt frieren auf der rechten Seite dieses Hauses wieder die Gesichtszüge ein. – Klar!

(Heiterkeit von der SPD)

Für CDU und FDP ist unsere Politik gegen Steuerkriminalität überflüssig bis falsch. Daraus haben sie nie einen Hehl gemacht.

(Christian Möbius [CDU]: Was?)

Ich habe aber bis heute nicht verstanden, warum eigentlich. Ich verstehe es wirklich nicht.

(Christian Möbius [CDU]: Sie haben erst die CD angekauft!)

Sie wollen Studierende und Eltern kleiner Kinder mit hohen Gebühren überziehen, wenn aber Millionäre und ihre Helfershelfer in Banken und Hedgefonds die

Allgemeinheit um Milliardensummen betrügen, werden Sie plötzlich ganz kalt und erstarren in Tatenlosigkeit. Das passt nicht zusammen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie doch was zur WestLB! – Gegenruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Der Kollege Laschet hat es vorhin schon gesagt: Die letzte große Haushaltsdebatte vor der Landtagswahl sollte auch eine Debatte über Alternativen sein. Stellen wir uns die Wahlkabine mal als eine Zeitmaschine vor, und sagen wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz deutlich: Wer den schwarz-gelben Knopf drücken würde, würde zehn Jahre in die Zeit der kalten „Privat vor Staat“-Ideologie zurückreisen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Arbeitnehmerrechte zählten dann nicht mehr viel – das kennen wir aus Ihrer Verantwortungszeit –,

(Zuruf von den PIRATEN: Was zählen sie jetzt?)

die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst würde wieder eingeschränkt, die Frauenförderung gelte als überflüssig, Kinderbetreuung oder ein Hochschulstudium wären Güter, die man sich leisten könnte – oder eben nicht.

(Christian Möbius [CDU]: So ein Blödsinn!)

Wer aber will, kann mit SPD und Grünen in die Zukunft aufbrechen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist mutig! – Weitere Zurufe)

Wir stehen für eine Zukunft, in der Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich und technologisch zur Spitzengruppe der Welt gehört,

(Henning Höne [FDP]: Kabarettauftritt!)

auch weil es immer noch das Land der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft ist. Das ist entscheidend für die Zukunft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Möbius [CDU]: Mit der Rede können Sie sich bei der heute-show bewerben!)

Wir wollen eine starke öffentliche Hand, die Arbeitnehmerrechte schützt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Junge Eltern werden von Gebühren entlastet und ihre Kinder individuell vom Kindergarten bis zum Berufseinstieg gefördert.

(Henning Höne [FDP]: Schlusslicht bundesweit – so sieht Ihre Erfolgsbewertung aus!)

Wir stehen – das sage ich vor allen Dingen an die Adresse einiger in der CDU – für das alte Verspre-

chen der christlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, das Versprechen der Solidarität: Du bist nicht allein!

(Beifall von der SPD)

Ja, klare Ansage: Ein Rückfall in die Zeit der kalten „Privat vor Staat“-Ideologie wäre schlecht für Nordrhein-Westfalen – sogar sehr schlecht.

(Zurufe von der CDU)

Aber schlimm wäre es, meine Damen und Herren, sollten jene Kräfte stark werden, die unser Land in das gesellschaftliche Klima der späten Weimarer Republik stürzen wollen. Das darf denen nicht gelingen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich Thomas Purwin, den SPD-Vorsitzenden in Bocholt, grüßen.

(Lebhafter Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Rechtsradikale haben ihn und seine Familie so stark bedroht, dass er sich genötigt sieht, sein kommunalpolitisches Engagement zu beenden. Er hat viele Solidaritätsbekundungen – auch aus diesem Haus – bekommen. Das tut ihm gut; das tut seiner Familie gut. Er soll wissen, dass wir ihm für alles, was er für seine Stadt geleistet hat, danken.

Wir werden auch nicht vergessen, was ihm und seiner Familie angetan wurde, und versprechen ihm, alles zu tun, um anderen ein solches Schicksal zu ersparen. Wir in Nordrhein-Westfalen – meine Damen und Herren, da bin ich sicher und zuversichtlich – werden beweisen, dass die offene Gesellschaft und ihr Sozialstaat stärker, gerechter und erfolgreicher sind, als alles, was ihre Feinde zu bieten haben.

(Lebhafter Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Niemand, meine Damen und Herren, verkörpert das starke, gerechte, weltoffene Nordrhein-Westfalen besser als unsere Ministerpräsidentin. Ich freue mich auf den Frühsommer 2017. Ich freue mich auf den Tag, an dem die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Hannelore Kraft zum dritten Mal zur Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen wählen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Ich freue mich mit ganz vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen auf diesen Tag, weil er, meine Damen und Herren, wieder ein sehr guter Tag für unser Land, für die Menschen in unserem Land werden wird. – Vielen Dank fürs Zuhören. Glück auf für unser Land!

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Norbert Römer hat gegen Ende seiner Rede einen Appell an uns alle gerichtet, für den er den Beifall des gesamten Hauses bekommen hat. Gewalt und Einschüchterung dürfen keine Mittel der demokratischen Auseinandersetzung in Deutschland sein.

(Beifall von allen Fraktionen und von der Regierungsbank)

Wir können, wir sollen, ja wir müssen uns auch mit Härte auseinandersetzen. Es gehört zum Wesen der Demokratie, der freien Wahlentscheidung, dass es überhaupt Wahlalternativen gibt, die klar herausgearbeitet werden. Aber wir wollen in Deutschland keine politische Kultur der Verrohung, bei der es nicht um Profile für politische Positionen geht, sondern am Ende um die Vernichtung des politischen Gegners. Das können wir nicht wollen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Obwohl ich gleich keine Samthandschuhe anziehen will, will ich zu Beginn meiner Rede nach Ihrem Schlussappell, Herr Kollege Römer, mein Angebot vom gestrigen Tag, das die SPD auf Bundesebene für den Bundestagswahlkampf ebenfalls öffentlich geäußert hat, wiederholen: ein Fairnessabkommen zu treffen, bei dem es zwar darum geht, unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Werte gegeneinanderzustellen, damit die Menschen entscheiden können, wem sie eher vertrauen, aber auf persönliche Verunglimpfung, Lüge und Demagogie zu verzichten.

All diejenigen, die sich daran nicht beteiligen werden, geben den Wählerinnen und Wählern bereits einen Hinweis, dass sie nichts Gutes im Schilde führen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Herr Römer, ich schätze Sie als einen Mann, der weiß, was im Lande vorgeht. Sie haben auch unseren kollegialen Respekt. Aus diesem Grund habe ich sehr aufmerksam zugehört, was Sie heute vorgetragen haben. Sie haben Nordrhein-Westfalen in wirklich beeindruckenden, schillernden Farben dargestellt. An einer Stelle sprachen Sie von einer weltweiten Spitzengruppe, der wir angehören würden. Von Helmut Schmidt stammt der Satz: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.

(Vereinzelt Heiterkeit von der CDU)

Ich muss Ihnen sagen: Wenn manche geglaubt haben, es gebe in der Sozialdemokratie einen Mangel an Visionen, so haben Sie diese Kritiker eines Besseren belehrt. Denn Sie haben tatsächlich eine visionäre Rede gehalten.

Bedauerlicherweise haben sich die Visionen nicht auf die Zukunft, sondern auf die Wahrnehmung der Gegenwart konzentriert, verehrter Kollege Römer.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn so, wie Sie es dargestellt haben, sehen wir es nicht. Wie haben Sie gerade – mit Blick auf die auch von uns geteilten Vorschläge, Studienbeiträge wieder einzuführen – versucht, Armin Laschet hier vorzuführen. Sie haben das dargestellt, als sei es eine große zivilisatorische Errungenschaft von Grünen und Sozialdemokraten gewesen, auf die Studienbeiträge zu verzichten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zugleich haben Sie die Bedeutung von Bildung und Innovation – als Voraussetzung für Wachstum und auch individuellen Wohlstand – für die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen hervorgehoben. Wie passt das zusammen?

(Zuruf von der FDP: Natürlich gut!)

Seit 2010 müssen die Professorinnen und Professoren an den Hochschulen wesentlich mehr Studierende betreuen. Waren es 2010 an der Universität zu Köln noch gut 85 Studierende pro Professor, so sind es jetzt bald 100. Die AOK kommt in einer bundesweiten Vergleichsstudie deshalb zum Ergebnis: Nirgendwo sonst in Deutschland ist Studieren so stressig wie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben die Studienbeiträge abgeschafft, aber gezahlt dafür haben die jungen Menschen selbst, nämlich durch ein schlechteres und stressigeres Studium. Und dafür erwarten Sie noch Dank!

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD)

Genau diese konzeptionellen Alternativen werden wir im nächsten Jahr ja diskutieren.

(Michael Hübner [SPD]: Genau!)

Das werden wir beispielsweise auch bei der Frage der Gebührenfreiheit von Kindertageseinrichtungen machen. Da sind ja übrigens Grüne und Sozialdemokraten, wenn ich die Wahlprogramme richtig wahrgenommen habe, gar nicht einer Meinung.

Ich sage Ihnen: Ja, das Ziel des gebührenfreien Kitabesuches wird auch von uns geteilt. Dabei geht es nicht um eine Entlastung von Gering- und Normalverdienern, sondern um eine Entlastung von Familien mit gutem Einkommen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Doch, Herr Zimkeit. Denn die Elternbeiträge müssen nämlich nach der bundesgesetzlichen Rechtsgrundlage nach Leistungsfähigkeit gestaffelt sein. – Im Unterschied zu Ihnen haben wir aber kein Problem damit, zu sagen: Ja, auch die Familie des Ingenieurs wollen wir gerne entlasten.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Es ist doch nicht ungewöhnlich, dass Sie die Großverdiener entlasten!)

Deshalb ist das Ziel der Gebührenfreiheit der Kitas für uns auch eine Vision. Wir leben aber eben nicht im Paradies, sondern wir müssen uns zwischen unterschiedlichen Prioritäten entscheiden.

In der „Rheinischen Post“ stand heute etwas bezüglich des Aufholbedarfs bei der U3-Betreuung. Weil wir sehen, was qualitativ hinsichtlich der Bildung vor der Einschulung – auch zum Beispiel im Bereich der Sprachförderung – bei uns noch getan werden muss, sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern: Ja, auch wir teilen das Ziel der Gebührenfreiheit des Kitabesuchs. Als Allererstes aber wollen wir die Qualität für eure Kinder besser machen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Erst das eine, dann das andere.

Über die Wahrnehmung der Gegenwart werden wir im nächsten Frühjahr sprechen. Da gibt es Unterschiede. Das zeigt sich auch an ganz grundlegenden Zahlen und Zielen.

So hat die Frau Ministerpräsidentin in einem Interview mit dem in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“ vor einigen Wochen gesagt, in Nordrhein-Westfalen werde der Schuldenabbau nicht vernachlässigt. – Wenn man die nüchternen Zahlen sieht, Frau Ministerpräsidentin, muss man eine politische Wahlverwandtschaft mit Alexis Tsipras annehmen.

Auf der Homepage der Grünen – ich zitiere – heißt es:

„Wir stehen in der Verantwortung, unseren Kindern und Enkelkindern keinen Schuldenberg zu hinterlassen.“

Tatsache ist, dass seit 2010 19 Milliarden € zusätzlich auf genau diesen Schuldenberg draufgeschüttet worden sind. Schuldenstand: 143 Milliarden €! Das ist die Schlussbilanz des Kabinetts Kraftikakis!

(Beifall von der FDP)

Griechische Verhältnisse am Rhein! Keine Rede von Schuldenabbau!

Wir haben Rekordeinnahmen von bald 55 Milliarden €. Vor allen Dingen haben wir ein historisch tiefes Zinsniveau. Zu meinen Lebzeiten werden die folgenden makroökonomischen Bedingungen nicht

mehr zusammenkommen: niedriger Zins, künstlich niedriger Außenwert des Euro, Babyboomer alle noch voll im Erwerbsleben und günstige Rohstoffpreise. Diese makroökonomischen Faktoren werden – allein aufgrund des demografischen Wandels – nicht mehr in dieser Weise zusammenkommen.

Trotzdem machen Sie noch 1,6 Milliarden € neue Schulden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, viel zu wenig bei genau den Rahmenbedingungen!)

Dann kommt noch die versteckte Kreditaufnahme dazu: Das bringt 300 Millionen € in die Landeskasse, die Sie weniger für den BLB ausgeben müssen. Die versteckte Kreditaufnahme durch die NRW.BANK bringt 500 Millionen € an Entlastung für den Landeshaushalt. Und die geschöpften Zuführungen für die Pensionsvorsorge machen 600 Millionen € aus. Da hinten sitzt Frau Dr. Mandt vom Landesrechnungshof, die das kritisiert hat. Insgesamt ist das Defizit Ihrer Politik also eigentlich um 1,4 Milliarden € höher, als Sie angeben. Das zeigt das Risiko auf.

Jetzt deutet sich eine Zinswende in den Vereinigten Staaten an. Sie wird zu uns kommen. Das DIW sagt: Die prosperierend steigenden Staatseinnahmen sind kein Naturgesetz, das ist keine Garantie auf Dauer.

Und trotz dieses einmaligen Umfeldes gelingt es Ihnen nicht, auf Neuverschuldung zu verzichten. Vielmehr müssen Sie auch noch Bilanzkosmetik machen. Das zeigt eines: Nicht in schlechten Zeiten ruiniert man den Haushalt, sondern in den guten, in den Boomzeiten ruiniert man ihn, weil nicht hinreichend Vorsorge getroffen wird. Für diese politische Weisheit sind Sie das Schulbeispiel!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir brauchen jetzt einen Politikwechsel. Die notorische Wachstumsschwäche des Landes muss angegangen werden. Es müssen bürokratische Bremsen gelöst werden. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und, was diese betrifft, handlungsfähig gemacht werden. Vor allen Dingen muss diesem Land wieder Lust auf Leistung und Innovation gemacht werden. Dann hat es eine Zukunft.

Seit der ersten Lesung des Haushalts ist Ihre Bilanz nicht besser geworden – im Gegenteil! Zahlreiche Analysen und Studien haben unsere Sorgen und Bedenken, dass Nordrhein-Westfalen unter rot-grüner Verantwortung abgehängt ist, bestätigt. In einer Vergleichsstudie des „FOCUS“ liegen die nordrhein-westfälischen Städte ganz hinten; denn das Insolvenzrisiko ist insbesondere hier an Rhein und Ruhr am höchsten.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Bitte, was sagen Sie, Frau Ministerpräsidentin?

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ja, wir haben hier eine lebendige Debatte. Sie können sich ja auch an mich wenden, statt an Ihre Beamten. Ich kann im Unterschied zu Ihren Beamten auch widersprechen. Ihre Beamten dürfen das ja nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat Defizite offengelegt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben ein tolles Beamtenverständnis!)

Dann spricht die Landesregierung in Gestalt von Herrn Duin davon, dass sei alles ein Zerrbild. Während die Menschen hier im Land Anschluss verlieren und den Menschen Chancen genommen werden, sprechen Sie von einem Zerrbild. Ganz konkret sagen die Zahlen etwas anderes. Die Kaufkraft der Menschen in Nordrhein-Westfalen liegt unter dem Bundesdurchschnitt. Und das ist das Ergebnis der Wachstumsschwäche des Landes Nordrhein-Westfalen.

Sie versuchen seit geraumer Zeit, Frau Kraft, Herr Duin, eine Charmeoffensive gegenüber der Wirtschaft. Fakt ist aber: Im Regierungshandeln hat diese Regierung seit 2010 wirklich alles getan, um Unternehmer und Unternehmen abzuschrecken – alles.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ob Tariftreue- und Vergabegesetz – Herr Römer, das ist doch ein Symbol, übrigens ein Symbol, unter dem auch selbst die kommunale Verwaltung leidet – oder Landeswassergesetz oder

(Stefan Zimkeit [SPD]: Tariftreue ist ein Symbol!)

Landesentwicklungsplan: Dieses Land hat sich in den grünen Lianen eines Paragrafenschungels verfangen. Und daraus muss dieses Land wieder befreit werden. Das ist die Aufgabe.

(Beifall von der FDP)

Wir verkennen nicht, dass wesentliche Stellschrauben für die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens in Berlin gedreht werden. Wesentliche Stellschrauben für die Entwicklung dieses Landes werden in Berlin gedreht, etwa für die Energiepolitik, die das Energieland Nordrhein-Westfalen offensichtlich geschwächt hat.

Diese Landesregierung, Ihre Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin, hat zu Anfang der Legislaturperiode angekündigt, dass sie einen Masterplan Energiewende vorlegen wollte. Darauf warten wir bis heute. Dem ist nichts gefolgt – im Gegenteil. Jetzt will der Bundesminister für Wirtschaft bundesweit die Netzentgelte vereinheitlichen. Das bedeutet wieder

500 Millionen € Belastung für Mittelstand und Industrie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Armin Laschet [CDU])

Wo ist die Stimme dieses Landes in Berlin, um das zu verhindern? Wo ist die?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Steuer- und Abgabepolitik des Bundes nimmt den Menschen Raum für Vorsorge und Investitionen, Herr Römer. Wenn Sie etwas für die Klein- und Geringverdiener tun wollen: Es ist nicht der Kitabeitrag. Der ist sozial gestaffelt. Da zahlt keine Krankenschwester 4.000 €. Wenn Sie für die etwas tun wollen, dann sorgen Sie dafür, dass die Pläne von Frau Nahles, dass die Rentenversicherung bald 25 % Beitrag erfordert, aus dem Verkehr gezogen werden. Da können Sie etwas tun für die Menschen mit kleinem Einkommen.

(Beifall von der FDP)

Nichts und keine Initiative aus Düsseldorf – im Gegenteil! Diese Landesregierung hat die Lage noch verschärft, zum Beispiel durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

Frau Ministerpräsidentin, Sie beklagen die Zuwanderungspolitik des Bundes jüngst wieder hinsichtlich der Möglichkeiten der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern. Ihre Landesregierung ist aber offensichtlich gegenüber dem Bundesminister des Inneren so einflusslos, dass es immer noch keine tragfähigen Rückführungsabkommen in den Maghreb-Raum gibt. Das ist doch auch Ihre Bundesregierung.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie die kritisieren, dann ist das auch die von Ihnen mitgetragene Regierung. Also tun Sie da etwas!

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Es gibt da Zuständigkeiten!)

Tun Sie dafür etwas. Offensichtlich hat Ihr Wort da kein Gewicht.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ach so!)

Wie schlimm ist das? Sich integrierende Familien werden wir bald wieder abschieben, aber die Kriminellen werden wir nicht los, weil wir immer noch kein modernes Einwanderungsgesetz haben. Wo ist der NRW-Entwurf eines modernen Einwanderungsgesetzes, das diesen Irrsinn beendet?

(Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Da schüttelt die Ministerpräsidentin mal wieder so den Kopf: Diese Opposition, was fordert die denn? Nehmen Sie sich ein Beispiel an Bayern, aber mit umgekehrten Vorzeichen! Die Bayern sind in der Debatte voll präsent und treiben die Bundesregierung,

leider zu oft auch in die falsche Richtung. Machen Sie sich die zum Vorbild, aber beanspruchen Sie die Meinungsführerschaft in progressiver, in moderner Hinsicht und hören Sie auf zu lachen, sondern handeln Sie endlich in dieser Frage!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das erwarten die Menschen von Ihnen.

Im Ruhrgebiet gehen Ihnen doch Ihre eigenen Leute von der Fahne, weil sie das Gefühl haben, dass Sie genau diese Fragen von Einwanderung und Zuwanderung und Rechtsstaatlichkeit nicht ernst nehmen. Sie lachen hier, Sie gehen in Fernsehsendungen, aber Sie ergreifen keine tragfähige Initiative, um die Probleme zu lösen. Mit Ihren Lichterketten kriegt man die Rechtspopulisten nicht klein. Die kriegt man nur klein mit Problemlösungen. Machen Sie das!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist nicht nur Oppositionsgeblök, wie Sie gleich sagen werden. Selbst Wissenschaftler attestieren Ihnen doch, dass Nordrhein-Westfalen bundespolitisch an Gewicht verloren hat.

Seit Jahren – Zitat – lasse Nordrhein-Westfalen wichtige Impulse für die Bundespolitik vermissen, etwa in Form von innovativen Gesetzesvorlagen für den Bundesrat. – So Karl-Rudolf Korte und Ulrich von Alemann. Weil die rot-grüne Regierung nicht groß denkt, macht sie unser Land systematisch klein und kann die Interessen dieses größten Bundeslandes in Berlin nicht durchsetzen.

Und um das zu verdecken, kommt es dann zu Übersprungshandlungen wie neulich bei der Veranstaltung in Düsseldorf, als die Ministerpräsidentin sagte, dass sie in die Geheimnisse der Geschichte eingeweiht sei und wisse, wer der nächste SPD-Kanzlerkandidat wird. Das haben Sie ja getan. Das finde ich bemerkenswert.

Wenn Sie es wissen, sagen Sie es bitte! Wer wird es denn? Wenn Sie es nicht tun, dann täuschen Sie die Menschen und führen Sie an der Nase herum, ja. Ich verstehe das ja.

(Beifall von der FDP)

Da will man einmal zeigen, dass man in der SPD auch ganz vorne mit entscheidet, dann rutscht einem das so raus. Bedauerlicherweise ist das dann keine vertrauliche Veranstaltung, sondern eine öffentliche. Und so etwas wird dann aufgeschrieben. Da wird man mit konfrontiert.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Das ist Ihnen nicht rausgerutscht? Das heißt, Sie haben sogar wissentlich gesagt, Sie wüssten, wer der Kanzlerkandidat ist, und teilen es der Öffentlichkeit nicht mit.

(Karlheinz Busen [FDP]: Das ist ja unglaublich!)

Was machen Sie da für eine Scharade? Was ist das für eine Scharade, Frau Kraft? Das wüsste ich schon gern.

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Die Scharade ist, für den Landtag und für den Bundestag gleichzeitig zu kandidieren, Herr Lindner! Das ist Scharade!)

Sie konzentrieren Ihren Einfluss – Armin Laschet hat es vorhin bereits angesprochen – auf die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, um aus der Position eines Nehmerlandes in die eines Geberlandes zu wechseln. Wie intensiv Sie dieses Thema vorantreiben, hat Armin Laschet hier bereits dargelegt. Inzwischen wissen wir aber, dass Sie Ihr Prestigevorhaben offensichtlich nicht umgesetzt haben; denn nach allen Prognoserechnungen wird Nordrhein-Westfalen ein Nehmerland bleiben.

Wo sind Ihre innovativen Vorschläge, etwa, dafür zu sorgen, dass Nordrhein-Westfalen flächendeckend eine vernünftige Breitbandinfrastruktur bekommt, und zwar nicht erst 2026, in zehn Jahren? Vor zehn Jahren gab es noch kein iPhone, und Sie sagen: In zehn Jahren wollen wir europäischer Durchschnitt sein.

(Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

Schon heute haben 40 % der Bevölkerung Schwedens Zugang zum Glasfasernetz. Wo bleibt ein innovativer Vorschlag von Ihnen?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist doch super, wenn er unsere Position in seiner Rede bringt!)

Ich mache einen für Sie: Soll doch der Bund die Beteiligung an der Deutschen Post AG verkaufen und das Geld exklusiv für einen Innovationsfonds im Bereich Glasfaserausbau im ländlichen Raum zur Verfügung stellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diesen Vorschlag könnten Sie doch einmal machen. Aber von Ihnen kommt nichts.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Das ist ja eine super Idee! Tolle Idee! – Michele Marsching [PIRATEN]: Gut zugehört, Herr Lindner! Immerhin einer!)

Zu den wenigen, wirklich an einer Hand abzuzählenden innovativen Vorschlägen aus Nordrhein-Westfalen gehören die Hygieneampel von Herrn Minister Remmel und das Unternehmensstrafrecht von Herrn Minister Kutschaty. Das ist doch symptomatisch. Wenn aus NRW neue Ideen kommen, dann taucht darin die Wirtschaft nur in Form von Kriminellen, Halsabschneidern und Betrügern auf. Da muss man

sich nicht wundern, wenn ein Bogen um Nordrhein-Westfalen gemacht wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist doch so. Zur Fairness

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

gehört allerdings, auch positive Entwicklungen zu würdigen. Deshalb möchte ich hier auch durchaus positive Entwicklungen benennen.

Der Wirtschaftsminister hat industriepolitische Leitlinien vorgestellt, die in ihrer strategischen Richtung unsere Zustimmung gefunden haben. Es gab einen großen Bahnhof, auch mit Gerhard Schröder, allerdings offenbar keinen Kabinettsbeschluss. Etwas irritierend ist auch, dass die Ministerpräsidentin im Rahmen der 125-Jahr-Feier des Chemiewerks am Rhein gesagt hat, dass die Leitlinien nur Fortschreibung des Leitsatzes der Landesregierung seit 2010 seien.

Wie muss man das dann werten? Hat sich die Landesregierung sechs Jahre nicht an ihre eigenen Leitlinien gehalten, oder ist das, was Herr Duin vorgestellt hat, alter Wein in neuen Schläuchen, also ein PR-Gag, oder versucht die Ministerpräsidentin einen Konflikt in ihrer Regierung zu überdecken?

Ein zweites großes Manöver ist natürlich das Bündnis für den Infrastrukturausbau, um die Durchgrünung in diesem Feld zu überwinden. – Aha! Das begrüßen wir natürlich auch sehr, Herr Minister Groschek.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vielleicht hat man jetzt auch ein Gefühl dafür, warum es bei den industriepolitischen Leitlinien keinen Kabinettsbeschluss gegeben hat;

(Michele Marsching [PIRATEN]: Einmal einen falschen Satz gesagt! Den wird man nie wieder los!)

denn die Grünen sprechen beim Bündnis für den Infrastrukturausbau öffentlich davon, das sei Verschwendung von Steuermitteln.

Das zeigt: Diese Initiativen sind kein Regierungshandeln, sondern nur SPD-Wahlkampf gegen die Grünen, und zwar dieserlei: Die Fliehkräfte nehmen zu. Während die grüne Spitzenkandidatin und Schulministerin ein Konzept für G8 und G9 vorlegt, lästert man in der SPD über das – Zitat – „schulpolitische Phantasialand“ und eine „Wünsch-Dir-was-Pädagogik“.

Herr Römer, Sie haben hier gerade ebenfalls eine Reform des Gymnasiums angekündigt. Es ist bemerkenswert, dass Ihnen nach fast sieben Jahren Regierungsverantwortung auffällt, dass dort irgendetwas im Argen liegt.

(Heiterkeit bei der FDP)

Das Hauptproblem dafür sitzt übrigens auf der Regierungsbank, und das, was im Argen liegt, ist die massive Vernachlässigung der Schulform Gymnasium.

(Beifall von der FDP und der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Das haben wir von Anfang an gesagt, Herr Lindner! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ihre Reform des Gymnasiums sollte ihren Ausgangspunkt mit der Reform der Regierungsbank nehmen. Damit wäre das wesentliche Problem in diesem Feld möglicherweise schneller gelöst als gedacht.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Genau, dann lasst ihr alles bei G8, und dann ist das super!)

Aber ich warne Sie beide, Sozialdemokraten und Grüne, vor den Modellen, die Sie vorgelegt haben; denn in Nordrhein-Westfalen gibt es Schulen, die aus unterschiedlichen Gründen mit G8 ein Problem haben. Es gibt regionale Unterschiede, ein schlechtes Management, schlechte Rahmenbedingungen.

(Dietmar Bell [SPD]: Hört, hört!)

Es gibt aber auch Schulen, die kein Problem mit G8 haben, bei denen G8 funktioniert. Die wollen nicht zurück zu G9. Bei allem, was Sozialdemokraten und Grüne gleichermaßen – so widersprüchlich es auch sein mag, was SPD und Grüne wollen – vorgelegt haben, in einem Punkt sind sie sich einig: Sie bringen in jedes Gymnasium wieder Chaos und Unruhe. Wir hingegen wollen die Wahlfreiheit an den Schulen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Keine Schule soll gegen ihren Willen ins Chaos gestoßen werden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: So macht man sich Freunde!)

Aber die Fliehkräfte wirken weiter. Während die SPD den Bundesverkehrswegeplan aus Berlin bejubelt und diesen in Berlin mit verabschiedet hat, halten die Grünen ihn für – Zitat – „nicht zukunftsfähig“ und wollen ihn in der nächsten Legislaturperiode im Bund wieder aufschnüren.

Während die SPD auf Industriepartei macht und die Leitentscheidung für Garzweiler heute in Form des Wortes „Geleitschutz“ durch Herrn Römer hervorhebt – Herr Römer, das war Ihr Wort; Sie haben die Leitentscheidung für Garzweiler als Geleitschutz für die Energiewende bezeichnet –, untergraben die Grünen das mit ihren Wahlprogrammen, nämlich im Bund mit dem Kohleausstieg schon im Jahr 2025 und hier im Land in 2037. Das heißt, die Verabredung, die Sie hier loben, wird in Wahlprogrammen längst wieder infrage gestellt.

Während die SPD eine zu Recht härtere Gangart im Umgang mit nordafrikanischen Staaten fordert, sprechen die Grünen von Populismus. Während die Grünen ihre ideologische Genderpolitik bis über die Grenze der Verfassungswidrigkeit hinaus beim neuen Dienstrechtsgesetz durchsetzen, winken die Minister Jäger und Walter-Borjans noch schnell massenhaft Beförderungen vor dem Inkrafttreten durch und zeigen damit eindrucksvoll, was sie von ihrer eigenen Regierungspolitik halten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Während sich die SPD-Vorsitzende Kraft bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der Linkspartei und rot-rot-grünen Phantasien abgrenzen will, zeigen sich die Grünen bei jeder Gelegenheit explizit offen für Gespräche nach der Landtagswahl. Das zeigt eines: Die SPD kann das als richtig Erkannte nicht mehr durchsetzen. Im siebten Jahr ihrer Regierung haben sich die Gemeinsamkeiten erschöpft. Deshalb muss diese Regierung im Interesse des Landes abgelöst werden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Kollege Römer, Sie haben ja eben Armin Laschet kritisiert.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Gegenruf von Michele Marsching [PIRATEN]: Herr Zimkeit, es reicht! Ich kann es nicht mehr hören!)

Sie sagten, man wüsste das gar nicht so genau, und Bürokratieabbau sei nur so ein Wort usw. Schauen Sie, es ist auch eine Art des Denkens und eine Art der Herangehensweise an Probleme, die sich ändern muss, eine Frage der Prioritätensetzung.

Das will ich Ihnen an einem ganz kleinen Vorgang verdeutlichen. Was sich konkret ändern muss, zeigt eine Begebenheit, über die der „Sauerländer Volksfreund“ am 1. Dezember berichtet hat, und zwar unter der Überschrift: „Umweltministerium greift in Genehmigungsverfahren ein!“

Dem Märkischen Kreis reichten Unterlagen zur Artenschutzprüfung für eine Baugenehmigung für ein Windrad nicht aus. Da forderte der Märkische Kreis eine Neukartierung. Bei einem Gespräch zwischen dem Investor und der Kreisverwaltung erschien dann plötzlich auch ein Mitarbeiter aus dem Ministerium Rimmel,

(Zuruf von der FDP: Oh!)

und zwar aus einer Taskforce für genau solche Gespräche. Deren Aufgabe sei es – so teilte das Ministerium dann wörtlich mit –, Probleme bei der Planung und Genehmigung von Anlagen der erneuerbaren Energien abzubauen.

Im Ergebnis prüft also nun das LANUV, ob eine Neukartierung nötig ist. Das Ergebnis ahnt man. Wo war eigentlich diese Taskforce, als es um newPark oder um Datteln 4 ging? Wo war da diese Taskforce?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Genau das ist doch die Wahrheit, und genau das ist doch das Problem. Was ideologisch gewünscht ist, wird ermöglicht. Was nicht in den Kram passt, wird gebremst.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Michele Marsching [PIRATEN]: Da wäre ich bei Datteln vorsichtig!)

Unbürokratisches Handeln braucht dieses Land aber nicht nur bei den grünen Prestigeprojekten, sondern bei allen Vorhaben, die das Land wieder stark machen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nirgendwo ist das so deutlich geworden wie beim Landesentwicklungsplan. Vor über drei Jahren haben Sie Ihren ersten Entwurf vorgelegt. Es hat harsche Kritik gehagelt von allen Beteiligten an den Inhalten, zum Beispiel den Flächenbegrenzungen, den Siedlungsentwicklungen in kleinen Ortsteilen oder auch den verbindlichen Vorgaben zur Ausweisung von Windkraftgebieten.

Jetzt wurden Änderungen am LEP vorgenommen. Aber das Ergebnis, das Sie hier heute verabschieden wollen, ist unverändert ernüchternd. Denn im LEP fehlt eine Vision für die Zukunft unseres Landes.

(Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau!)

Stattdessen konserviert der Landesentwicklungsplan lediglich den Status quo. Mit dem Grundsatz „Netto null“ nehmen Sie dem Land Nordrhein-Westfalen jede Entwicklungsmöglichkeit. Aber ein Land mit Wachstumsschwäche kann sich nicht erlauben, auf solche Impulse und Möglichkeiten zu verzichten.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Auf ein zweites Thema muss ich eingehen, auf das übrigens auch Umweltminister Rimmel in einem Interview mit der „Westdeutschen Zeitung“ zu sprechen kam. Nämlich auf die Frage nach den drei größten Erfolgen der Grünen in dieser Legislaturperiode hat er geantwortet – Zitat –:

„Die große Aufgabe Inklusion endlich angepackt und den jahrzehntelangen Streit um die Schulstrukturen in einen Schulfrieden verwandelt zu haben.“

(Lachen bei der FDP)

Also, die Schulpolitik haben die Grünen zwar angepackt, aber richtig im Griff behalten haben sie sie

nicht. Aus den Händen gegliitten; jetzt liegt alles in Scherben, alles in Trümmern!

(Wibke Brems [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

– Oh, Frau Brems.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Ein empörter Zuruf, das sei Quatsch. Den will ich gerne, Frau Brems, weiterleiten an die Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Keine Witze mit Namen, lieber Kollege!)

Ihren qualifizierten Zwischenruf, das sei Quatsch, werde ich nach Michaelshoven weiterleiten als Ihre Antwort auf die Stellungnahme, die wir von dort dieser Tage zugeschickt bekommen haben. Zitat Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven:

„Manche unserer SuS mit FS GE mit Förder-schwerpunkt ‚Geistige Entwicklung‘ an Regelschulen verbringen die Hälfte der Unterrichtszeit mehr oder weniger alleine in einem Nebenraum oder, wenn selbiger fehlt, auf dem Flur. Hintergrund ist die Klassengröße und die Überforderungssituation für alle Beteiligten.“

Das ist Ihre Umsetzung eines Menschenrechts, Frau Löhrmann?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist Ihre Umsetzung eines Menschenrechts?

Frau Brems, denen sagen Sie, das sei alles Quatsch. Kinder mit geistiger Behinderung verbringen an allgemeinen Schulen den Tag weitgehend unbetreut auf dem Flur. Das hat kein Kind in unserem Land verdient.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Löhrmann, Sie haben aus der guten Idee Inklusion eine Ideologie gemacht.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Jetzt kommt der Punkt!)

Deshalb brauchen wir jetzt klare Qualitätskriterien, und Rechtsanspruch auf Inklusion kann nicht an jeder Regelschule umgesetzt werden. Wir brauchen Schwerpunktschulen, die tatsächlich personell und hinsichtlich ihrer sachlichen Ausstattung dazu in der Lage sind. Vor allen Dingen dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Landschaft von Förderschulen, um die uns ganz Europa beneidet, durch Ihre Erlasslage zerschlagen wird.

(Beifall von der FDP und der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Jawohl!)

Ihr Anspruch 2010 war, das Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger zu machen. Sie haben einen Schulfrieden ausgerufen, Stichwort „längeres gemeinsames Lernen“. Ihr grünes Prestigeprojekt war

die erste Gemeinschaftsschule, die sogenannte Profilschule in Ascheberg. Frau Löhrmann, auf der Website Ihres Ministeriums kann man noch am heutigen Tag dazu lesen – Zitat –:

„In Ascheberg gibt es jetzt eine Schule der Zukunft.“

Die Realität ist, wie die „Westfälischen Nachrichten“ am 26. November berichtet haben:

Die Schülerzahlen gehen dort zurück, und nun droht, dass die Gemeinde ohne Schulangebot im Sekundarbereich dasteht.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Ihre Schule der Zukunft ist an vielen Stellen eine Schule ohne Zukunft.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ihr Preis ist eine massive Fixierung auf einzelne Schulformen gewesen, im Umkehrschluss eine enorme Benachteiligung des anderen. An vielen Schulen klafft eine massive Lehrerlücke.

Bei den Berufskollegs sind es 1.400 Stellen. Trotzdem haben Sie 500 Stellen gestrichen, um vermeintlich Ihre Präventionspolitik zu belegen, obwohl die Aufgaben mit den Flüchtlingen nicht kleiner werden.

An Gymnasien beträgt die Lücke mehr als 1.000 Stellen. Das ist die Kienbaum-Lücke, aber für die Eltern macht es keinen Unterschied, warum der Unterricht strukturell ausfällt, Frau Löhrmann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist die Kienbaum-Lücke.

(Dietmar Bell [SPD]: Das ist die Lindner-Methodik!)

Dann schließen Sie die Kienbaum-Lücke und streichen Sie nicht 2.000 Stellen beim doppelten Abiturjahrgang, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Frau Löhrmann, sorgen Sie dafür, dass auch im bundesweiten Wettbewerb der Arbeitgeber Nordrhein-Westfalen attraktiv ist. Herr Zimkeit, Sie waren doch einer von denen, die gesagt haben: Ab A13 – also Studienrat – gibt es nicht einmal mehr Inflationsausgleich. – Natürlich, mit so einer Politik kommt kein Bewerber in den nordrhein-westfälischen Schuldienst. Ist doch klar!

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie wollten ja nie Stellen streichen!)

Wenn Sie als Dienstherr die Leute so behandeln, dann werden Sie die Kienbaum-Lücke nicht schließen, dann werden die einen Bogen um Nordrhein-

Westfalen machen; denn mit qualifizierten Abschlüssen und Staatsexamina gehen die woanders hin, wo sie für ihre Leistungen wertgeschätzt werden.

(Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] – Gegenrufe von Christof Rasche [FDP])

Sie haben die Leistungs- und Qualitätsstandards stetig und systematisch abgesenkt: keinerlei Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, teilweise Abschaffung der Ziffernoten, miserable Ergebnisse bei dem Vorhaben „Lesen durch Schreiben“, fehlende Qualitätsstandards im Ganzttag und der Inklusion. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Und zudem: Eine gezielte Förderung von Flüchtlingskindern findet an vielen Schulen, Frau Löhrmann, nicht mehr statt. Laut Flüchtlingsrat NRW werden Tausende Kinder nicht beschult, und zugleich sind viele Schulen massiv überfordert.

Die Ergebnisse sprechen für sich. Die Ansprüche werden gesenkt, zugleich werden die Noten immer besser. Begabte Kinder interessieren Sie weitgehend gar nicht, und die leistungsschwächeren Schüler werden unter Ihnen sogar noch schwächer. Immer mehr Schüler erreichen in Nordrhein-Westfalen nur das rudimentärste Kompetenzniveau. Statt kein Kind werden immer mehr Kinder zurückgelassen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Der grüne Weg zur leistungslosen Einheitsschule

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mein Gott! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

hat das Bildungssystem weder gerechter noch leistungsfähiger und auch nicht stabiler gemacht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist der nüchterne Vergleich zwischen Ihrer Politik seit dem Jahr 2010 und den Ländern, die dieser nivellierenden Ideologie nicht gefolgt sind. Deshalb sollten wir uns wieder an denen orientieren, die den Schulen mehr Freiheit geben, die Vielfalt im Bildungssystem erlauben und die vor allen Dingen Freude auf Leistung bei Kindern und Jugendlichen wecken wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wie geht es weiter? – Da erbitte ich mir gleich von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, eine klare Aussage. Ich bitte Sie darum, dass Sie von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen; denn es gibt in Ihrer Regierung einen offenen Dissens, was die weitere Entwicklung der Stellen im Schulbereich angeht.

Sie wollen zwischen 2018 und 2020 fast 7.000 Lehrerstellen streichen. Nach uns die Sintflut!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben doch die Streichung von Stellen beantragt, Herr Lindner!)

Das sind die 7.000 kw-Vermerke, die sich im Haushalt finden. Sie haben im Ausschuss gesagt, Frau Löhrmann – man kann das im Protokoll nachlesen –, das wolle man sich nach der Landtagswahl noch einmal genau ansehen. – Dazu kann ich nur raten.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

– Das haben Sie nicht gesagt? Was haben Sie gesagt?

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Wenn die Schüler bleiben, bleiben die Lehrer!)

– Ja, aber Frau Löhrmann, Ihre Aussage „wenn die Schüler bleiben, bleiben die Lehrer“ heißt doch, dass Sie mit dem jetzigen Niveau der Unterrichtsversorgung offensichtlich einverstanden sind; denn sonst würden Sie ja keine Lehrerstellen abbauen, wenn die Schülerzahlen zurückgehen.

Ich sage Ihnen: Wenn jetzt die Zahlen der Schülerinnen und Schüler zurückgehen, dann ist doch unsere Chance gerade nicht, proportional genauso viele Lehrerstellen abzubauen,

(Beifall von der CDU – Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Das will doch gar keiner!)

sondern dann ist die Chance, die Qualität zu verbessern.

Dann haben Sie es jetzt ja schon beantwortet. Ich hatte gedacht, der Finanzminister sagt, es bleibt bei den 7.000 kw-Stellen,

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: 8.000 zusätzliche Stellen!)

wie er im Haushalts- und Finanzausschuss ausgeführt hat. Frau Löhrmann sagt, sie wolle sich das genau ansehen. Ich dachte, Frau Löhrmann beabsichtigt, die Schüler-Lehrer-Relation möglicherweise zu verbessern, und das nach der Landtagswahl in den Koalitionsverhandlungen, mit wem auch immer, zu einem Thema zu machen.

Jetzt lerne ich, dass es kein Vorhaben ist und es bei Plänen im Haushalt bleibt. Das halte ich für verantwortungslos;

(Beifall von der FDP)

denn wir können mit unserer Lehrerversorgung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht zufrieden sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur „Guten Schule 2020“ will ich gar nicht zu viel sagen, das ist ja Ihre Wunderwaffe, gar nicht einmal Ihre Idee; denn der Vertreter der NRW.BANK hat ja in der Fachberatung im Ausschuss geäußert, dass sein Institut auf die Landesregierung zugekommen sei.

Kein Wunder; denn Sie, Frau Löhrmann, haben ja im Februar auf „Twitter“ noch geschrieben, marode

Schulen seien Sache der Kommunen. Das kann man ja dort nachlesen. Sie sind also von anderen dazu veranlasst worden, das zu machen. Es ist aber ein Wahlkampfinstrument, bei dem Sie die Schulden geschickt aus der eigenen Bilanz herausholen und überdecken, dass Sie seit Jahren die Schulpauschale nicht erhöht haben.

Über den Schattenhaushalt NRW.BANK werden Schulden in die Bücher der Städte und Gemeinden überführt. Damit treiben Sie die Verschuldung der NRW-Kommunen weiter nach oben.

Und um das zu vertuschen, Herr Finanzminister, achten Sie auf eine möglichst intransparente Umsetzung. Die Schulden sollen nämlich nach Ihrem Erlassentwurf nur nach und nach über einen Sonderposten ausgebucht werden. Das kann man nicht anders bezeichnen als eine haushaltpolitische Vollverschleierung, die Sie mit Ihrem Erlassentwurf beabsichtigen.

(Beifall von der FDP und Christian Möbius [CDU])

Machen Sie es wenigstens transparent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein letzter Punkt, auf den ich zu sprechen kommen muss, sind die Autorität unseres Rechtsstaats und das Sicherheitsgefühl der Menschen. Denn viele Menschen sind angesichts der Bedrohungslage in unserem Land verunsichert. Und in Nordrhein-Westfalen ist diese Verunsicherung besonders groß. Das liegt vor allem an Innenminister Jäger und seinen zahlreichen PR-Initiativen.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Nein, das ist Ihre FDP-Rhetorik!)

Seine Pannenstatistik wäre der Alptraum eines jeden Autoherstellers.

(Michele Marsching [PIRATEN]: So schlecht, dass das noch nicht einmal die FDP versteht!)

Hinter den schon ohnehin niedrigen Aufklärungsquoten bei Einbrüchen steht seit einigen Wochen ein dickes Fragezeichen.

Übrigens: Wenn die Kollegen von den Piraten sagen, das sei unsere Rhetorik, entgegne ich: Ihr seid mal für Transparenz angetreten, und jetzt deckt ihr einen Minister, der offensichtlich Statistiken nicht richtig vorlegen kann. Was ist aus euch geworden?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist nicht die Rhetorik, es sind die Zahlen. Bei den Aufklärungsquoten gibt es ein Fragezeichen. Der Vorwurf der Schönfärberei steht im Raum. Zu den Verfahren im Nachgang zur Silvesternacht werden jeden Tag neue Zahlen in der Presse nachgeliefert. Auch die Angaben zum Einsatz der Beamten in der Nacht werden fortwährend korrigiert.

Bei den Blitzermarathons ist die Zahlenpanne noch unglaublicher. Weil es anders als im Diagramm aus dem Innenministerium keine fallende Kurve bei den Verkehrstoten in den letzten Jahren gibt, ist die gesamte argumentative Grundlage zusammengebrochen.

Während also andere Innenminister mit der Kriminalität kämpfen, kämpft unser Innenminister mit den Statistiken. Das ist eine falsche Schwerpunktsetzung.

(Beifall von der FDP und der CDU – Heiterkeit von der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das alles ist PR. Der nächste öffentlichkeitswirksame Termin steht schon im Kalender. In der Silvesternacht wollen Sie, Herr Jäger, in Köln auf der Domplatte stehen, sofern ich das richtig wahrgenommen habe.

(Zuruf von der FDP: Im Weg herumstehen!)

Um dann dort den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Weg zu stehen oder was?

(Heiterkeit von der FDP und der CDU)

Oder um mit denen gemeinsam das Feuerwerk zu bewundern, während die tatsächlichen Gefährder auf dem Weg nach Essen, Dortmund und Duisburg sind oder was?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Genau, weil die sich organisiert woanders hinbegeben! Ey, Lindner, was soll das?)

Das ist die falsche Schwerpunktsetzung.

Herr Römer, damit wir uns nicht missverstehen, sage ich: Sie haben ausgeführt, die Polizei in Nordrhein-Westfalen verdiene unser Vertrauen, verdiene auch das Vertrauen dieses Hauses. – Ich darf Ihnen sagen: Unsere Polizei hat das Vertrauen dieses Hauses und meiner Fraktion. Ihre Landesregierung und deren Schwerpunktsetzung haben aber kein Vertrauen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Und dann die ollen Kamellen: Ihr habt damals zu eurer Verantwortungszeit Stellen bei der Polizei gestrichen.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: War doch auch so! – Zuruf von Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Die Wahrheit ist, dass der Stellenansatz für neue Bewerber zur Zeit von Herrn Behrens von Ingo Wolf verdoppelt worden ist. Gegenüber Behrens ist der Ansatz verdoppelt worden!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hat ermöglicht, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, wenn sie es wünschen, über das 60. Lebensjahr hinaus weiterhin im Dienst bleiben dürfen. Als eine Ihrer ersten Amtshandlungen haben Sie das zurückgenommen und damit die Stellensituation verschärft. Jetzt kommen Sie damit wieder um die Ecke.

(Beifall von der FDP und der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: So ist die Kurve runtergegangen!)

Wenn Sie das alles noch nicht überzeugt, sage ich: Im Jahr 2016 nach Flüchtlingskrise, Migrationswelle und europäischer Arbeitnehmerfreizügigkeit ist die Sicherheitslage anders als im Jahr 2008. Deshalb müssen sich die Haushaltszahlen auch nicht an der Sicherheitslage des Jahres 2008, sondern an der Lage des Jahres 2016 orientieren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Das glaubt noch nicht einmal Ihre Fraktion!)

Jetzt einmal weg von Auseinandersetzungen über die Vergangenheit oder über die PR von Herrn Jäger. Was uns doch eigentlich verbinden müsste, ist die Empörung darüber, dass Polizisten im Einsatz angegriffen, dass Polizisten mit Gewalt bedroht werden. Das ist ein Angriff nicht nur auf die Beamten im Einsatz, das ist ein Angriff auf den Rechtsstaat und damit auf jeden einzelnen von uns. Das kann man nicht hinnehmen.

(Beifall von der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Polizei verdient Respekt.

Natürlich ist es nicht die persönliche Verantwortung von Herrn Jäger, dass es die Probleme gibt, sondern sie entstehen. Es geht um die Lösung. Heute lesen wir in der „WeLT“, dass Polizeibeamte Clanbildungen in bestimmten Stadtteilen ganz öffentlich beklagen müssen – auch in den entsprechenden Anhörungen.

Jetzt einmal weg vom politischen Klein-Klein: Wir alle gemeinsam sind in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf unsere Rechtsordnung und das staatliche Gewaltmonopol an jeder Ecke und zu jedem Zeitpunkt verlassen können müssen. Wenn sie es nicht tun, erodiert das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Das darf keiner von uns zulassen.

(Beifall von der FDP, der CDU und Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Ich mache Ihnen ein Angebot, das auch über diese Haushaltsberatungen hinweg steht. Das hat nichts mit dem Klein-Klein zu tun, weil es wirklich um eine zentrale Frage geht. Herr Jäger, man kann sich über Maßnahmen austauschen. Seit 2014 legen wir Ihnen fortwährend welche vor. Wir warnen vor den Flüchtlingen aus dem Maghreb und empfehlen, dass sie

zurückgeführt werden müssen. Wir mahnen an, den Blitzermarathon zurückzunehmen, Polizeieinsätze zu stärken und die Verwaltungsstrukturreform durchzuführen.

Lassen wir das alles einmal weg. Ich biete Ihnen an: Sagen Sie, was Sie wirklich brauchen:

(Lachen von Minister Ralf Jäger)

an Personal, an Sachmitteln, an Gesetzen und Verordnungen. Sagen Sie, was Sie brauchen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und unseren Rechtsstaat zu verteidigen, und ich sichere Ihnen zu: Wir werden unideologisch mit Ihnen über genau diese Fragen sprechen und dafür sorgen, dass Sie die Mittel bekommen, die Sie brauchen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Heiterkeit von der SPD – Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Dafür müssen Sie dem Einzelplan zustimmen! – Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Herr Römer, Sie lachen darüber. Das dürfen Sie tun. Aber wenn Sie über einen solchen Vorschlag lachen und dieses Angebot ausschlagen, liegen alle Zahlen bei der Kriminalitätsentwicklung und der Verlust des Vertrauens in staatliches Handeln aber allein in Ihrer Verantwortung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist der Fall, wenn Sie darüber lachen, anstatt gemeinsam Handlungsfähigkeit zu zeigen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode. Wir gehen ins nächste Jahr und in eine harte inhaltliche Auseinandersetzung. Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land; missverstehen Sie bitte nicht, was Ihnen die Opposition vorträgt. Wir haben volles Vertrauen in die Menschen in diesem Land. Wir glauben auch an seine Stärken. Aber man muss aus den Stärken auch etwas machen.

Ihre eigene Regierung dokumentiert doch, dass Sie in vielen Fragen fundamental unterschiedlicher Auffassung sind. Die SPD wird daran gehindert, das Richtige zu tun, weil sich ein Regierungspartner ideologisch auf bestimmte Fragen verfestigt hat. Er hat sich festgebissen und festgefahren bei bestimmten Zielen, die nicht mehr erreichbar sind.

Deshalb tun Sie diesem Land einen Gefallen und gehen Sie offen in das nächste Jahr. Streiten Sie auch als Koalition, damit jeder die Unterschiede sehen kann. Sorgen Sie dann dafür, dass die Menschen im nächsten Mai eine Regierung wählen und somit dafür sorgen können, dass diese Koalition der Vergangenheit angehören darf, damit das Land endlich wieder Zukunft hat.

(Lebhafter anhaltender Beifall von der FDP – Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Lindner für die FDP-Fraktion. – Nun spricht der Vorsitzende der grünen Fraktion, Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Redner der Opposition hier heute abgeliefert haben, hat mit einer Haushaltsdebatte relativ wenig zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht musste man das angesichts des heraufziehenden Wahlkampfes auch erwarten. Aber dass Sie sich der Sachauseinandersetzung vollständig entzogen haben, finde ich, ehrlich gesagt, schon einigermaßen peinlich und unangemessen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Herr Kollege Lindner, wo ist denn der Vorschlag für den Ersatz der Grunderwerbsteuer? Sie schlagen vor, die Grunderwerbsteuer abzusenken und 800 Millionen € zu kompensieren. Wo ist der Kompensierungsvorschlag für diese 800 Millionen €?

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

– Können Sie es nicht erwarten?

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Der Bundesvorlesettag war im November!)

Wir haben von Ihnen keine Entlastungsvorschläge für diesen Haushalt, kein Konzept und keine Vorschläge für die Vision von Nordrhein-Westfalen gehört, sondern stattdessen das Schlechtrede dieses Landes. Das ist die Politik, die Sie hier heute vorge tragen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Laschet, Sie haben vorhin sechs Minuten lang darüber schwadroniert, wer wo beim Länderfinanzausgleich gesessen hat.

(Armin Laschet [CDU]: Nee!)

Sie haben aber kein einziges Wort zum Länderfinanzausgleich selbst verloren. Das ist typisch Laschet: Sehr viel Nebel machen, aber kein Signal setzen, wohin es mit diesem Land gehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich sage Ihnen: Wir setzen dem ganz konsequent Sachpolitik entgegen.

(Zuruf von der CDU: Jau!)

Zum Beispiel bei den Kindertagesstätten: Wir setzen uns für eine moderne Familienpolitik ein, die dafür sorgt, dass die Kinder beste Bildung und beste Betreuung bekommen

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

und dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichergestellt wird.

(Marcel Hafke [FDP]: Sprechen Sie mit den Menschen!)

Deshalb haben wir auch die bitter nötige Aufholjagd bei U3 gestartet und die Zahl der Betreuungsplätze von 80.000 auf 160.000 verdoppelt.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir investieren seit 2015 den kompletten aus dem Betreuungsgeld freigewordenen Betrag in Höhe von 430 Millionen € in den Ausbau der Kindertagesstätten. Wir haben auch den jährlichen Aufwuchs von 1,5 % auf 3 % angehoben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden in der neuen Legislaturperiode ein umfassendes Konzept zur Neukonzipierung und Finanzierung der Kitas darstellen. Das haben Sie, Herr Kollege Laschet, in Ihrer Amtszeit unterlassen.

Klar ist: Wir benötigen mehr Erzieherinnen, mehr Plätze und einen deutlichen Akzent auf mehr Qualität in den Kindertagesstätten und noch stärkere Anstrengungen bei der Inklusion. Ich sage an dieser Stelle auch ganz deutlich: Wir werden diese Schritte der weiteren Beitragsbefreiung vorziehen. Wir setzen zunächst einmal auf Qualität bei den Kindertagesstätten.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Sehr klug!)

Herr Präsident, sechs der zehn größten Hochschulen sind in Nordrhein-Westfalen. Hier liegt ein wichtiger Schwerpunkt für unsere Zukunftspolitik. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und trotzdem 2,6 Milliarden € zusätzlich in die Hochschulen investiert. Das ist ein Aufwuchs von fast 45 % in den letzten sechs Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Weil Sie dieses Schlusslichtgerede angesprochen haben, zitiere ich mal, was der Sprecher für die Universitäten dazu sagt:

„Die LRK NRW begrüßt die erheblichen finanziellen Anstrengungen des Landes ausdrücklich. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Studierendenzahlen ist die Verstetigung befristeter Programmtitel für die Universitäten in NRW unabdingbar. Die Finanzierungszusagen des Landes ermöglichen eine verlässliche Grundfinanzierung und schaffen so Planungssicherheit bis 2020.“

Unsere Hochschulpolitik hat hier das höchste Lob erhalten, was man bekommen kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sorgen dafür, dass in Nordrhein-Westfalen so viele junge Menschen wie nie zuvor einen akademischen Abschluss machen können, und zwar aus allen sozialen Schichten.

Fast 28 % der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland sind in Nordrhein-Westfalen eingeschrieben. Das ist mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen und deutlich mehr, als es unserem Bevölkerungsanteil entspricht. Nordrhein-Westfalen ist Hochschulstandort Nummer eins in Deutschland. Das ist die Wahrheit über unser Bundesland und nicht das Schlechttreden von FDP und CDU!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auf Sachpolitik setzen wir auch dort, wo bei der CDU offensichtlich eine schwere Rolle rückwärts droht. Nordrhein-Westfalen ist solidarisch und weltoffen. Deswegen war es auch wichtig, diesen besonderen Geist Nordrhein-Westfalens aufzugreifen und als erstes Bundesland einen Integrationsplan vorzulegen. Dabei stimmen wir wichtige Faktoren wie Sprachvermittlung, besondere Integrationsmaßnahmen der Schule, besondere Herausforderungen der Jugendhilfe und die Gesundheitsversorgung miteinander ab.

Es ist uns zudem gelungen, die Zahl der Ausbildungsplätze im Altenpflegebereich von unter 10.000 auf über 16.000 nahezu zu verdoppeln. Wir sorgen dafür, dass Menschen in ganz unterschiedlichen Kontexten jetzt sehr lange und selbstbestimmt leben können. Auch das ist die Wahrheit über Nordrhein-Westfalen und nicht das Katastrophengeschwätz von CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was Herr Lindner und Herr Laschet heute geliefert haben, erinnert mich ein bisschen an Armin Laschet auf der Rennstrecke. Können Sie sich noch an Ihren Wahlkampspot erinnern, in dem Sie als Nico Rosberg der Landespolitik aufgetreten sind?

(Heiterkeit – Lutz Lienenkämper [CDU]: Weltmeister! – Zuruf von Kai Schmalenbach [PIRATEN] – Weitere Zurufe)

Sie sitzen im Ford Mustang und schieben ganz dynamisch den Schalthebel nach vorn. Das war eine wahnsinnig starke Geste des Aufbruchs für Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege. Aber Sie kennen die Automatikschaltung, oder? Wenn man den Hebel nach vorne schiebt, ist das die Stellung „P“. Das heißt „Parken“. Der Wagen blockiert. Das ist das, was Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber egal. Bei der CDU fährt das Auto trotzdem los.

Nein, meine Damen und Herren, der CDU-Film hat einen groben Regiefehler, aber er zeigt viel Realität.

Denn der Schnitzer, der dort zu sehen ist, hat bei der CDU in Nordrhein-Westfalen System. Er hat sogar einen Namen. Bei Ihnen nennt man das „Haushaltspolitik“.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das, was Sie da bieten, Herr Kollege, ist ein Regiefehler nach dem anderen. Es ist bei Ihnen immer das Gleiche: Erst der Spruch, dass Sie unheimlich hochschalten wollen und auch entfesseln wollen, dann das Verbinden von Populismus und Inkompetenz und dann Blockade und Stillstand. Das ist die Methode, nach der bei Ihnen Haushaltspolitik abläuft, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die schwarz-gelbe Opposition, die heute als Sparkommissar hier Sprüche klopft, hat eine miserable eigene Bilanz. Sie sind 2005 mit 6,6 Milliarden € Neuverschuldung gestartet. Nach fünf Jahren sind Sie wieder genau bei 6,6 Milliarden € Neuverschuldung gelandet.

(Christian Möbius [CDU]: Wirtschafts- und Finanzkrise!)

Abbauergebnis gleich null! Fünf Jahre Stillstand! Dem sollten keine weiteren Jahre hinzugefügt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Möbius [CDU]: Das lag an der Finanzkrise, oder?)

Bei den Kommunalfinzen haben Sie sogar den Rückwärtsgang eingelegt und total blockiert. Sie verantworten das niedrigste Gemeindefinanzierungsgesetz dieses Jahrtausends: 1,8 Milliarden € weniger als 2005! Sie haben die kommunalen Kassen ausbluten lassen. Und das hatte Folgen. 138 Kommunen sind von Ihnen in den Nothaushalt getrieben worden. Sie verantworten die Schließung von Schwimmbädern, Sportanlagen und Bibliotheken. Wir sind heute noch dabei, das aufzuräumen, was Sie kaputt gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann kam das Sanierungskonzept 2013 bis 2020 mit 300 Millionen € Kürzungen im Schulbereich, 55 Millionen € Streichungen bei der Polizei und einer zwanzigprozentigen Kürzung aller Förderprogramme, die in diesem Jahr voll durchschlagen sollten, also 40 Millionen € weniger bei der Kultur. Das Problem ist nur: Das haben Sie Ihren Fachpolitikern nicht so richtig gesagt.

(Christian Möbius [CDU]: Kultur verdoppelt von 2005 bis 2010!)

– Mal Luft anhalten!

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn Herr Dr. Sternberg hat noch im letzten Jahr die Verdoppelung des Kulturetats gefordert. Sehr interessant! Von minus 20 % bis plus 100 % ist bei Ihnen alles drin, frei nach dem Motto: Wir haben alles, nur kein schlüssiges Haushaltskonzept.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Prof. Sternberg?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Nein, das gestatte ich nicht.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Liebe Kollegen, alle anderen Redner konnten durchreden. Ich möchte das jetzt auch bitte tun können. Dafür bitte ich um Verständnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gegen den Ankauf der Steuer-CDs sind Sie Sturm gelaufen. Sie predigten Amnestie für die Steuerhinterziehung. Wir haben jetzt mehrere Milliarden Euro Steuermehreinnahmen, weil wir genau dieses Abkommen mit der Schweiz eben nicht abgeschlossen haben, was Sie wollten, sondern wir setzen mit diesem Finanzminister auf konsequente Verfolgung der Steuerhinterziehung. Das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann kam noch eine Ansage aus der CDU: Hochschulen bei den Einsparungen im Personalbereich! 10 % Kürzungen auf alles! Mehr als 40.000 Stellen sollten weg. Aber bitte nicht kürzen bei Polizei, Schule, Justiz und Finanzverwaltung! Dumm nur, dass dann nur noch 11.000 Stellen übrig bleiben, also 11.000 Stellen kürzen, wo 40.000 gebraucht werden. Jede Stelle viermal einsparen! Das war ein weiterer großer Wurf der Oppositionshaushälter.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu alledem passen leider – leider, muss man sagen – sehr gut die blindwütigen Personalkürzungen aus Ihrer Regierungszeit, die wir rückgängig machen mussten.

Erster Bereich: Straßen.NRW. Sie haben 700 Stellen eingespart. Deswegen war es nicht möglich, die Planungsleistung 2010 so vorzubereiten, wie es nötig gewesen wäre.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Erst Grüne und SPD mussten dafür sorgen, dass die Stellen bei der Polizei nicht ausbluten. Mit der Erhöhung auf mittlerweile 2.000 Einstellungsermächtigungen haben wir den Personalbestand bei der Polizei seit 2010 sogar erhöht. Hätten wir die Quote von Schwarz-Gelb fortgeschrieben, wären heute nur noch 35.000 Polizistinnen und Polizisten im Dienst und nicht 40.000, wie es jetzt sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Lindner, mit anderen Worten: Wären Sie heute noch an der Macht, hätten wir 5.000 Polizistinnen und Polizisten weniger. Sie sind das größte Sicherheitsrisiko für Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nein, Herr Kollege, es ist wirklich einfacher, einen Pudding an die Wand zu nageln als bei der CDU eine Logik in die Haushaltspolitik zu bekommen.

(Zurufe von der CDU)

Sie reden vom Hochschalten und Entfesseln, und Sie produzieren nur Stillstand und Blockieren. Das ist die Wahrheit über Ihre Haushaltspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt – Gott sei Dank rechtzeitig vor der Wahl – reden Sie wieder von Fortschritt und produzieren wieder nur unsoziale Politik. Herr Kollege Lindner hat es ja offen gesagt. Ich frage auch Sie, Herr Kollege Laschet: Planen Sie wirklich die Wiedereinführung der Studiengebühren?

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das hat er doch gesagt!)

Das wäre eine klare Ansage an die 763.000 Studierenden in Nordrhein-Westfalen und an ihre Familien. Wenn Schwarz-Gelb im Mai nächsten Jahres kommt, dann wird Studierenden wieder Geld weggenommen. Dann werden die Bildungschancen wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Genau für eine solche Politik wurden Sie doch abgewählt. Wir werden alles dafür tun, dass das auch nicht wieder kommt. Genau darüber wird am 14. Mai 2017 auch abgestimmt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Michele Marsching [PIRATEN]: Da sind wir uns ja einmal einig! Immerhin!)

Die gleiche unsoziale Politik sehen wir bei den Kita-gebühren, die Schwarz-Gelb wieder einführen bzw. anheben möchte, und bei der Abschaffung des Sozialtickets, wie es die FDP diese Woche wieder gefordert hat.

Auch da sagen wir den Familien in NRW und den zwei Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen, die ein Anrecht auf ein Sozialticket haben: Wir sorgen dafür, dass Kinder auch 2017 von Anfang an gute

Chancen haben. Wir sorgen auch dafür, dass Mobilität nicht am Geldbeutel scheitert.

Doch bei alledem muss die FDP immer noch eins drauflegen. Von Ideologie getrieben wollen Sie das Umweltressort schleifen und dort Stellen einsparen, den Verbraucherschutz reduzieren und die Stiftung Umwelt und Entwicklung mit ihren vielen wichtigen Impulsen zusammenstreichen. Der Bundesvorsitzende und Noch-MdL Christian Lindner von der FDP verspricht auf der Homepage seiner Partei Steuerentlastungen in Höhe von 30 Milliarden €.

Wie immer liegt dem Ganzen kein erkennbares Finanzierungskonzept zugrunde, sodass sich wieder die spannende Frage ergibt, wie die Gegenfinanzierung aussieht und wie sich die Belastungen auf die unterschiedlichen Ebenen der öffentlichen Haushalte auswirken.

Man kann trotzdem schon erahnen, wo der Hase lang laufen soll. Lindner warnt ja, dass sich Deutschland zur Kleptokratie entwickelt – ich zitiere –,

„weil der Staat sich durch den niedrigen Zins und die steigenden Sozialabgaben und die enorm steigenden Staatseinnahmen zulasten der Menschen bereichert.“

Für mich übersetzt bedeutet das, dass Sie steigende Sozialausgaben also für eine staatliche Form des Diebstahls halten, und das heißt, Sie wollen die versprochenen Steuersenkungen der FDP durch Sozialabbau finanzieren. – Sie sind wieder ganz bei sich angekommen. Herzlichen Glückwunsch, alte FDP der sozialen Kälte!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Rot-Grün betreibt keine Ankündigungspolitik. Im Unterschied zu Ihnen handeln wir konsequent und mit langem Atem. Die Neuverschuldung wurde von uns tatsächlich um 80 % von 6,6 Milliarden € auf 1,6 Milliarden € abgesenkt. Mit Augenmaß haben wir konsolidiert und trotzdem die richtigen Schwerpunkte für die Zukunft gesetzt. Wir haben gespart, aber nicht blockiert, sondern gezielt in die folgenden Bereiche investiert: kluge Köpfe fördern, jedes Kind mitnehmen, das Klima schützen und damit Arbeitsplätze schaffen, die Infrastruktur modernisieren und Kommunen stabilisieren. Das ist der Grundakkord rot-grüner Haushaltspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Kommunen sind für uns eine Herzenssache. Von den 138 Kommunen, die Sie in den Nothaushalt getrieben haben, haben wir 129 dort wieder herausgeholt. Direkt nach dem Regierungsantritt 2010 konnten wir im Nachtragshaushalt mit 300 Millionen € zusätzlich eine Soforthilfe bereitstellen, um das Desaster, das Schwarz-Gelb angerichtet hat, zumindest abzumildern. Das Gemeindefinanzierungsgesetz wurde durch uns von 7,5 Milliarden € auf heute

10,5 Milliarden € angehoben. Und mit dem Stärkungspakt, von dem das Land mit 3,6 Milliarden € den Löwenanteil trägt, haben wir die Handlungsfähigkeit der Kommunen in unserem Land wiederhergestellt.

Zudem geben wir jährlich dreistellige Millionenbeträge dafür, dass die Einheitslasten fair abgerechnet werden und die Kindertagesstättengelder des Bundes nicht im Haushalt versickern. Wir haben die Kommunen strukturell um 1 Milliarde € bessergestellt, als das bei Ihnen – bei FDP und CDU – nach den Raubzügen der Fall gewesen ist.

Jetzt investieren wir 2 Milliarden € in das Programm „Gute Schule 2020“. Weil Herr Lindner sich gerade die Freude bereitet hat,

(Zurufe von der CDU)

hier wieder Nebel zu werfen, will ich diesbezüglich noch mal aufklären.

(Weitere Zurufe von der CDU – Lutz Lienenkämpfer [CDU]: Investieren wir oder die NRW.BANK?)

– Wir stellen 2 Milliarden € bereit, und das funktioniert so, dass die Kommunen die Mittel ...

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

– Wir diskutieren das ja gleich. – 2 Milliarden € stellt das Land bereit, und wir finanzieren die Kredite, die die Kommunen aufnehmen, eins zu eins gegen. Das hat im Gegensatz zu dem, was der Kollege Lindner gesagt hat, folgende Auswirkungen: Die Bonität der Kommunen steigt sogar noch an. Die Liquidität wird überhaupt nicht angefressen, und auf beiden Seiten der Bilanz wird es einfach ein Stück größer. Aber 2 Milliarden € stehen für gute Schulen, für bessere Sportplätze und bessere Sportanlagen bereit. Das ist die Wahrheit, die zu diesem Programm zu sagen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Michele Marsching [PIRATEN]: Genau! Das ist die Wahrheit, und dass die Schulden der Kommunen steigen!)

Das alles zeigt, dass wir mit den Kommunen Hand in Hand regieren. Wir kippen unsere Probleme nicht vor der Haustür der Städte ab. Wir haben die Fesseln gelöst, die Sie den Kommunen angelegt haben, und das ist der große Unterschied zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Große Unterschiede gibt es auch in der Verkehrspolitik. Mobilität interessiert die FDP ja nur, wenn es stinkt, laut und teuer ist und möglichst viel Platz wegnimmt. Wir Grüne bekennen uns hingegen zu einer effizienten, sozial- und umweltverträglichen Mobilität. Mobilität muss bezahlbar sein. Wir wollen die Ver-

kehrinfrastruktur sanieren und erhalten und vor allem den Bereich der Schiene und Nahmobilität ausbauen.

Der Substanzerhalt von 13.000 km Landesstraßen ist nach Meinung fast aller Fachleute, inklusive der angesprochenen Präsidentin des Rechnungshofes und inklusive des Rechnungshofes, dem zweifelhaften, teuren und verkehrspolitisch fragwürdigen Neubau vorzuziehen. Deswegen haben wir auch den Etat für die Sanierung der Landesstraßen von 73 Millionen € auf mittlerweile 127 Millionen € angehoben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Durch die Erhöhung der Regionalisierungsmittel setzen wir einen klaren regionalen Akzent hinsichtlich der Schienenverkehrspolitik. Wir stocken die Mittel für die Nahmobilität um 1,5 Millionen € auf, damit wir die alltäglichen Hauptverkehre möglichst effizient abwickeln können.

Auch bei diesen Förderungen geht es um die Gesundheit der Menschen; denn Feinstaub und Stickoxide sind keine Kulturgüter, wie Herr Christian Lindner es meint. Feinstaub und Stickoxide stehen nicht unter Denkmalschutz, sondern sind krankheitserregende Stoffe. Deshalb gehören sie raus aus der Umwelt und raus aus der Luft, die die Menschen einatmen. Emissionsfreie Mobilität ist unsere Zukunft!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb setzen wir uns auch für die Radwege in der Fläche ein. Wir freuen uns, dass unser Premiumprojekt, der Radschnellweg Ruhr, jetzt auch von der SPD und vom Bundesverkehrsminister als wichtiges Projekt anerkannt wird. Wir danken dem RVR, dass er dieses Projekt gemeinsam mit dem Land – Dank an den Verkehrsminister – energisch vorantreibt, damit die Menschen künftig weiterhin mobil bleiben und nicht im Stau versauern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Aha!)

Unsere Politik zielt darauf ab, dass der Verkehr wieder fließt. Auch deshalb geben wir ...

(Christian Möbius [CDU]: 450 Kilometer Stau!)

– Ja, und deswegen ist es auch schlau, noch mehr Straßen zu bauen, damit noch mehr Leute dort im Stau stehen.

(Zurufe von der CDU – Christof Rasche [FDP]: Weil alle Fahrrad fahren!?)

Vielleicht ist das für sie ja Pipifax-Politik, deswegen halte ich hier noch mal kurz inne. Beim Radschnellweg Ruhr – selbst die FDP wird das mittlerweile anerkennen – geht es um 40.000 Fahrten im Ruhrgebiet, die im alltäglichen Verkehr verlagert werden können.

(Christof Rasche [FDP]: Vor allem im Regen!)

Deswegen ist es wichtig, diesen Radschnellweg Ruhr umzusetzen. Das ist keine Müsli-Politik, sondern zukunftsfähige Verkehrspolitik, und die werden wir auch fortsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Unsere Politik zielt darauf ab, dass der Verkehr wieder fließt. Auch deshalb stellen wir 6 Millionen € für den Ausbau von Radstraßen an Landesstraßen bereit. Wir wollen über 2017 hinaus die Infrastruktur wieder in Ordnung bringen und zukunftsfähig machen, auch beim öffentlichen Nahverkehr, mit Förderkonzepten beim regionalen Ausbau und mit dem Ziel, das Ticketwirrwarr durch eine möglichst einheitliche Verkehrsgesellschaft zu beenden.

Wir wollen smartes, intelligentes Reisen, wo man einen Ticketautomaten wieder bedienen kann, ohne vorher einen Volkshochschulkurs besuchen zu müssen.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Wir brauchen bald keinen Ticketautomaten, oder?)

Wir kämpfen für Lärm- und Umweltschutz, um nachhaltige Lösungen und um möglichst hohe Akzeptanz. Das ist kein Selbstzweck; denn dies dient den Menschen und einer intakten Umwelt.

Wer wegen Dreck und Lärm krank wird, hat keine Akzeptanz für gestörte Nachtruhe in Einflugschneisen. Aber wenn sie einen Sinn sehen, zum Beispiel beim Ausbau von Schiene und Windkraft, dann werden die Menschen auch schwierigen Planungsvorhaben zustimmen.

Wir sind für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz. Wir wollen die Kompetenzen der Menschen einholen, Interessen abwägen, mit guten Argumenten überzeugen. Genau damit sorgen wir für Akzeptanz.

Das beste Beispiel dafür, wo man vielleicht besser früher auf die Menschen gehört hätte, ist das Beispiel Metrorapid. Hätten wir nicht jahrelang über dieses systemfeindliche, unsinnige und überdimensionierte Projekt gestritten, dann wäre der RRX schon lange im wahrsten Sinne des Wortes auf der Schiene.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist auch dem berechtigten Interesse der vielen Bürgerinnen und Bürger zu verdanken, dass die Atomkraft in Deutschland bald nicht mehr zum Energiemix gehören wird. Es ist ein Riesengewinn, meine Damen und Herren, wenn sich die Bevölkerung in Projekte einbringt. Kein Projekt, keine Idee darf im Ob und im Wie alternativlos sein. Dafür sind die Menschen in Deutschland viel zu klug. Deswegen sind Transparenz und Bürgerbeteiligung wichtig.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wenn Herr Lindner das „Durchgrünung“ nennt, bin ich stolz darauf, dass wir Bürgerbeteiligung mit „Durchgrünung“ bezeichnen.

(Christian Lindner [FDP]: Nicht ich habe das gesagt, sondern Herr Groschek!)

Genau deshalb haben wir gemeinsam, Rot und Grün, auch mehr Mittel für Bürgerbeteiligung – vielleicht ist es Ihnen entgangen – eingestellt.

(Christian Lindner [FDP]: Das Urheberrecht ist bei Herrn Groschek!)

Denn genau hier brauchen wir mehr Transparenz, mehr Dialog und die Chance, auch Ja oder Nein zu sagen, und eben keine Basta-Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Lindner, Herr Laschet, neben Benzin und Beton haben Sie noch einen dritten Stoff, aus dem Ihre Zukunftsträume sind: Kohle. Da arbeiten Sie zum Teil mit Methoden, Herr Kollege Laschet, die ich schäbig finde.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das sagt der Richtige!)

Wenn Sie nämlich Männer und Frauen, von denen manche seit Jahrzehnten gegen Braunkohle und um den Erhalt ihrer Heimat kämpfen, mit denen zusammenkippen, die tatsächlich kriminell sind, finde ich das, ehrlich gesagt, schäbig.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Alle seriösen Politikerinnen und Politiker wissen doch, wo die Zukunft des Rheinischen Reviers liegt: in smarterer Zukunft und eben nicht in der Braunkohle.

(Armin Laschet [CDU]: Ja, logisch, aber nicht mit diesem Tempo!)

Oder, Herr Laschet, wollen Sie künftig als Nico Rosberg mit einem kohlebetriebenen Ford Mustang über die Rennstrecke pesen?

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Nein, die Zukunft liegt woanders. Die Zukunft, Herr Kollege, liegt in Ausgründungen aus der RWTH Aachen. Sie kennen es sicherlich selber sehr gut. Nehmen wir das Beispiel des Streetscooter. Es ist ein absolutes Zukunftssignal, wenn die Deutsche Post Ingenieure beauftragt, den lärm- und emissionsfreien Lieferwagen für die innerstädtische Zustellung zu entwickeln.

(Armin Laschet [CDU]: Man kann doch beides machen!)

Es ist ein hoch alarmierendes Signal, Herr Kollege Laschet, wenn VW den Auftrag ablehnt, die Mobilität der Zukunft mit zu entwickeln. So werden wir nicht die Klimaziele erreichen, die auch Ihre Kanzlerin in Paris unterschrieben hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und jetzt kommt Ihr Einsatz, Herr Kollege Laschet: Wir Grünen drücken uns im Gegensatz zu Ihnen nicht davor, dies den Menschen in der Region auch zu sagen.

(Armin Laschet [CDU]: Man kann doch beides machen!)

Ich komme aus dem Ruhrgebiet und ich weiß, wovon ich rede. Bei uns ging es um 600.000 Arbeitsplätze im Bergbau. Auch im Rheinischen Revier werden wir dafür sorgen, dass niemand ins Bergfreie fällt. Aber wir müssen jetzt die Nachfolge organisieren. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus der Region sehen das ganz genauso. Denn sie wissen, worum es geht: Die Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze von Morgen müssen geschaffen werden. Es geht darum, den Übergang zu gestalten, und nicht darum, diesen Übergang heute aufzuhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch Herr Lindner redet – wie eben schon wieder – von einer durchgrünten Gesellschaft, die angeblich Arbeitsplätze verhindert,

(Christian Lindner [FDP]: Herr Groschek!)

genauso wie Sie gegen die Mitbestimmung kämpfen – alles natürlich nur aus Sorge um Arbeitsplätze. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das EEG hat in Deutschland schon mehr als 400.000 Arbeitsplätze geschaffen. Selbst wenn nur einige Ihrer feuchten Betonblüenträume für Nordrhein-Westfalen aufgingen und Sie das ganze Land zubetonieren würden, würde nicht einmal ein Bruchteil der Arbeitsplätze geschaffen werden, wie es das EEG hinbekommen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben in Nordrhein-Westfalen zwischen 2005 und 2010 einen Kampf gegen die Windmühlen gefochten und den Wachstumszweig der erneuerbaren Energien aus rein ideologischen Gründen bekämpft. Die Änderung des EEG auf Bundesebene hat weitere wichtige Arbeitsplätze vernichtet.

Ohne diese politischen Sperrfeuer wären wir heute um Zehntausende zukunftsfeste Industriearbeitsplätze weiter. Wir können die positive Entwicklung im Bereich der Umweltwirtschaft auch mit weiteren Zahlen hinterlegen.

Nordrhein-Westfalen ist mit 320.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 70 Milliarden € führend und einer der größten Anbieter im Bereich der Umweltwirtschaft. Wir wollen bis 2025 weitere 100.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, wir haben viel erreicht. Wir haben als erstes Land ein Klimaschutzgesetz vorgelegt. Wir haben als erstes Land Fracking ausgeschlossen. Wir werden dies

auch mit dem Landesentwicklungsplan rechtssicher hinterlegen. Und wir haben den Tagebau Garzweiler verkleinert: 300 Millionen Tonnen bleiben in der Erde.

Die wahren Vernichter von Energiearbeitsplätzen sind doch diejenigen, die die Energiewende blockieren. Atom ist Vergangenheit. Kohle ist absteigende Gegenwart, und die erneuerbaren Energien sind die Zukunft. Hier liegt die Zukunft für unser wunderschönes Heimatland Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben der Ökologisierung ist die Digitalisierung die zweite große Innovationsschiene in der Welt von morgen. Beide zusammen liefern den Schlüssel für die Wirtschaft von morgen. Als Landesregierung bringen wir auch beides zusammen.

Wir setzen gezielt auf die Digitalisierung. Wir investieren hier so viel wie noch nie zuvor mit der Bereitstellung der Landesmittel für die Kofinanzierung des Bundesprogramms und dem gleichzeitigen vollständigen Einsatz des Landesanteils an der Digitalen Dividende II für den Breitbandausbau.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben eine Opposition, die meines Erachtens ihre Hausaufgaben heute hier nicht gemacht hat und die die Sachdebatte scheut. Das sieht man an der One-Man-Show von Herrn Lindner von der FDP. Sie kennen keine Sachdebatten und auch keine Mitbewerber mehr, mit denen Sie diskutieren wollen.

Sie kennen nur noch Feinde, die Sie wegputzen wollen: Sylvia Löhrmann – muss weg. Hannelore Kraft – muss weg. Klimaschutz – muss weg.

(Zuruf von den PIRATEN: Jäger muss weg!)

Mindestlohn – muss weg. Angela Merkel – hat den Kontinent ins Chaos gestürzt.

Herr Kollege, das ist meines Erachtens eine sehr anmaßende Sprache für eine Partei, von der die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler 2013 gesagt hat: Die muss weg aus dem Deutschen Bundestag.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Lindner [FDP]: Mit 10 % sind Sie von der Regierungsbildung aber noch weit entfernt! Das ist anmaßend!)

Die Sätze, die Sie geliefert haben, Herr Kollege Lindner, sind, ehrlich gesagt, auf einem unterirdischen Niveau: Toni Hofreiter – mit ihm ist keine menschliche Kommunikation möglich.

(Christian Lindner [FDP]: So ist es, weil er ein Ideologe ist! – Zurufe von den GRÜNEN – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Aber Sie nicht, oder? – Michele Marsching [PIRATEN]: Nein, Christian Lindner doch nicht!)

– So viel, Herr Kollege Lindner,

(Christian Lindner [FDP]: Zwischen mir und Frau Göring-Eckardt ist menschliche Kommunikation möglich!)

zu Ihrem Fairnessabkommen für den Wahlkampf, das Sie der Presse gestern verkündet haben.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

– Sachorientiert, Kollege Lindner ...

(Christian Lindner [FDP]: Mit Frau Göring-Eckardt ist menschliche Kommunikation möglich, mit Hofreiter nicht! – Michele Marsching [PIRATEN]: Da sagt man Sorry, und dann redet man auch mit dem! – Gegenruf von Christian Lindner [FDP]: Ich habe mit dem schon tausendmal geredet im Unterschied zu dir! – Gegenruf von Michele Marsching [PIRATEN]: Da wäre ich jetzt vorsichtig! Aber auf 1.000 komme ich nicht, da hast du recht!)

– Es ist sehr entlarvend, wie Sie sich heute verhalten, Herr Kollege Lindner. Sachorientiert ist eine solche Politik allerdings nicht. Politisch klug ist sie auch nicht. In Sachen Diskursfähigkeit sind Ihnen in Ihrer Partei allerdings einige Kollegen weit voraus, zum Beispiel Wolfgang Kubicki, mit dem durchaus ein menschliches und sachgerechtes Gespräch möglich ist.

Sie haben offensichtlich auch ein Problem damit, dass in Nordrhein-Westfalen mit Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann zwei sehr erfolgreiche Frauen an der Spitze stehen. Beim Parlament und Verfassungsgericht ist es nicht anders.

(Christian Lindner [FDP]: Warum habe ich damit ein Problem?)

– Ich sage Ihnen, warum Sie damit offensichtlich ein Problem haben: Die FDP hat auf ihren Listen für den Landtag auf den ersten 24 Plätzen gerade mal drei Frauen und auf der Liste für den Bundestag lediglich eine Frau auf den ersten zwölf Plätzen. Das sind wahrhaft saudische Verhältnisse.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von Christian Lindner [FDP])

Da ist es nur konsequent, Herr Kollege Lindner, wenn die FDP Sturm läuft gegen unsere Pläne, die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen in der öffentlichen Verwaltung durchzusetzen. Wir werden jedenfalls nicht lockerlassen und diesen verfassungswidrigen Zustand beenden, um die Gleichstellung gesetzmäßig wiederherzustellen, wie Herr Prof. Papier uns das vorgeschlagen hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kaum Frauen bei der FDP, aber dafür trotzdem eine Doppelspitze: Herr Lindner in Personalunion für Berlin und für Düsseldorf.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Lindner muss ja auch ganz schnell wieder weg – nach Berlin, wo die ganze Welt schon sehnsüchtig auf den Kollegen wartet. Deswegen erlaube ich mir heute eine Frage an Sie:

(Christian Lindner [FDP]: Ja, fragen Sie!)

Können wir wirklich sicher sein, dass Sie nach der Bundestagswahl weg sind?

(Beifall von den GRÜNEN)

Oder machen Sie den umgekehrten Röttgen mit Landtagsmandat als Rettungsschirm und Rückversicherung? Falls es mit Berlin nicht klappt, dann vielleicht doch wenigstens Düsseldorf? Danach sieht nämlich das aus, was Sie hier veranstalten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sylvia Löhrmann ist eine der erfolgreichsten Schulministerinnen, die dieses Land je gesehen hat.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Vielleicht sollten Sie auch da die Sprache mäßigen, die Sie hier im Vorfeld angeschlagen haben.

Sofort nach ihrem Amtsantritt hat Sylvia Löhrmann die schlimmsten Fehlschüsse, die Sie und die CDU gemacht haben, korrigiert. Sie hat das Vorziehen des Schuleintrittsalters gestoppt; sie hat die sinnlosen, pädagogisch fragwürdigen und bürokratieproduzierenden Kopfnoten abgeschafft und kleine Grundschulstandorte gesichert, insbesondere im ländlichen Raum. „Kurze Beine, kurze Wege“, das gilt auch weiterhin.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sylvia Löhrmann hat dann auch dafür gesorgt, politische Grabenkriege zu beenden. Da sage ich einen herzlichen Dank an die CDU, die eingesehen hat, dass man Schulstrukturdebatten von den Kindern her denken muss und nicht von den Strukturen her. – Vielen Dank, dass der Schulkonsens zustande gekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben auch in diesem zentralen Bereich Geld in die Hand genommen, um voranzukommen. Wenn Sie sehen wollen, Herr Kollege Laschet, was politisches Hochschalten ist, hier sind die Zahlen:

Seit dem Regierungswechsel 2010 haben wir den Haushalt für Schule und Weiterbildung um 3,9 Milliarden € aufgestockt. Das ist ein Aufwuchs von fast 30 %. Damit – das ist jetzt wichtig – wurden 10.000 Stellen im System belassen, die sonst dem demografischen Abbau zum Opfer gefallen wären.

Es sind weitere 7.300 Stellen aufgrund der Zuwanderung bereitgestellt worden, 4.500 davon für den Grundbedarf und 1.500 für Sprachschulungen. Wir haben jetzt mehr Lehrerinnen und Lehrer, obwohl es weniger Schülerinnen und Schüler sind. Das ist die Wahrheit, die für diesen Bereich gilt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Lindner, mit der Schmierenkommödie bezüglich der kw-Vermerke haben Sie mich als Haushälter geradezu herausgefordert. Diese Landesregierung hat als erste in Deutschland reagiert, als die Zuwanderung so deutlich zugenommen hat. Wir haben als erstes Bundesland zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen bereitgestellt; ich habe die Zahlen eben genannt.

Wenn wir diese Stellen jetzt zunächst mit einem kw-Vermerk versehen, dann ist das vorausschauende Politik und kein Versprechen für die Zukunft. Wenn die Zuwanderung so bleibt, wie sie ist, werden wir die kw-Vermerke auch wieder streichen. Aber es ist unseriös, die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer ins Blaue hinein zu erhöhen und so zu tun, als würde die Zuwanderung immer weiter so anhalten. Mit dieser unseriösen Spielerei wollen Sie davon ablenken, dass Sie in dem Bereich nichts zu bieten haben, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Bereich der Schulpolitik, den Sie eben auch von den Füßen auf den Kopf gestellt haben. Wir haben dort noch eine Menge vor. Von den Kindern her denken, das heißt für uns: Wir wollen individuelle Lernzeiten ermöglichen; denn jedes Kind braucht seine Zeit. Statt Strukturdebatten über G8 und G9 zu führen und die Frage der Schulentwicklung gegen Konzepte auszuspielen, sollten wir lieber von den Kindern her denken und nicht vom Gymnasium her, wie es die FDP macht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei unserem Modell ist an jeder Schule G8 und G9 möglich, eventuell sogar G7 oder G10. Wir schicken die Schulen auch nicht in den Konkurrenzkampf untereinander, wie es CDU und FDP tun wollen, indem sie sich zwischen G8 und G9 im Komplettsystem entscheiden sollen.

(Christof Rasche [FDP]: Wer ist denn jetzt „wir“?)

Ich sage Ihnen, was das für die Schullandschaft bedeuten würde: Wenn Sie dann von Oberhausen nach Münster ziehen wollten, wäre es nicht mehr möglich, die Schule zu wechseln.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Warum sollte man aus Oberhausen wegziehen?)

Sie könnten sogar in der gleichen Stadt das Gymnasium nicht mehr wechseln, wenn Ihre Schulpolitik umgesetzt würde. Sie wollen deutschlandweit Bildungssysteme vereinheitlichen, in Nordrhein-Westfalen aber neue Hürden aufbauen. Das ist doch der größte Widerspruch, den Sie bildungspolitisch überhaupt produzieren können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei uns gilt: maximale Flexibilität. Wir halten durch diese Form der Durchlässigkeit das Aufstiegsversprechen für alle Kinder ein. Man kann von jeder Schulform in die andere wechseln. Bei uns sollen alle Talente genutzt und eben nicht in Strukturdebatten aufgerieben werden. So geht moderne Schule heute. Damit ist dieses schöne Bundesland Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben vorhin von Lindner und Laschet zwei Reden mit einem Tenor gehört: Nordrhein-Westfalen steht am Abgrund. Von Paderborn bis Aachen nichts als Niedergang und Krise, angeblich verursacht durch Rot-Grün.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das stimmt nicht! Herr Laschet hat etwas anderes gesagt!)

Es braucht demnach die zwei von der Tankstelle, Laschet und Lindner, mit viel Benzin im Blut – wobei Herr Lindner ja gleich nach Berlin weiterfährt. Wir brauchen angeblich diese Hochschalt- und Entfesselungspolitik. Geben Sie doch zu, dass hinter 95 % Ihrer Rhetorik nichts als knallharte Interessenpolitik steht.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Was?)

Sie sagen: „Endbürokratisierung“, in Wirklichkeit meinen Sie: „Abstriche bei der Mitbestimmung“. Sie sagen: „Entfesselung der Märkte“ und meinen tatsächlich: „Sozialabbau und Ökodumping“. Eigentlich wollen Sie doch sagen: Schluss mit Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Klimaschutzpolitik. – Das klingt aber nicht so gut.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist es! – Beifall von den GRÜNEN)

Doch glauben Sie mir: Sie können den Menschen nicht Rot-Weiss Essen als Real Madrid verkaufen. Die Menschen sind nicht so blöd; die erkennen das. Ich bin mir ganz sicher, dass die Wählerinnen und Wähler am 14. Mai 2017 keine Koalition für „Privat vor Staat“ wiederauferstehen lassen. Da stehen wir ganz klar davor.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Dusterprognosen, die Sie hier abgeben, entsprechen nicht den Fakten. Im Übrigen entsprechen sie auch nicht dem Gefühl, das die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben.

(Christof Rasche [FDP]: Woher kennen Sie das denn?)

Nordrhein-Westfalen tickt sozial und ökologisch. Das ist gut so, und das bleibt auch so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Haushalt 2017 werden starke Zukunftssignale gesendet. Wir setzen klare Schwerpunkte für Modernisierung, für den ökologischen sowie den sozialen Umbau unseres Industrielandes, für zukunftsfähige Arbeitsplätze, beste Bildung und für einen anspruchsvollen Umwelt- und Klimaschutz. Wir stärken die Infrastruktur, insbesondere auch durch das Programm „Gute Schule 2020“, und unterstützen die Städte und Gemeinden nach Kräften.

(Ralf Witzel [FDP]: Und die Fledermäuse!)

– Dieser Haushalt, Herr Kollege Witzel, setzt ein klares Signal für ein solidarisches, weltoffenes Nordrhein-Westfalen, in dem es sich zu leben lohnt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Haushalt setzt zudem ein Signal für einen weiteren intelligenten digitalen und ökologischen Aufbruch ins nächste Jahrzehnt. Hier schließe ich mich an das an, was Herr Kollege Römer vorhin gesagt hat: Auch ich freue mich auf Juni 2017, wenn wir als rot-grüne Koalition wieder die Regierung stellen werden.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Ich bitte Sie, diesem Haushalt zuzustimmen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Marsching das Wort.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Das hier ist alles ein bisschen traurig. Es ist ein bisschen traurig, dass es die sechste Haushaltsdebatte ist, der wir beiwohnen ...

(Hendrik Schmitz [CDU]: Es ist auch die letzte! – Lukas Lamla [PIRATEN]: Sehr qualifizierter Beitrag!)

– Das werden wir ja noch sehen.

Und irgendwie ist es jedes Mal derselbe ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Christian Lindner [FDP] halten ein Zwiegespräch)

– Ich warte kurz, bis Sie mit dem Gespräch fertig sind.

Es ist das sechste Haushaltsverfahren, das wir miterleben, und jedes Mal ist es der gleiche Bullshit, um es auf Deutsch zu sagen. Die Regierung lehnt jeden noch so sinnvollen Änderungsantrag ab, die FDP geht jedes Mal einfach mit dem Rasenmäher über den Haushalt und will so die Nettoneuverschuldung senken, und die CDU fordert mal wieder die Einführung von Studiengebühren und will mal wieder den Haushalt konsolidieren.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Marsching, gestatten Sie mir einen Hinweis: Ich möchte Sie doch bitten, sich bei aller Klarheit der politischen Auseinandersetzung einer Sprache zu befleißigen, die diesem Parlament angemessen ist. So viel mit Blick auf Ihre Eingangssätze für den weiteren Verlauf Ihrer Rede. Auch wenn Sie es in der englischen Variante gebracht haben; wenn Sie wissen, was ich meine.

(Zuruf von den PIRATEN: Das hat aber lange gedauert! – Olaf Wegner [PIRATEN]: Sagen Sie doch mal den anderen Rednern, was angemessen ist!)

Michele Marsching (PIRATEN): Okay, ich versuche es. – Also noch einmal: Die CDU fordert die Einführung von Studiengebühren, die CDU will den Haushalt konsolidieren. Sie reden über Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Wachstum, Wachstum, Wachstum. Die innere Sicherheit muss gestärkt werden, die Bürokratie muss abgebaut werden. Sie sagen: „Wir brauchen eine strukturelle Haushaltskonsolidierung“,

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

und für alles brauchen Sie eine Gegenfinanzierung. Wie immer spielen wir das alte Spiel aus „Das Leben des Brian“: Er war's, er war's – sie war's, sie war's. – Das alles geht komplett an der Realität vorbei.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Hört, hört!)

Teilweise geht es sogar am Haushalt vorbei, weil überhaupt nicht über den Haushalt gesprochen wird. Ich kann Ihnen sagen: Auf diese Rituale haben viele Leute keinen Bock mehr. Viele verstehen es nicht mehr. Viele verstehen nicht, warum wir hier nicht über die Zukunft reden.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Laschet, wenn ich Ministerpräsidentin wäre, dann würde ich hier Tacheles reden und würde sagen, was ich vorhabe. Dann würde ich die Probleme benennen, und zwar diejenigen, bei denen der Schuh am meisten drückt: die hohe Kinderarmut, die hohe Arbeitslosigkeit, das geringe Wirtschaftswachstum, die bröckelnden Brücken. Wir haben zerfallende Straßen, wir haben einen Kitakollaps, wir haben ei-

nen Verkehrskollaps, wir haben ein marodes Bildungssystem, wir haben kaum Mitwirkungschancen und kaum Aufstiegschancen.

Das ist Nordrhein-Westfalen im Jahr 2016. Das sind die Probleme der Menschen. Und die hat die rot-grüne Landesregierung zu verantworten; denn hier hat sie in der gesamten Legislaturperiode gepennt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Zustand Nordrhein-Westfalens ist kein Naturgesetz, und ich greife nicht das Land Nordrhein-Westfalen an, sondern die schlechte Politik der Landesregierung.

(Beifall von den PIRATEN)

Schon seit Jahren fehlen im Haushalt Investitionen in die wirklich wichtigen Zukunftsthemen. Dieses Jahr liegt die Investitionsquote bei knapp 9%. Sie verwalten, statt zu gestalten. Sie schauen zu, statt endlich zu machen. Sie lassen zurück, statt mitzunehmen, und sie schieben ab, statt willkommen zu heißen. Das ist die Regierung Kraft/Löhrmann.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn ich Ministerpräsidentin wäre, würde ich einen anderen, einen ehrlichen Haushalt machen

(Lachen von der CDU – Zuruf von der CDU: Was würden Sie dann anziehen?)

und keine Fake-Finzen. Dazu muss man, wenn man ehrlich ist, tief in die Schatztruhe greifen und sich zur Not auch verschulden.

Jetzt kommen Sie mir nicht mit der Schuldenbremse! Ich höre es schon wieder. Die Schuldenbremse ist ebenso wenig ein Naturgesetz

(Zuruf: Steht nur im Grundgesetz!)

wie der schlechte Zustand dieses Landes. Die Schuldenbremse ist eine politische Entscheidung der Union und der SPD im Bund gewesen. Das kann man geraderücken.

(Zuruf von der CDU: Nein, steht im Grundgesetz! – Gegenruf von Daniel Düngel [PIRATEN]: Ist das da reingeflogen? – Weitere Zurufe)

– Es ist ganz zufällig ins Grundgesetz gekommen.

Im Land können wir nichts an der Einnahmeseite machen. Oder sagen wir: sehr wenig. Sonst kommen da auch wieder Zwischenrufe. – Das heißt, die Schuldenbremse ist für das Land immer eine Ausgabenbremse. Damit fesselt sich das Land selber, und damit schnüren wir uns selber die Luft zum Atmen ab. Denn solange Großkonzerne wie Apple, Google, Amazon und Co. Steuerschlupflöcher ausnutzen und Steuern im Promillebereich bezahlen, so lange raubt die Schuldenbremse den Kindern in diesem Land ihre Zukunft.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir lehnen es ab, Steuern auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft sparen zu lassen. Ich verstehe nicht, wie blind Sie alle sein können, dass Sie das nicht sehen, und wie es sein kann, dass wir hier im Landtag die Einzigen sind, die sagen: Die Schuldenbremse ist schlecht für dieses Land.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie reden immer wieder von Generationengerechtigkeit. Aber es ist doch nicht nur generationengerecht, über Verschuldung zu reden, sondern man muss auch über die Zukunft der Kinder sprechen und darüber, wie es bei den Investitionen aussieht. Wer nicht in Bildung investiert, wer wichtige Infrastrukturen vernachlässigt, derjenige vergeht sich doch an der Generationengerechtigkeit.

Zu den heutigen niedrigen Zinsen hat Herr Lindner gerade alle Argumente genannt, auch wenn er mir wahrscheinlich nicht mehr zuhören will – egal. Wir haben Ihnen übrigens auch zugehört; das möchte ich nur noch mal gesagt haben. – Bei den heutigen niedrigen Zinsen, die der Finanzminister zahlen müsste – die Argumente sind alle gerade von der FDP gekommen –, grenzt es quasi an Wahnsinn, nicht zu investieren und keine Schulden aufzunehmen, um das Land fit für die Zukunft zu machen.

Genau jetzt müssen wir Geld in die Bildung stecken. Genau jetzt wäre es einfach, das Land für die digitale Zukunft fit zu machen. Genau jetzt ist der kritische Moment, in dem wir Weichen stellen können, um alle Menschen im Land mitzunehmen und nicht nur Google, Apple und Amazon und Co. Genau jetzt ist es doch viel schlimmer, nichts zu machen und immer nur den Stillstand herbeizusehnen und zu bremsen und zu bremsen. Das ist das Dümme, was man machen kann.

Genau jetzt führt Sparen dazu, in der digitalen Zukunft arm zu sein: arm an Wachstum, arm an Innovationen, arm an sozialer Verantwortung, arm an Chancen und arm an Möglichkeiten. Nicht in die Zukunft zu investieren, das ist die schlimmste Form der Verschuldung. Denn wer nicht in die Zukunft investiert, entzieht sich seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir, müssen Sie hier und heute über Folgendes entscheiden:

Entweder übernimmt das Land die Kitafinanzierung, oder die Eltern müssen Beiträge zahlen.

Entweder saniert das Land die Straßen, oder die Autofahrer müssen bald wegen der ÖPP-Projekte Mautgebühren an geldgierige Hedgefonds bezahlen.

Entweder sorgt das Land für kostenfreie Bildung, oder die Studenten müssen Studiengebühren zahlen.

Gebühren, Abgaben, Maut – am Ende geht es immer um die private Verschuldung von Menschen in diesem Land, wenn wir das Geld nicht in die Hand nehmen. Das ist finanzpolitisch völliger Unsinn. Wir wollen, dass sich das Land um die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben kümmert und die Schuldenbremse den Menschen nicht ins Portemonnaie greift. Denn das kommt am Ende dabei heraus.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn ich Ministerpräsidentin wäre, hätte das Land einen ehrlichen Haushalt und keine Fake-Finzen. Ein ehrlicher Haushalt braucht eben Mehrausgaben in Höhe von mindestens 4,25 Milliarden €, die wir gefordert haben. Und das ist nur ein Anfang.

Wir haben mehr als 60 Anträge vorgelegt. Allein die drei größten haben einen Umfang von 3,5 Milliarden € – 3,5 Milliarden € für Aufgaben, die nicht von selbst verschwinden, nur weil Sie hier entscheiden: Die Anträge der Piraten lehnen wir mal ab. – Die Probleme bleiben bestehen, und Sie müssen sie angehen. Sie dürfen sich von der schwarzen Null nicht etwas anderes diktieren lassen.

Letzten Montag haben wir eine Aktuelle Stunde beantragt, die mal wieder abgelehnt wurde; darüber reden wir wahrscheinlich morgen. Stattdessen machen wir wieder Wahlkampf-Plöplem. Dabei geht es um kritische Infrastruktur, as known as „lebenskritische Infrastruktur“, as known as „IT-Sicherheit in Krankenhäusern“.

Och, jetzt kommen wieder diese blöden Piraten mit ihrer IT. Aber IT-Sicherheit ist eben kein reines Nerd-Thema. Am Ende geht es im Krankenhaus um Leben und Tod. In den letzten Monaten sind mehr als 30 Krankenhäuser auf digitalem Weg angegriffen worden. Einige EDV-Systeme dieser Krankenhäuser sind infiziert worden, sodass sich diese Krankenhäuser von der Notversorgung abmelden mussten. Das bedeutet, dass Patienten verlegt und wichtige Operationen verschoben werden müssen.

Das war ein harmloser Angriff, und ich frage mich: Muss denn erst jemand auf dem OP-Tisch sterben, bevor Sie es mal irgendwie verstehen?

(Beifall von den PIRATEN)

Aber Hauptsache, Sie halten die Schuldenbremse ein! Mann!

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn die Menschen in Krankenhäuser gehen, verlassen sie sich doch nicht nur darauf, dass sie dort saubere OPs und gut ausgebildete Ärzte vorfinden, sondern eben auch darauf, dass das Netzwerk und die Maschinen sicher sind. Die Gefahr geht doch

heutzutage nicht nur von multiresistenten Keimen aus, sondern wir reden eben auch über multiresistente Viren. Das müssen Sie endlich einmal angehen.

Zum Gesundheitsministerium.

(Michele Marsching [PIRATEN] schaut sich im Plenarsaal nach der Ministerin um.)

– Ich komme gleich noch einmal darauf zurück, wenn die Ministerin wieder da ist.

(Michele Marsching [PIRATEN] überlegt, an welcher Stelle seiner Rede er fortfährt.)

Frau Kraft, Ihre Gesundheitsministerin sagt: Wir haben kein Geld, und außerdem sind wir auch nicht zuständig. – Ich sage Ihnen: Beides ist falsch. Das Land muss sich kümmern; das Land hat diese Aufgabe. Natürlich müssen wir uns auch um die Finanzierung dieses Landes kümmern.

Die Experten sagen uns, dass das Sicherheitsniveau in den Krankenhäusern – wir haben das hier in den Anhörungen gehört – teilweise auf dem Stand der 80er- oder der 90er-Jahre ist. Viele Krankenhäuser benutzen standardmäßig immer noch Windows XP. Dafür gibt es seit dreieinhalb Jahren noch nicht mal mehr ein Update von Microsoft. Wie kann man das, bitte, verantworten? Ich verstehe das nicht.

Auch verstehe ich nicht, warum die Ministerin sich das nicht anhören will. Aber das ist egal, ich überspringe das jetzt einfach. Vielleicht sage ich ihr das gleich noch einmal privat. Sehr strange das Ganze!

(Zuruf)

– Ja, ich kann das auch nicht, und trotzdem habe ich hier bisher allen Rednern zugehört. Und ich werde noch weiter – bis zum Ende der Haushaltsdebatte – hier sitzen, weil mir der Haushalt dieses Landes wichtig ist. Ihnen ist er ja auch wichtig; denn Sie sind auch hier. – Ja, so ist das System.

Ein flächendeckendes Datenschutzmanagement kostet ungefähr 100.000 € pro Krankenhaus. Wenn ich das auf alle Krankenhäuser hochrechne, komme ich auf 36 Millionen €. Wird das Personal geschult – das ist noch viel wichtiger, weil einige Angriffe eben Social Engineering sind –, dann kostet das gerade einmal 200 € pro Beschäftigten.

Ich rechne das hoch: Bei 247.000 Beschäftigten bin ich bei 50 Millionen €. Dazu kommt noch – das sagen die Experten – Hardware im Wert von ungefähr 1,3 Millionen € pro Krankenhaus; das sind noch mal 500 Millionen €. Wir brauchen also 600 Millionen € für die IT-Sicherheit im Krankenhaus, um zu verhindern, dass uns jemand auf dem OP-Tisch einfach wegstirbt.

Wenn wir das nicht machen – Krankenhäuser werden gezielt angegriffen, und diese Angriffe gibt es jeden Tag –, werden wir bald Regionen haben, wo die

Versorgungssicherheit des einzigen Krankenhauses, das es dort überhaupt noch gibt, gefährdet sein kann. Dann werden bald sensible Patientendaten in die Hände von Kriminellen geraten. Und dann werden nicht die Krankenhäuser erpresst, sondern die Patienten selber.

Weiterhin wird es dann – wie es in einigen Krankenhäusern schon passiert ist – Zugriffe auf medizinische Geräte geben. Wenn plötzlich eine automatische Injektion vorgenommen wird, muss ich kein Arzt sein, um zu verstehen, was es bedeutet, wenn die falschen Medikamente zum falschen Zeitpunkt in der falschen Dosis verabreicht werden.

Ich komme zum unserem zweiten Punkt, zu den Kindergärten.

(Michele Marsching [PIRATEN] entdeckt die Ministerin.)

– Ach, da sitzt sie doch! Ich habe das erst verneint und dann hingeguckt. Es war andersherum. Dafür muss ich mich entschuldigen. – Frau Kampmann, im Jahr 2008 waren Sie noch nicht im Amt. Ich versuche, das jetzt einigermaßen auseinanderzubekommen. Seit 2008 meckern zumindest Sie, Frau Ministerpräsidentin, ständig am KiBiz herum. Das finde ich vollkommen in Ordnung. Beim KiBiz muss unbedingt nachgebessert werden – nein, besser: Es muss erneuert werden.

Seit 2010 ist diese Landesregierung bzw. Rot-Grün an der Macht. Und „Macht“ kommt von „machen“. Es wurde aber erst mal beschlossen: Wir machen nichts. Wir wollen nichts überstürzen. – „Macht“ kommt von „machen“. Allein dieser Hashtag „machen wir“ ist jedoch zu wenig. Gemacht wurde nichts. Die wesentlichen Probleme wurden nicht angegangen. Es wurde nur herumgedoktert, und alle Punkte, die man eigentlich ändern wollte, wurden eben nicht geändert.

Jetzt kam folgende Meldung herein: Es gibt 7.000 Kitas, die nicht mehr kostendeckend geführt werden können. Aber die Landesregierung hat ja beschlossen, nichts zu überstürzen. Jetzt fehlen 15.600 Fachkräfte. Es heißt aber: Wir wollen nichts überstürzen. – Die Lage wird immer schlimmer.

Letztes Jahr gab es den Kitastreik. Kann sich daran vielleicht noch jemand erinnern? Also, wenn Sie sich nicht erinnern können, die Eltern – vor allem die erwerbstätigen Eltern, die ihre Kinder eben nicht mehr in die Kitas bekommen haben; sie mussten gucken, wo die Kinder bleiben – können sich ganz sicher daran erinnern.

Inzwischen haben Sie da ein bisschen nachgebessert, okay. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege sagen aber immer noch: Es reicht nicht, die Kosten sind nicht gedeckt. – Die können aber kein Geld herbeizaubern. Die Betriebskosten steigen, und der Betreuungsschlüssel ist unterirdisch. Außerdem fehlen

15.600 Fachkräfte; 7.000 Kitas sind unterfinanziert. Das ist Kampmanns Kitakollaps.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Kinder haben ein verbrieftes Recht auf Bildung. Und frühkindliche Bildung findet in der Kita statt. In der Kita sollen Benachteiligungen aufgefangen werden. Dort sollen die Chancen der Kinder verbessert werden. Ich verstehe nicht, wie Sie sich dann noch trauen können, zu sagen: Wir nehmen uns die Zeit, die wir dafür brauchen. Die Zeit dafür ist jetzt. So macht man Lebenschancen kaputt.

(Beifall von den PIRATEN)

2015 haben Sie gesagt: Na ja, wir machen das mittelfristig. Nichts überstürzen! – Seit einer Weile heißt es: Wir machen es nach der Wahl. Na ja, immerhin. Sie sind ja konsequent mit Ihrem „nichts überstürzen“ und schieben und schieben und schieben. Jedes weitere verträdelte Jahr gehen 160.000 Kinder in die Schule, die eben nicht die Chance haben, die ein neues KiBiz bietet. Ich habe die Befürchtung, dass, bevor Sie es geschafft haben, das KiBiz zu erneuern, die ersten KiBiz-Kinder ihr Abitur – und zwar mit G9 – gemacht haben.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ja, weil Sie hier seit 2008 über eine KiBiz-Erneuerung reden. Und seit 2008 meckern Sie herum. Es passiert aber nichts! Bis die Kinder dann irgendwann einmal von dem KiBiz profitieren können, haben die doch schon längst ihr Abitur gemacht. Dann ist die Schulzeit doch schon herum. Wie lange wollen Sie denn noch warten, bis da einmal etwas Neues kommt?

Die Freien Wohlfahrtsverbände machen klar: Wir brauchen jetzt 1,5 Milliarden €. Das ist die Unterfinanzierung, von der wir reden. Wenn ich das auf alle Kindergärten in Nordrhein-Westfalen hochrechne, komme ich auf 2 Milliarden €. Genau das ist unsere Forderung. Das müssen wir ausgeben. Sie können nicht einfach weiter die Füße hochlegen und bis nach der Wahl warten. Wir müssen jetzt das System vor dem Zusammenbruch bewahren, nicht erst 2019 und nicht erst 2025 oder irgendwann.

Die Träger sagen ganz klar: Wenn nichts passiert, dann müssen im nächsten Jahr die ersten Einrichtungen geschlossen werden. Ist das das, was wir wollen, dass Kinder nicht mehr betreut werden können, weil die Plätze wegfallen?

Ist das immer noch diese Landesregierung, die kein Kind zurücklassen will? Ich verstehe das persönlich nicht, und ich erinnere Sie noch einmal an die erste Lesung des Haushalts, an die Achse der Abgehängten. Bei Leuten, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken können, die es eben nicht privat kompensieren können wie diejenigen, die etwa FDP-

Wähler sind, die die Kohle haben und deren Kinder in private Kindergarten gehen, müssen wir aufpassen. Da werden Leute abgehängt. Und das darf einfach nicht passieren.

(Beifall von den PIRATEN)

Hauptsache, wir halten die Schuldenbremse ein; denn das ist ja generationengerecht. Da machen wir demnächst hier freitags statt eines Veggie-Days einen Schwarze-Null-Day, dann dürfen die Kinder auf der schwarzen Null herumkauen. Hauptsache, wir haben nichts überstürzt.

Drittes Beispiel: Da Herr Duin noch nicht genug abbekommen hat mit dem kleinen Lob, das er vorhin bekommen hat, auch wenn es irgendwie anders gemeint war:

(Christian Lindner [FDP]: Das war nicht anders gemeint!)

– Oh! Das war ein ehrliches Lob? – Okay, dann bin ich umso verwunderter. Garrelt Duins Glasfaser-Desaster, des Kupferkabelsalats nächster Akt. Was ist passiert? Gut, da muss man jetzt vorsichtig sein, weil ja echt wenig passiert ist. In Südkorea ist was passiert, in Litauen ist etwas passiert, in den Niederlanden ist etwas passiert. Bei uns geht es eben nicht voran mit dem Glasfaserausbau. Da frage ich mich: Warum liegen wir eigentlich so weit zurück? Warum passiert hier eigentlich nichts?

Seit Jahren werden alle möglichen Argumente herangezogen, um den Umstieg auf das Gigabit-Glasfaser-Internet zu verhindern. Aber der einzig wahre Grund ist doch, dass Sie feige sind und bequem sind. – Ich darf das jetzt nicht sagen oder? – Ich versuche es mal.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Es ist schon gut, dass Sie mit Vorsicht darangehen, Herr Kollege.

Michele Marsching (PIRATEN): Ich lasse Vorsicht walten. Ich versuche es. Ich sage es mal so: Sie kriechen der Telekom dahin, wo die Sonne nicht scheint. War das okay? Ich habe das böse Wort herausgenommen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das kann man philosophisch interpretieren.

(Beifall von den PIRATEN)

Michele Marsching (PIRATEN): Mit dem aktuellen Ausbautempo schaffen wir es, Mitte nächsten Jahrzehnts alle Haushalte an das 50-Mbit-Netz anzuschließen, auch im ländlichen Bereich.

(Lachen bei den PIRATEN)

Das ist das Mindestziel. Nicht schnelles Internet, sondern 50 Mbit! Ja, gut; einige von Ihnen glauben, 50 Mbit wäre schnell. Da soll einer sagen, Politiker hätten keinen langen Atem. Diese Landesregierung hat einen sehr langen Atem; denn Frau Kraft denkt bis 2175. Wenn ich nämlich das heutige Ausbautempo des Glasfasernetzes nehme, dann komme ich 2175 auf ein voll ausgebautes Glasfasernetz in Nordrhein-Westfalen. Für die CDU: Das sind 40 Legislaturperioden von Angela Merkel. 40!

(Beifall von den PIRATEN)

Aber, Frau Kampmann, vielleicht schaffen Sie es ja bis dahin, das KiBiz zu erneuern. Das wäre auch etwas.

Unser Vorschlag: Wir müssen jetzt investieren. Sie haben den Änderungsantrag vorliegen. Wir brauchen insgesamt, so sagen die Berechnungen, 8,6 Milliarden €, strecken das auf zehn Jahre. Wir brauchen dieses Jahr 860 Millionen € im Haushalt, und wir haben einfach keine Zeit mehr. Sie legen da jetzt eine Gigabit-Strategie vor, aber Sie sagen nicht, wie Sie es finanzieren wollen.

Das schnelle Internet ist inzwischen genauso wichtig wie ein Stromanschluss und ein Wasseranschluss. Wir haben letzte Woche gesehen, was passiert, wenn die Leute plötzlich kein Internet mehr haben, und wenn dieses völlig natürliche „Ich mache meinen Rechner an, ich bin im Netz“ plötzlich nicht mehr vorhanden ist, als die Telekom-Router angegriffen wurden.

Glasfaserzugang muss öffentliche Daseinsvorsorge sein. Da muss sich das Land drum kümmern. Und wir brauchen die Mittel jetzt. Wir brauchen ein Netz in Bürgerhand. Das können wir hinterher sogar wieder verpachten an die heutigen Netzbetreiber. Dann refinanziert sich das sogar fast auf lange Sicht. Und das wäre zukunftsweisende Politik.

(Beifall von den PIRATEN)

Und ganz ehrlich: Das ist so wichtig. Wenn Sie hier den Antrag ablehnen und wenn Sie uns auslachen, so wie es im Haushalts- und Finanzausschuss passiert ist, dann machen Sie einfach ein Programm der NRW.BANK! Dann kriegen wir das auch hin. Das schaffen Sie auch mit „Gute Schule 2020“ oder jetzt auch mit den Unikliniken, 516 Millionen € für Modernisierung. Da sollten 860 Millionen € für Glasfaser kein Problem sein.

Ich hoffe, dass die Schattenregierung der NRW.BANK hier auch zuhört und sich einfach mal anguckt, was wir vorschlagen. So ein paar Programme können Sie ja dann machen.

Gut, lassen wir das weg. –

Wissen Sie was? Das Problem ist doch ein ganz anderes. Das Problem ist hier, dass wir an einem massiven Brain-Drain von IT-Experten in diesem Land

leiden, dass es keine Zukunft mehr für die wirklich gut ausgebildeten Menschen gibt. Es gibt einen Artikel vom WDR, 13.12.2016. Der Titel lautete: IT-Experten zieht es weg aus NRW. Der WDR redet davon, dass die Menschen in den Süden Deutschlands abwandern.

Ja, wir bilden in NRW vergleichsweise sogar gut aus. Sechs von zehn der besten Hochschulen sind in Nordrhein-Westfalen. Aber was nützt uns das, wenn die Leute danach weggehen und die Intelligenz, die da ausgebildet wird, aus NRW einfach verschwindet, weil die Landesregierung sie vertreibt?

Ich weiß nicht, warum niemand diese Probleme sehen will; gerade dieses Problem. Wir streiten hier über die Probleme von gestern. Wir streiten hier über Arbeitsplätze und Wachstum. Wir streiten hier über die Löcher, die wir stopfen müssen, weil die Landesregierung es nicht geschafft hat, vorher zu investieren. Und jetzt gehen die Hochqualifizierten weg aus Nordrhein-Westfalen, obwohl sie doch so wichtig wären für die Verwaltung, obwohl sie so wichtig wären für die Wirtschaft. Sie bieten einfach keine Perspektive für die jungen Menschen. Das ist eines der Probleme, über die wir reden müssen.

Was tut denn Hannelore Kraft für diese Leute? Was tut Garrelt Duin für diese Menschen? Da gibt es jetzt diese Hubs, für die man sich so abfeiert. Mit diesen Hubs will man die Old Economy und die New Economy irgendwie zusammenbringen. Das ist ungefähr so, als wenn Sie Mercedes und Uber an einen Tisch bringen wollen. Beide wollen ja Menschen von A nach B bringen. Aber da lacht sich Uber doch kaputt. Uber will einfach nicht mit Mercedes zusammenarbeiten. Uber hat ein ganz anderes Geschäftsmodell als Mercedes.

Was wir eigentlich bräuchten, ist eine Art digitale Genossenschaft. Wir bräuchten etwas, bei dem sich Menschen zusammenschließen, womit wir es schaffen, dass wir nicht diesen Plattformkapitalismus haben, der im Moment herrscht, bei dem das Geld alles abfließt, sondern wir bräuchten etwas, bei dem die Menschen vor Ort zusammenarbeiten, bei dem lokale Fachkräfte in Konzepten zusammensitzen und bei dem Sie am Ende die Arbeitskraft hier halten, womit Sie die Steuern hier halten, womit Sie die Intelligenz hier halten. Das wäre eine Lösung für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber Sie haben überhaupt keine Antwort darauf, null. Stattdessen reden Sie von der Reindustrialisierung und sagen, der Stahlstandort Nordrhein-Westfalen sei total wichtig.

Claus Kleber hat in einer Doku über das Silicon Valley als letzten Satz etwas sehr Schönes gesagt. Er hat gesagt: Bremsen allein wird nicht reichen.

Die Reindustrialisierung bringt uns eben nicht nach vorne. Sie belügen die Menschen, wenn Sie sagen, Kohle und Stahl seien die Zukunft. Kohle und Stahl sind nicht die Zukunft. Die Zukunft ist IT, die Zukunft ist digital, die Zukunft ist sozial und kreativ.

(Armin Laschet [CDU]: Beides!)

Die Landesregierung will weiter Geld in Kohle stecken,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Schwarz-Gelb will weiter Geld in Kohle stecken. Wir brauchen Kohle in die Köpfe gesteckt und nicht andersherum.

(Beifall von den PIRATEN)

Ja, ich rede hier von einer langfristigen Politik, die bei diesem Haushalt anfangen muss.

(Armin Laschet [CDU]: Gibt es langfristig keinen Stahl mehr? – Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Ja, das möchte ich auch mal gern wissen!)

– Doch, aber die wichtige Frage ist, ob der Stahl in diesem Land produziert werden muss und ob hier genügend Arbeitsplätze vorhanden sein werden, um damit die ganze Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu stützen. Das ist die wichtige Frage, wenn man die digitale Zukunft einfach verschläft und den Menschen erzählt, dass sie noch über Jahrzehnte von Kohle und Stahl leben werden können. In dieser Hinsicht werden die Menschen einfach belogen.

(Armin Laschet [CDU]: Von Stahl! – Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Nicht von Kohle ist die Rede, von Stahl!)

– Wir reden also nicht über die nächsten 20 Jahre mit der Braunkohle, oder wie?

(Thomas Kufen [CDU]: Stahl!)

– Ja, wir reden über beides. Wir reden über den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen und über Braunkohle für die nächsten 20 Jahre, weil die Grünen es nicht schaffen, auszustiegen.

Ich lege noch ein paar Zettel zur Seite und möchte es einmal so formulieren: Wenn Hannelore Kraft es schafft, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel progressiv wirkt, dann ist in diesem Land Glückauf.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Marsching. – Als nächstem Redner erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Schulz das Wort.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen Dank. – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir

haben heute schon eine Menge toller Sachen über den Haushalt 2017 gehört. Die Regierungsfractionen loben ihn über den Klee, und die Oppositionsfractionen brechen mit reichlich Kritik – und zwar berechtigter Kritik – über ihn herein.

Es ist eine oppositionelle Generalabrechnung mit der Regierungsmehrheit und mit der Regierungsarbeit im Land Nordrhein-Westfalen. Wie dereinst Tiberius die Germanen in den Jahren 4 und 5 nach Christus bis an die Elbe unterwarf, will auch die Opposition die Regierung unterwerfen. Es gelingt Ihnen zunächst in der Debatte, aber am Ende – wir wissen, dass das damals in der vernichtenden Varusschlacht endete – musste sich auch Rom hinter die Linien des Rheins zurückziehen.

Das bedeutet hier nichts anderes, als sich der Mehrheit zu beugen, nämlich der regierungstragenden Mehrheit, die diesen Haushalt voraussichtlich annehmen wird. Den weiteren geschichtlichen Abriss möchte ich Ihnen ersparen.

Kommen wir zurück zum Haushalt mit einem Volumen von 72,7 Milliarden € inklusive Nachschlag bzw. Ergänzung sowie einer Neuverschuldung in Höhe von 1,6 Milliarden €. Trotzdem singen dieser Finanzminister und diese Landesregierung noch immer das Lied vom Einhalten der Schuldenbremse. Können Sie das mit Fug und Recht? Ich sage: Nein, das können Sie nicht.

Waren schon die vergangenen Haushalte von 2012 bis heute davon geprägt, dass mit allerlei rechnerischen und bilanziellen Tricks der Anschein erweckt wurde, diese Landesregierung verstehe etwas vom Abschmelzen von Schuldenhaushalten, so wird insbesondere mit den Begleitumständen des Haushalts 2017 klar, dass SPD und Grüne ohne Taschenspielertricks einfach nicht auskommen, und dieser Finanzminister ganz offensichtlich auch nicht. CDU und FDP, aber auch die Piraten haben dazu besonders eindrucksvolle Ausführungen gemacht, denen ich mich – zumindest, was diese Tricks angeht – voll und ganz anschließe.

Ich bedauere es persönlich, aber dieser Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen wird trotz beharrlicher Bemühungen im eigenen Lager die Geister nicht los, die seine Förderer von Rot-Grün einst riefen.

In diesem Zusammenhang möchte ich zur Einnahmepolitik aus dem Koalitionsvertrag zitieren. Im Koalitionsvertrag ist auf Seite 5 die Rede davon, Rot-Grün wolle massiv darauf drängen, die Vermögenssteuer einzuführen, den Spitzensteuersatz erhöhen zu lassen sowie die Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Das hat alles nicht geklappt. Es mag an der GroKo in Berlin liegen, Fakt ist jedenfalls: Erhöht wurde in

Nordrhein-Westfalen lediglich die Grunderwerbsteuer zulasten der kleinen und mittleren Haushalte.

Der Landeshaushalt 2017 ist geprägt von Stagnation, er ist geprägt von Reaktion auf bereits eingetretenes, und er ist beseelt von dem obiter dictum der Schuldenbremse, was zu nichts anderem führt als zur Krücke von Schattenhaushalten, Herr Minister.

Zulasten der Menschen in unserem Land wurden Wechsel auf die Zukunft von Menschen gezogen, die sich heute noch in Ausbildung befinden. Die Folgegeneration wurde durch Fördermaßnahmen – wie es hier schon oftmals so schön hieß – hinter die Fichte geführt. Diese zahlt das Land zwar, allerdings nicht direkt, sondern über abenteuerliche Tilgungsvereinbarungen bis hin zu Tilgungsgesetzen, fußend auf Förderprogrammen der NRW.BANK hinsichtlich der Kernaufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen.

Herr Kollege Römer hat hier in der Debatte ausgeführt, dass das Programm „Gute Schule 2020“, ein hervorragendes und absolut notwendiges Programm, zu den Kernaufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen gehöre. Wenn aber etwas zu den Kernaufgaben des Landes gehört, dann muss man sich fragen, wieso dieses Geld dann bitte schön nicht im Haushalt steht, sondern lediglich ein Gesetz vorgelegt wird, mit dem die Refinanzierung bis ins Jahr 2041, also bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, geregelt werden soll.

Von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ist diese Landesregierung in vielerlei Hinsicht – leider kann ich aufgrund der Kürze der Redezeit nicht auf alle Punkte eingehen – weit entfernt, ebenso wie die Piratenpartei leider Gottes wahrscheinlich auch von dem Wiedereinzug in den Landtag.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Steuerknüppel des Schuldenraumschiffs abgegeben; denn das Schuldenraumschiff ist gelandet.

Es ist aber nicht so, dass es jetzt dasteht und alles gut ist. Sie sind vielmehr umgestiegen, und zwar wegen der Sie treibenden Schuldenbremse und der Ideenlosigkeit von Rot-Grün, einmal richtig in den Landeshaushalt 2017 einzusteigen.

Dieser Landeshaushalt kann unter diesen und den vorgenannten Vorzeichen nur noch als Tarnkappenbomber bezeichnet werden. Er ist ein Tarnkappenbomber hinter dem Schild von Schattenhaushalten, von denen eine Generation von Menschen betroffen ist, die sich heute noch in Ausbildung befindet und künftig mit den von ihnen gezahlten Steuern die Zechen zahlen müssen, die diese Landesregierung hinterlässt.

Wo bleiben die Investitionen in die Zukunft? – Fehlanzeige. Wo bleibt die Investition in die zukunftsfähige Infrastruktur in NRW? – Fehlanzeige. Wo bleibt die Zukunft NRWs im Bereich der Bildung? – Sie

bleibt auf der Strecke. Diese Landesregierung einschließlich der sie tragenden Fraktionen hat es nicht begriffen, dass Bildung im Bereich Informatik ein absolutes Muss ist, ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ihre Redezeit, Herr Kollege.

Dietmar Schulz (fraktionslos): ... und zwar heute noch mehr als gestern. Und die Zeit drängt. Damit NRW nicht noch weiter abgehängt wird, ist es erforderlich, das Pflichtfach Informatik einzuführen. Dazu haben Sie noch bis Mai Gelegenheit.

Pro Jahr bilden wir in NRW ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Schulz, bitte kommen Sie zum Schluss, und zwar straight.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Straight! Jawohl, Herr Präsident. Danke für den Hinweis.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Gerne.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Hinsichtlich der Informatikausbildung hat Herr Kollege Marsching einiges ausgeführt. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben im Januar 2015 die digitale Revolution ausgerufen. Vergessen haben Sie leider das Revolutionieren. Das wird auch durch diesen Haushalt eindeutig klar. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerpräsidentin Kraft das Wort.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Oh, die SPD ist gar nicht da!)

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt knapp vier Stunden Debatte hinter uns, und ich muss sagen, ich finde die Debatte ehrlich gesagt enttäuschend. Ich bin davon ausgegangen, dass es die Königsstunde des Parlaments ist. Es geht darum, dass hier gerade mit dem letzten Haushalt einer Legislaturperiode noch einmal Bilanz gezogen wird. Herr Laschet hat das zumindest angekündigt. Er hat auch angekündigt, seine Ziele für 2025 zu benennen. Ich kann nur sagen, ich habe keinen Plan erkennen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde das sehr schade, weil ich glaube, darauf haben die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land einen Anspruch.

Herr Kollege Lindner, ich will nur auf einige Dinge eingehen. Einiges kommt dann in den Fachthemen. Aber ich würde Ihnen gern vorab sagen, warum ich an der einen Stelle gelacht habe. Ich habe gelacht, weil Sie vorher deutlich gemacht hatten, dass man mit seiner Wortwahl sehr vorsichtig sein muss, und Ihnen dann folgender Satz herausgerutscht ist, den Sie ohne Punkt und Komma gesprochen haben. Der hieß, wenn ich richtig notiert habe: Die Kriminellen werden wir nicht los, weil wir kein Einwanderungsgesetz haben.

Diesen Sachzusammenhang fand ich ziemlich unlogisch, und deshalb habe ich gelacht. Wenn Sie das in Ihrem Beitrag gestört haben sollte, dann entschuldige ich mich dafür. Mir ist schon klar, dass Sie es so nicht gemeint haben.

(Christian Lindner [FDP] winkt ab.)

Dann haben Sie Beispiele gebracht, die ich äußerst interessant finde und von denen ich schon meine, dass alle diejenigen, die uns zuhören, es einordnen können sollten.

Sie haben zum Thema Inklusion – ich komme gleich inhaltlich darauf zurück – ein Beispiel und ein Zitat gebracht. Das Zitat stammt – Sie haben es uns netterweise auch zur Verfügung gestellt – aus einer Stellungnahme der Kinder- und Familienhilfe Michaelshoven gGmbH – einem Praxisbericht zur Umsetzung der Inklusion unter dem Titel „Umsetzung der Inklusion darf nicht zur Exklusion führen“.

In dieser Stellungnahme sagt diese Einrichtung, die keine Schule ist, über andere – ich sage jetzt mal vom Hörensagen; das ist postfaktisches Zeitalter, Herr Kollege Lindner –:

„Manche unserer SuS mit FS GE mit Förder-schwerpunkt ‚Geistige Entwicklung‘ an Regelschulen verbringen die Hälfte der Unterrichtszeit mehr oder weniger alleine in einem Nebenraum oder wenn selbiger fehlt auf dem Flur.“

Das ist Hörensagen nach dem Motto: Was die gehört haben nach Aussagen von Integrationshelferinnen und -helfern. – Ich finde, wir sollten uns hier mit Daten und Fakten beschäftigen und nicht mit Hörensagen. Das wäre diesem Parlament angemessen. Ich würde das gern deutlich machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Kollegen Laschet habe ich eingangs schon gesagt: Sie haben damit begonnen, dass der Zeitpunkt da ist, politisch Kassensturz zu halten. Ich kann Ihnen da nur beipflichten. Deshalb ist es mir wichtig, heute in dieser Debatte nicht nur auf einige Ihrer Kritikpunkte einzugehen, was zu einer guten Haushaltsdebatte gehört, sondern auch noch einmal deutlich

zu machen, dass wir einen klaren Plan haben. Diese Landesregierung hat einen klaren Plan seit 2010.

Ich kann gut damit leben, und wir können gut damit leben, dass nicht jeder mit diesem Plan einverstanden ist. Aber bei uns weiß man, woran man ist, im Gegensatz zu dem, was ich heute hier von allen anderen gehört habe.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Unser Ziel ist seit 2010, unser Land zukunftsfest zu gestalten. Daran arbeiten wir konsequent mit klaren Linien, vorausschauend, und wir setzen eindeutige Prioritäten. Auch die konnte ich bei keinem der anderen Rednerinnen und Redner erkennen.

Ich sage auch ganz klar: Es geht nicht um rosarot oder rabenschwarz. Es gibt einiges zu tun, aber wir sagen selbstbewusst: Wir haben in den vergangenen sechs Jahren auch einiges erreicht.

Einige Punkte sind schon angesprochen worden. Wir haben Priorität gesetzt auf den Bereich Kinder, Bildung und Familie. Bis einschließlich 2017 investieren wir 200 Milliarden €, das ist eine Ansage wert, Herr Marsching. Sie nehmen ja die Fakten, nämlich die Schuldenbremse, nicht zur Kenntnis; sie wischen sie einfach beiseite.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Natürlich, gerade ich sage das! Aber sie muss abgeschafft werden! Ganz einfach!)

Wir haben unter diesen schwierigen Bedingungen diese klare Priorität in NRW durchgezogen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dafür sagen wir: Wir haben versprochen und gehalten.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Fehler, Fehler! Hallo! Fehler!)

Jeder dritte Euro geht in dieses Feld, 2017 allein über 29 Milliarden €. Wir haben im Bereich Kita den Rechtsanspruch geschafft, wir haben Qualitätsverbesserungen geschafft. Wir haben noch nicht die große Veränderung des KiBiz geschafft, das stimmt.

Es ging aber zunächst einmal um diese Aufholjagd, Rechtsanspruch zu schaffen. Was doch jetzt wirklich jeder Beschreibung spottet, ist, dass wir uns jetzt, wo es einen Rechtsanspruch für Kinder über drei Jahren und unter drei Jahren gibt, dafür rechtfertigen sollen, dass die Quoten der Inanspruchnahme von Kita-Plätzen in NRW niedriger sind als in anderen Bundesländern. Da kommt wieder dieses „Schlusslicht-Gequatsche“.

Mit Verlaub, wenn die Bürger der Meinung sind, sie wollen ihre Kinder so früh nicht in die Kita bringen,

(Zurufe von Armin Laschet [CDU] und Lutz Lienenkämper [CDU])

dann war es immer Politik der SPD und der Grünen zu sagen: Es ist ihre Entscheidung. Der Rechtsanspruch gilt, und da es keine Klagen gibt, gibt es auch keine Schlusslicht-Debatte an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Das ist die dümmste Ausrede!)

Wir haben für den Bereich Kita von 2010 bis Ende 2016 – Sie wollten ja gern über Zahlen reden – 1,45 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Wir haben 2016/2017 insgesamt die Betreuungsplätze in sechs Jahren fast verdoppelt. Das sind die Realitäten in diesem Land. Ich muss sagen, ich bin stolz darauf, dass wir das gemeinsam mit den Kommunen und mit den Trägern hinbekommen haben. Dafür sage ich auch Danke an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben im Bereich Schule mit dem Haushalt 2017 6.200 Stellen mehr als 2010; mehr frische Stellen. Herr Marsching, das reicht Ihnen alles nicht; das ist mir klar. Sie geben das Geld ja einfach aus, unabhängig davon, woher es kommt.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Und Sie lassen halt die Kinder zurück! Kann man auch machen!)

Wir halten uns an die Verfassung. Das wird auch so bleiben. Wir werden auch die Schuldenbremse einhalten,

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das tue ich auch! Ich sage einfach, ich muss da raus! Das fällt doch nicht vom Himmel!)

weil sie in der Verfassung steht. Die Leichtigkeit, mit der Sie hier Verfassung vom Tisch wischen, finde ich schon beeindruckend – das muss ich wirklich sagen im negativen Sinne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben im Ganztage seit 2010 über 80.000 zusätzliche Plätze geschaffen, wir haben neben vielem anderen das Programm „Gute Schule 2020“ auf den Weg gebracht, und wir werden in den nächsten vier Jahren 2 Milliarden € für Renovierung und Modernisierung der Gebäude auf den Weg bringen. Und das Schöne ist, dass dazu jetzt noch die Bundesmittel hinzukommen.

Lieber Herr Laschet, lassen Sie doch diese populistischen Geschichten. Wann ich wo in welchen Sitzungen sitze, kann doch völlig egal sein. Messen Sie mich doch einfach an dem Erfolg!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuerst von der CDU und von der SPD)

Heute ist der Länderfinanzausgleich so im Kabinett gewesen, wie wir ihn unterstützt haben. Und das Pro-

gramm für die kommunalen Bildungsinfrastruktur-Investitionen der finanzschwachen Kommunen, von denen insbesondere NRW profitieren wird, haben wir in Berlin mit auf den Weg gebracht. Das sind die Ergebnisse. Und weil Ihnen das in Ihrer Argumentationskette nicht passt, versuchen Sie, das hier schlechtzumachen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben nicht nur Kita und Schule in den Blick genommen ...

(Armin Laschet [CDU]: Ihr Erfolg ist, dass Herr Scholz sich kümmert! Was würden Sie ohne Herrn Scholz machen?)

– Herr Laschet, wenn es einen Effekt im negativen Sinne gehabt hätte, dann wäre es doch gar nicht durchgekommen. Natürlich war Herr Lersch-Mense vor Ort. Es waren übrigens auch andere nicht da.

(Armin Laschet [CDU]: Man braucht Sie überhaupt nicht mehr!)

– Nein, Sie kennen doch gar nicht den Verlauf der Sitzung. Sie wissen doch gar nicht, was zu dem Zeitpunkt noch zu klären war. Sie erwecken nur hier den Eindruck, als hätte das negative Folgen,

(Armin Laschet [CDU]: Sie waren doch gar nicht da! Sie waren doch weg!)

und die hat es nicht, Herr Laschet. Sehr zu Ihrem Leidwesen, die hat es nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben uns nicht nur um Kita, sondern auch um Schule gekümmert. Wir haben uns insbesondere darum gekümmert, dass wir langfristig Strukturveränderungen in Nordrhein-Westfalen in Gang setzen unter der Überschrift „Kein Kind zurücklassen“ mit dem Pilotprojekt „Kommunen beugen vor“.

Das Schöne ist ja, dass wir inzwischen die Bilanz von den 18 Kommunen und Kreisen, die mitgemacht haben, ziehen können. Es zeigt sich, dass es funktioniert, dass es sich rechnet, vom Kind her zu denken, aus dem Reparaturmodus herauszukommen, herinzukommen in den Vorsorgemodus. Da haben wir eine klare Orientierung. Dass das erfolgreich ist, können Sie daran sehen, dass wir jetzt schon wieder 34 Interessenbekundungen von Kommunen und Kreisen für die Roll-Out-Phase haben. Wir wollen das flächendeckend ins Land bringen, und das werden wir auch schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann reden wir über Inklusion. Herr Laschet, wenn Sie sagen, dass Sie ein Moratorium machen wollen, denken Sie dabei auch an die Kinder?

(Armin Laschet [CDU]: Ja, natürlich!)

Denken Sie dabei auch an die Familien? Ich frage es.

(Zurufe von der CDU)

– Ganz ruhig. Ich bin ganz ruhig.

Wenn Sie sagen: „Wir machen ein Moratorium, wir stoppen den weiteren Ausbau“, sind Sie ein bisschen in der Richtung von Herrn Marsching unterwegs, weil es darum geht, die UN-Konvention umzusetzen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nein, so wie wir das wollen, das ist viel besser!)

– Da ist Deutschland unter Druck, das wissen Sie doch. Man kann darüber streiten ...

(Zurufe von Armin Laschet [CDU] und der CDU)

– Herr Laschet, nun lassen Sie mich doch reden, ich habe Ihnen ganz ruhig zugehört.

Man kann ja darüber streiten, was man noch mehr machen müsste. Wir geben rund 1 Milliarde € bis einschließlich 2017 für Inklusion in diesem Land mehr aus. Wir haben das Konzept der Schwerpunktschulen, auch wenn hier immer wieder ein anderer Eindruck erweckt wird.

Jetzt frage ich mich – und das fragen sich auch die Bürgerinnen und Bürger –: Was würde Herr Laschet eigentlich anders machen? – Dann sagen Sie: Inklusion stoppen, ein Moratorium bis die Grundbedingungen dargestellt sind. Herr Laschet, das ist: Wasch mich, aber mach mich nicht nass!

(Armin Laschet [CDU]: Nein!)

– Doch, lassen Sie mich doch ausreden! Dann nennen Sie hier vor der Wahl die Grundbedingungen und wie diese aus Ihrer Sicht geschaffen werden. Dann stellen Sie Anträge in diesem Haushalt, dass Sie es auch durchfinanzieren wollen, mit Deckungsvorschlag! Das wollen wir doch dann gerne sehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann reden wir doch über unsere Priorität Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt. Wir haben so viele Menschen in Arbeit wie nie.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Und wie viele können davon leben?)

Wir haben in Teilen unseres Landes fast Vollbeschäftigung, und wir haben im Ruhrgebiet Lichtblicke. Deshalb ist es völlig unangemessen, hier eine Schwarz-Weiß-Diskussion zu führen.

Ich habe jetzt gerade die aktuellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik bekommen, weil Sie immer diese Schlusslichtdebatte führen. Ich vermute, Sie haben den Artikel über neuronales Programmieren gelesen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das so ist.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Erklären Sie uns das mal!)

– Das muss ich nicht erklären, das wissen Sie ganz genau! Deshalb wiederholen Sie immer die gleichen Sätze und wissen, dass die Zahlen und Daten falsch sind, aber das werden Ihnen die Bürgerinnen und Bürger nicht durchgehen lassen.

Die neueste Arbeitslosenzahl für Nordrhein-Westfalen im November im Vergleich zum Vorjahr beträgt minus 2,7 %, Westdeutschland minus 2,0 %. Ich finde, dem ist nichts hinzuzufügen. Von wegen Schlusslichtdebatte!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Beitrag der Landesregierung? – Josef Hovenjürgen [CDU]: 0,0 %!)

Und dass Sie kreativ mit Zahlen umgehen können, Herr Laschet, haben wir in den letzten Wochen immer wieder erlebt. Ich habe mir den Spaß gemacht, mir Ihre Rede auf dem Parteitag anzuhören.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Sie haben zu viel Freizeit!)

Da haben Sie deutlich gemacht – die Schlusslichtdebatte musste auch da Eingang finden –, dass Nordrhein-Westfalen überall hinten liegt.

(Armin Laschet [CDU]: Ja, leider!)

Sie haben davon gesprochen, dass das Wirtschaftswachstum in anderen Regionen sehr viel größer wäre, sogar im Saarland als auch in anderen Regionen Deutschlands.

Sie haben zu dem Zeitpunkt, obwohl seit Ende September neue Zahlen zum Wirtschaftswachstum 2016 vorliegen,

(Armin Laschet [CDU]: Die liegen nicht vor!)

weiterhin die Wirtschaftsdaten aus 2015 genommen, weil da das Nullwachstum war und Sie sagen können, dass wir 16. von 16 seien. Da wir das aber im Jahr 2016 nicht mehr sind, bleiben Sie einfach bei den Daten von 2015.

(Armin Laschet [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Auch im Jahr 2016 liegen wir weit vor dem Saarland und vor anderen, und wir liegen nicht mehr an der Schlusslichtstelle. Deshalb bleiben Sie doch real mit diesen Zahlen! Bleiben Sie doch einfach bei den aktuellsten Zahlen statt wissentlich diese Zahlen zu verschweigen. Das ist doch keine vernünftige Politik für unser Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Das ist doch postfaktisch! – Michele Marsching [PIRATEN]: Ich wusste, dass er das sagt!)

Dann haben Sie über das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit, das uns in der Tat beschwert, gesprochen. – Wir haben in Pilotprojekten deutlich gemacht, wie es geht.

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Der Kollege Laschet hatte sich eingangs seiner Rede darüber beklagt, dass so viel dazwischengerufen werde. Ich finde, das ist von der Kulturfrage her mindestens pari, würde ich sagen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Ich würde das gerne auf meine Redezeit aufgeschlagen bekommen.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Michele Marsching [PIRATEN]: Wenn keiner da ist bei meiner Rede, kann ich auch nicht dazwischenrufen!)

Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Thema, das uns sehr beschwert. Wir haben Pilotprojekte in Nordrhein-Westfalen durchgeführt, etwa zum Aktiv-Passiv-Transfer; Sie alle wissen, wovon wir sprechen. Wir wissen, dass ein sozialer Arbeitsmarkt funktionieren kann. Wir haben das gezeigt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wo?)

Wir wollen und wissen. Weil wir wissen, wollen wir es.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Das ist auch postfaktisch!)

Wir wissen nämlich, dass es besser ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind mit genau diesem Ansatz nach Berlin gegangen, weil das ein Thema ist, für das die Bundespolitik mit zuständig ist. Die Ministerin würde es gerne ausweiten. Der Finanzminister sitzt auf der schwarzen Null.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Oh! Aufpassen!)

Dann sagen wir eben auch mit Blick auf diesen Haushalt: Das reicht uns nicht. Dann gehen wir mit eigenen Stellen hinein und schaffen diesen sozialen Arbeitsmarkt; denn wir sehen nicht einfach zu, dass Langzeitarbeitslosigkeit in diesem Land auf diesem Niveau bleibt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist Politik dieser Landesregierung: Wir packen an.

Schauen wir auf den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt. Wichtig ist, nicht nur für Innovation – darauf komme ich gleich zu sprechen – und Studierende etwas zu tun, sondern auch das Thema „duale Ausbildung“ nach vorne zu tragen. Die Kampagne „In drei Jahren Weltklasse“ unseres Arbeitsministers findet guten Widerhall auch in der Wirtschaft und in der

Bevölkerung. Wir haben mit dem Ausbildungskonsens und mit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ entscheidende Schritte nach vorne unternehmen können.

Aber in der Tat ist es genauso wichtig, auf Innovation zu setzen. Das ist an mehreren Stellen angesprochen worden. Deshalb haben wir den Etat der Kollegin seit 2010 um rund 45 % aufgestockt. Wir investieren in Infrastruktur für Forschung und Lehre. Das ist der richtige Weg für eine gute Zukunft unseres Landes.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dazu gehört ein Hochschulbaukonsolidierungsprogramm in Höhe von 3 Milliarden €. Wir freuen uns – offensichtlich anders als Herr Lindner – darüber, dass wir heute rund 230.000 Studierende mehr in diesem Land haben. Ich möchte nicht, dass durch Studiengebühren wieder weniger Menschen zum Studium gehen.

(Marcel Hafke [FDP]: Oh! – Weitere Zurufe von der FDP)

Ich möchte nicht, dass sich dieser Standort an der Zukunft versündigt. Denn dann würden Sie morgen wegen Fachkräftemangels mit dem Finger auf uns zeigen. Das werde ich nicht zulassen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun folgt ein ganz besonderer Blick. Wir haben viel über Ingenieure gehört, die angeblich abwandern. Auch die Zahl der MINT-Studierenden haben wir in den vergangenen Jahren unserer Regierung um über 50 % erhöht. Andere reden über den Fachkräftemangel, wir handeln, meine Damen und Herren. Das ist Aufgabe der Regierung, und da liefern wir.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Wenn wir über Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt reden, geht es immer auch um Industrie, um Handwerk. Mit Blick auf die Ausführungen von Herrn Marsching gerade frage ich mich: Was ist das für ein Bild unseres Landes, dass wir demnächst alle nur noch im Service- und im IT-Bereich tätig sind? Wir werden weiterhin Produkte brauchen, und ich möchte gerne, dass diese Produkte in Nordrhein-Westfalen mit unserer Industrie gefertigt werden und dass das auch Arbeitsplätze in unserem Land sichert. Daran werden wir auch weiterhin arbeiten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Michele Marsching [PIRATEN])

Wichtig für den Wirtschaftsstandort ist die Infrastruktur. Deshalb freue ich mich darüber, dass es gelungen ist, den Bundesverkehrswegeplan in gemeinsamer Anstrengung in dieser Größenordnung nach

Nordrhein-Westfalen zu bekommen. 14 Milliarden € für das NRW-Sträßennetz sind wichtig.

Ich habe gerade eine aktuelle Information vom Verkehrsminister bekommen. In diesem Jahr wird der Landesbetrieb Straßen.NRW einen Allzeitrekordumsatz in Höhe von mehr als 1,1 Milliarden € verarbeiten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: U! – Hört! Hört!)

Heute Morgen haben wir vom Bund noch einmal 15 Millionen € zusätzlich verbuchen können, weil andere Länder sie zurückgegeben haben. Wir haben den Laden endlich wieder vernünftig aufgestellt. Wir rufen das Geld ab. Wir werden es in unsere Infrastruktur investieren.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wie viel habt Ihr von anderen bekommen? Ihr dürft das dann weiterleiten! Das ist die Politik der Landesregierung!)

Wenn wir über Infrastruktur reden, sprechen wir auch über Digitalisierung. Da kann man sich ein Wunschdir-was-Land malen oder man kann sich an den Realitäten orientieren.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Oder immer Geld vom Bund fordern und dann weiterleiten!)

– Nein, wir haben nicht nur Gelder vom Bund. Wir setzen auch eigene Gelder ein. Wenn Sie den Haushalt studiert hätten, wüssten Sie das, lieber Herr Marsching.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Oh, das habe ich sehr gut getan!)

Wir haben das Thema früher als andere erkannt.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Nebenverdienste!)

Wir haben es auf die Agenda gesetzt, und zwar konsequenter als andere: vom Breitbandausbau über die Digitalhubs bis zur Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 sowie bis zum Lernen im digitalen Wandel.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Jo!)

Ein solches Spektrum vermissen Sie in jedem anderen Bundesland der Republik. Da waren wir rechtzeitig und frühzeitig da. Das wird sich auszahlen für die Zukunft unseres Landes. Das zeigt, dass wir vorausschauend Politik machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Gut, dass wir als große Piratenfraktion solche Themen anfasen!)

Dann gehört zu unserer klaren Strategie, zu unserem Plan auch der Bereich der Lebensqualität. Da denke

ich zuerst an unsere Kommunen. Wir haben mit dieser Landesregierung die Kommunen von der Intensivstation geholt, auf die Sie von Schwarz-Gelb diese Kommunen gebracht haben. Ich möchte das noch einmal festhalten. Wir haben sie davon heruntergeholt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Werner Jostmeier [CDU]: Das sehen die Kommunen aber anders!)

2010 gab es noch 138 Kommunen im Nothaushalt, jetzt sind es noch neun. Die Kommunen können endlich wieder atmen, werden nicht mehr zur Konsolidierung des Landeshaushalts herangezogen, wie es noch bei Schwarz-Gelb der Fall war. Das ist ein klarer Kurs für die Kommunen in diesem Land. Bei diesem Kurs werden wir bleiben; denn wir wissen, wie wichtig es für die Menschen ist, dass sie in Kommunen leben, die handlungsfähig sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen, Herr Lindner, sage ich Ihnen, wenn Sie immer von den Mehreinnahmen reden, die da sind: Ja, dazu stehen wir. Wir haben die Mittel nicht nur in Kinder, Bildung und Familien gesteckt, wir haben sie nicht nur in die Infrastruktur gesteckt, sondern auch in die Kommunen. Dazu stehen wir. Das gehört zu unserem klaren Plan, den wir den Menschen in diesem Land vorgelegt haben. Dafür sind wir als Landesregierung gewählt worden. Wir werden das auch umsetzen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir über Kommunen und Lebensqualität reden, reden wir auch über den ländlichen Raum. Bis 2020 stellen wir rund 1,2 Milliarden € für die Förderung des ländlichen Raums zur Verfügung. Wir haben auch wichtige Infrastrukturgelder nach Nordrhein-Westfalen geholt. Bei den Verhandlungen über die Regionalisierungsmittel ging es um nicht mehr und nicht weniger als die Frage, wie wir es eigentlich schaffen, die Mobilität in diesen Regionen mit dem öffentlichen Personennahverkehr aufrechtzuerhalten.

Wichtig ist auch die medizinische Versorgung. Das wissen wir alle. Unser Hausärzteprogramm wird stetig abgerufen. Wir haben den Medizinbereich in OWL ausgebaut.

Wir setzen auch darauf, die Digitalisierung zu nutzen, um die Versorgung gerade in diesen Gebieten Nordrhein-Westfalens auf Dauer sachgerecht organisieren zu können. So möchte ich es gerne sagen. Deshalb kann sich auch der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen darauf verlassen, dass wir sehen, wo die Herausforderungen liegen, und dass wir anpacken. Auf diesem Weg werden wir kontinuierlich weitergehen. Dieses Versprechen gilt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Reden wir über Städte. Wir reden nicht daran vorbei, dass es Stadtteile mit Herausforderungen wie hoher Zuwanderung, vielen Langzeitarbeitslosen und Wohnungsleerständen gibt. Wir reden nicht daran vorbei, aber wir stigmatisieren diese Stadtteile auch nicht zu No-go-Areas; denn dort gehen Menschen jeden Morgen ganz normal zur Arbeit und es spielen Kinder auf Spielplätzen.

Diese Menschen müssen von uns als verantwortungsvolle Politiker erwarten, dass wir alle, die wir in diesem Hause sitzen, uns nicht an solchen Begrifflichkeiten und an der Stigmatisierung dieser Stadtteile beteiligen. Das darf nicht passieren. Das ist ganz wichtig.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch in diesem Feld gilt: Wir handeln. Wir arbeiten konzentriert und konzertiert. Wir stimmen uns mit den Städten ab, sprechen mit dem Bund und bringen Gesetzesänderungen auf den Weg. – Wir haben die Zahl der Polizistinnen und Polizisten vor Ort aufgestockt.

(Jochen Ott [SPD]: So ist das!)

Man muss sich immer daran erinnern: Wir haben 2014 das Wohnungsaufsichtsgesetz geändert, um gegen skrupellose Vermieter vorzugehen und endlich Schrottimmobilien räumen zu können. Es war richtig, dass wir das hier gemacht haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Jochen Ott [SPD]: Bravo!)

Genauso wichtig ist: Wir arbeiten gerade aktiv daran, dass die Schrottimmobilien mit Hilfe der Bundesmittel für Städtebauförderung abgerissen werden können. Das brauchen die Kommunen. Darin liegt nämlich in einigen dieser Stadtteile die Ursache des Gesamtproblems.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage ganz offen: Ich freue mich darüber, dass am Freitag im Bundesrat ein Gesetzentwurf von Bundesministerin Andrea Nahles vorliegt. Darin geht es um Arbeitnehmerfreizügigkeit. Als überzeugte Europäerin weiß ich, wie wichtig diese Freizügigkeit für Europa ist. Aber eines muss auch klar sein: Es darf keine Ausnutzung dieser Freizügigkeit geben. Deshalb ist es richtig, dass das Gesetz festlegt: Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme gibt es erst nach fünf Jahren.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Für diese Position sind wir von Ihrer Fraktion als Rechtspopulisten beschimpft worden! Für genau diese Position!)

– Das ist kein Populismus, sondern eine vernünftige Maßnahme, die genau in die richtige Richtung geht. Dazu stehen wir auch.

(Beifall von der SPD – Zurufe von den GRÜNEN)

Wir wollen verhindern, dass ein Missbrauch stattfindet. Ich sage Ihnen: Wir werden auch über die Kindergeldfrage reden müssen. Das müssen wir auch auf europäischer Ebene tun. Darüber müssen wir reden. Das ist nicht populistisch,

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig! So ist es! – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

sondern man muss diesen kriminellen Strukturen, die sich etabliert haben, von der Wurzel her ...

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Dafür haben Sie uns hier beschimpft! Entschuldigen Sie sich mal!)

– Was wollen Sie eigentlich von mir?

(Unruhe)

Nehmen Sie sich gleich Redezeit und sprechen Sie hier, wenn Sie hier Vorträge halten wollen. Was ist das denn hier?

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP] – Unruhe)

– Ich kann Ihnen nicht folgen. Wenn Sie einen umfangreichen Beitrag leisten, sollten Sie auf die Redezeit zurückgreifen.

An diesen Themen arbeiten wir sehr konzentriert. Ich bin froh, dass dies alles auf dem Weg ist. Aber ganz wichtig ist: Wir bringen alle an einen Tisch, was diese Themen angeht: die Ordnungsämter der Städte, die Polizei, die Justiz, die Ausländerbehörden, aber auch den Zoll, die Agentur für Arbeit und die Steuerfahndung.

Zum Konzept gehören auch die Stärkung der kommunalen Integrationszentren, die wir heute hier beschließen werden, und die gezielte Städtebauförderung in den Quartieren. Das ist ein geschlossenes Gesamtkonzept.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir arbeiten an den Herausforderungen, lehnen uns nicht zurück und beschränken uns nicht auf eine Schwarz-Weiß-Malerei in diesem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet, ich würde Ihnen gerne einen Rat geben. Unterschätzen Sie nicht den Stolz der Ruhries.

(Armin Laschet [CDU]: Tue ich nicht!)

Man ist sehr stolz auf den Wandel, der dort geschafft worden ist. Ich zitiere Ulrich Grillo, der kürzlich noch BDI-Präsident war. Er sagte vor Kurzem – ich zitiere –:

Das Ruhrgebiet hatte in der Tat große Herausforderungen zu bewältigen. Es hat bewiesen, dass Strukturwandel erfolgreich sein kann.

Reden Sie diese Erfolge nicht schlecht! Sie reden an dem Lebensgefühl der Menschen in dieser Region vorbei. Das ist mein Rat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir über Lebensqualität reden, dann reden wir selbstverständlich auch über Sicherheit. Seit 2010 haben wir 30 Milliarden € in die innere Sicherheit investiert. Allein im Haushalt 2017 sind es 4,1 Milliarden €. Wir können einige Erfolge vorweisen. Die Zahl der Straftaten im Bereich Mord und Totschlag ist auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Wir haben die niedrigste Jugendkriminalitätsrate seit 45 Jahren. Sie ist um mehr als 20 % zurückgegangen.

Ja, wir haben Probleme im Bereich der Einbrüche. Hier sind wir deshalb mit konzertierten Maßnahmen unterwegs, zum Beispiel mit „MOTIV – Mobile Täter im Visier“. Dabei geht es um eine vernetzte, überregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Es muss gemeinsam ermittelt werden. Da sind wir bundesweit Vorbild. Bislang haben wir schon 800 Täter identifiziert und ungefähr 500 in Haft genommen. Das zeigt, dass dies der richtige Weg ist. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Sicherheit ist immer mehr zu einem wichtigen Thema geworden. Wir haben darauf reagiert, und zwar schon – das ist mir ganz wichtig – seit 2010. Sie waren beim schlanken Staat und beim Nachtwächterstaat.

(Armin Laschet [CDU]: Wenn der Staat mal dafür sorgen würde, dass man nachts ruhig schlafen kann!)

Zwischen 2005 und 2010 haben Sie 466 Planstellen aufgebaut. Wir haben bis zum Haushalt 2017 einschließlich 1.236 neue Planstellen – inklusive Verwaltung – aufgebaut. Wir haben jetzt eine andere Ausbildungssituation. Damals waren es 1.100 pro Jahr. Die Lücke wäre immens groß geworden. Das haben wir vorhin schon gehört. Jetzt sind wir bei 2.000 neuen Polizisten jedes Jahr.

Wir arbeiten am Thema „innere Sicherheit“ und lassen uns von unserem Weg nicht abbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Übrigens gehört auch der Bereich Justiz dazu. Hier haben wir seit 2011 fast 1.800 neue Stellen geschaffen und dafür gesorgt, dass die Stellen, die Sie eigentlich abbauen wollten, nicht abgebaut wurden. Auf dieses Thema möchte ich gar nicht weiter eingehen. Das, was da als Schimäre hochgezogen wird, Herr Kollege Lindner, ist ja schon abenteuerlich, als

ob jede kw-Stelle, die im Haushalt steht, automatisch irgendwann abgebaut werden würde.

(Christian Lindner [FDP]: Das sagt der Finanzminister doch!)

– Das sagt er nicht.

(Christian Lindner [FDP]: Künftig!)

Natürlich muss man mit jedem Haushalt überprüfen: Werden die kw-Stellen abgebaut oder nicht? Das werden wir wie bisher verantwortlich tun. Wie ich Ihnen gerade geschildert habe, haben wir die kw-Stellen, die Sie im Bereich Justiz hatten, aus gutem Grunde nicht vollzogen, sondern wir haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort gelassen.

(Beifall von der SPD)

Das war ein wichtiger Impuls für die Sicherheit in unserem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Problem ist doch, dass die Ideologie des schlanken Staates erkennbar ein Fehler war. Ihr Problem ist, dass wir das korrigiert haben.

Herr Laschet, der Kollege hat Sie vorhin schon gefragt. Wie wollen Sie das eigentlich im Wahlkampf glaubhaft vertreten, wenn Sie selbst am Kabinetts-tisch gesessen und die Entscheidung für diesen Stellenabbau im Bereich Polizei mitverantwortet haben?

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das frage ich Sie ganz ehrlich. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, lieber Herr Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Dann habe ich mit Staunen auch besagtes Interview von Ihnen gelesen in der „RP“ vom 5. Dezember.

(Zuruf von der CDU: Dann haben Sie was gelernt!)

– Ja, ich habe etwas gelernt. Ich habe Folgendes gelernt – das kann ich Ihnen sagen –: Sie werden gefragt, Herr Kollege Laschet: „Wieviel zusätzliche Polizisten braucht NRW?“ – Antwort – Zitat –: „Eine exakte Zahl kann man nicht festlegen.“ – Frage: „Warum nicht?“ – Antwort: „Weil wir das gerade bei der Auswertung der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage [...] prüfen und weil es die Diskussion verengt.“ – Nein, Herr Laschet, Sie wollen nicht Farbe bekennen! Das ist es.

(Zurufe von Armin Laschet [CDU] und Lutz Lienenkämper [CDU] – Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wollen für jeden die richtige Antwort parat haben. Das ist die Methode Trump, lieber Herr Laschet. Das

ist nicht Farbe bekennen und ein klarer Plan für dieses Land.

(Armin Laschet [CDU]: Sie denken in Stellen und wir denken an innere Sicherheit! Das ist der Unterschied!)

– Aber ohne Stellen gibt es auch keine innere Sicherheit, lieber Herr Laschet.

(Armin Laschet [CDU]: Wir wollen ja auch mehr Stellen!)

Das ist ja ein Grundmuster. Sie sagen überall, man müsste mehr machen.

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

Ich könnte jetzt die ganzen Presseerklärungen der Mitglieder Ihrer Fraktion aus den letzten Monaten vorlesen, in denen Mehrforderungen vorkommen und Sie sagen, dass wir überall zu wenig tun. Was soll alles wo wie und noch mehr finanziert werden? Dann schaue ich auf Ihre Haushaltsanträge – ich habe mir die angeguckt – und alles löst sich in Luft auf.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

Denn konkret wird Politik im Haushalt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als Opposition haben Sie die Aufgabe, darzulegen, wie Sie diese Mehrforderungen im Haushalt abbilden wollen. Ansonsten glaubt Ihnen da draußen kein Mensch mehr irgendetwas. Das ist das Problem Ihrer Oppositionsarbeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu unserem Ziel „mehr Lebensqualität“ gehört auch das Thema „Bewahrung der Schöpfung“. Wir wollen die Schöpfung bewahren für die nächsten Generationen. Dazu gehört der Emscherumbau. Dazu gehören das Klimaschutzgesetz und der Klimaschutzplan, den wir in vorbildlicher Weise mit allen Betroffenen erarbeitet haben.

Dann sind wir auch beim Thema „Landesentwicklungsplan“. Der hat ja heute schon eine große Rolle gespielt. Offenkundig kennen Sie den Unterschied zwischen Raumplanung und Fachplanung nicht. Das ist erst mal Punkt eins. Das finde ich schon bedauerlich, dass das nicht so ganz klar ist, wo da die Unterschiede liegen.

Aber der LEP gibt die Raumplanung vor. Wir wollen einem starken Wirtschaftsstandort genug Raum geben. Deshalb gibt es eben – wie war die Formulierung bei Ihnen, Herr Lindner? – kein Nettonullflächenziel. Das ist gar nicht so, sondern wir haben ein Ziel von 5 ha. Das ist auch nicht Rot-Grün plus, wie dann immer wieder gesagt wird, sondern das ist schlicht und einfach abgeleitet vom bundesweiten Ziel.

Dann müssen Sie auch da bitte, Herr Laschet, Farbe bekennen. Sie wissen, dass wir täglich in NRW eine Fläche verlieren, die so groß ist wie 14 Fußballfelder.

(Widerspruch von Armin Laschet [CDU])

– Sie sollten sich schlaumachen. Wenn Sie jetzt sagen, alles muss möglich sein ...

(Armin Laschet [CDU]: Wiesen wachsen! Grünflächen wachsen! Naturschutzflächen wachsen! Gewerbeflächen verschwinden!)

– Dem ist leider nicht so. Sie sollten sich mit den Daten und Fakten dann wirklich auch mal auseinandersetzen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das Problem ist, dass Sie nicht wahrhaben wollen, was die Wahrheit ist! – Glocke)

Diese Landesregierung ist der Überzeugung: Wir dürfen unser Naturerbe nicht verschleudern und uns nicht an den nächsten Generationen versündigen. So machen wir Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Übrigens stellen wir uns bei dem Thema einer Verantwortung, vor der Sie sich auch als Mitglied der Regierung Rüttgers damals gedrückt haben. Es wäre nämlich an Ihnen gewesen, diesen Landesentwicklungsplan vorzulegen. Sie haben die Konflikte gescheut.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Sie als Kabinett haben die Konflikte gescheut. Deshalb haben Sie keinen neuen LEP vorgelegt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Minister Johannes Remmel: Genauso ist es! – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Das ist das, was Sie in dieser Frage unglaublich macht, wertere Kollegen von der CDU.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Jetzt behaupten Sie hartnäckig, der LEP behindere die Wirtschaft. Dann haben Sie ja vorhin den Brief hochgehalten von der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld. Wir haben interessanterweise mit dem Briefschreiber Kontakt aufgenommen. Ich möchte Sie über den Vermerk, den ich dazu habe, gerne in Kenntnis setzen.

Die Unterzeichnerin hat am 13. Dezember 2016 mit Herrn Blome, Entwurfsverfasser des Schreibens der IHK OWL, telefoniert und ihn um konkrete Angaben zu den Unternehmen gebeten. Dieser hat ausgeführt, dass nach seiner Aussage die im Schreiben erwähnten Betriebe nach eigenem Kartenstudium in betroffenen Bereichen lägen, die potenziell in den Anwendungsbereich von Ziel 2.3 fallen könnten, wenn sie sich denn erweitern wollten.

(Minister Johannes Remmel: Postfaktisch ist das!)

Er persönlich kennt nur die hier bereits bekannten Fälle Spenge und Bünde. Konkrete weitere Absichtserklärungen oder Erweiterungswünsche liegen nicht vor. Ich denke, dazu muss man nicht mehr sagen. Das löst sich dann wunderbar in Luft auf.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Minister Johannes Remmel: Wunderbar!)

Im Übrigen: Während Sie offensichtlich eifrig die Presseschau auswerten, reden wir vor Ort mit den Betroffenen. Es hat bereits Ortstermine auch der Staatskanzleimitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit der Bezirksregierung und mit den betroffenen Unternehmen gegeben.

(Zuruf von der FDP)

Vieles, was dort als Problem gesehen wurde, hat sich inzwischen erledigt. Das werden Ihnen Ihre Kollegen aus Ostwestfalen-Lippe sicherlich bestätigen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

So ist das mit Luftblasen. Die zerplatzen in diesem Raum.

Zu unseren Schwerpunkten gehörten auch solide Finanzen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Schulden, Schulden! – Zuruf von der FDP: Oh je!)

Auch hier haben wir von Anfang an gesagt, was wir tun wollen, und wir haben es eingehalten. Immer wieder haben wir den Dreiklang nach vorne gestellt.

(Zuruf von der CDU: Schulden haben Sie gemacht!)

Wir bekennen uns zur Schuldenbremse, und wir werden sie einhalten. Die Einnahmesituation hat sich verbessert – das ist richtig –, aber wir haben auch immer gesagt: Wir versündigen uns nicht an der Zukunft dieses Landes, wir setzen nicht auf den schlanken Staat, wir wissen, dass wir in Infrastruktur und in Bildung investieren müssen, und ich bin stolz darauf, dass wir das eins zu eins umgesetzt haben.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Hendrik Schmitz [CDU]: Ja, ja!)

Trotz großer Herausforderungen – ich nenne nur das Thema „Flüchtlinge“ – haben wir den Weg der „fallenden Linie“ beibehalten können. In der mittelfristigen Finanzplanung zu diesem Haushalt zeigen wir, dass wir die Nullneuerschuldung schaffen. Damit ist Ihnen ein Wahlkampfinstrument aus der Hand genommen.

Jetzt kommen Sie mit Ihren Vorschlägen. Die habe ich mir vorhin auch angehört. Sie wissen inzwischen,

dass Sie nicht bei Polizei und Lehrern sparen können, da Sie dann ganz unglaubwürdig würden. Das war damals Ihre Linie, von der Sie jetzt ganz abgekommen sind. Sie sagen: Der Aufwuchs der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ist total schändlich. – Dabei nennen Sie eine Zahl von 567 Stellen.

Ich empfehle Ihnen die Haushaltsvorlage 16/4498 des Finanzministers. In dieser listet er auf Wunsch die 567 Stellen auf. Dabei handelt es sich um 86 Stellenzugänge aufgrund erhöhter Flüchtlingszahlen. Sollen wir das nicht machen, Herr Laschet? Sagen Sie das!

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Aber nicht im Ministerium!)

– Nicht im Ministerium? – Nein, da brauchen wir keinen! Bezirksregierungen sind ja ... Das ist alles völlig egal. – 128 Stellenzugänge zur Stärkung der inneren Sicherheit: Sie haben die ganze Zeit darüber geredet, aber wenn es darum geht, diese Stellen zu schaffen, dann wollen Sie die wegstreichen. Sie müssen sich mal entscheiden!

(Fortgesetzter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus haben wir Stellen zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes, für Informationssicherheit, und wir haben eine Stabsstelle für den CIO Informationstechnik – das wird die Piraten freuen, aber wahrscheinlich ist das eh alles zu wenig. Außerdem müssen wir die Umsetzung des Europäischer Sozialfonds unterstützen. Und wir haben 134 sonstige Stellenzugänge. Darunter fallen die „Qualifikationsklasse schwerbehinderter Menschen“, das Programm „Schule trifft Arbeitswelt“, die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz und die Begleitung von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen.

So weit zu Ihrer Schimäre, die Sie hier aufbauen, wenn Sie sagen: Das braucht man alles nicht. Das Personal kann man hier einsparen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Finanzminister ist vorhin schon gelobt worden. An dieser Stelle mache ich das auch noch mal, auch mit einem Seitenhieb an seinen Kollegen bei der Bundesregierung in Berlin. Diese Landesregierung hat nicht nur ein Schweizer Steuerabkommen mit verhindert, sie hat auch dafür gesorgt, dass die CDs angekauft wurden, die 2,3 Milliarden € Mehreinnahmen gebracht haben. Diese Landesregierung wird ebenfalls nicht lockerlassen, eine vernünftige Gesetzgebung für Ladenkassen herzustellen

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und für Cum-Cum und Cum-Ex und alle diese Dinge, bei denen Menschen sich ihrer Pflicht, Steuern zu bezahlen, entziehen wollen. Das werden wir nicht zulassen, und dafür bin ich dankbar.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das alles war geplant. Das haben wir alles gemacht. Wir haben an vielen Stellen, bis hin zum Thema „Respekt“, wichtige Themen angefasst. Ich kann das alles gar nicht auflisten.

Wir haben uns noch dem Thema „Flüchtlinge“ gewidmet. Auch da haben wir gezeigt, dass Nordrhein-Westfalen auch in dieser Hinsicht wegweisend unterwegs ist und an der Spitze liegt, auch weil wir mit den Integrationszentren über die passende Infrastruktur verfügen und weil wir die Maßnahme frühzeitig auf den Weg gebracht haben, ganz gleich, ob es um KITAS, Bildung, Ganztage, Wohnungsbau, Sprachkurse oder Integrationskurse geht. Das waren in diesem Jahr 4,6 Milliarden €, und im nächsten Jahr werden es 4,2 Milliarden € sein.

Die schwarze Null wäre durchaus erreichbar gewesen, wenn wir das Geld nicht ausgegeben hätten. Dann jedoch hätten wir uns an der Zukunft dieses Landes versündigt, und das tun wir nicht. Wir setzen das on top, weil es wichtig ist, dass hier keine Konkurrenz entsteht.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns über Rückführung reden. Hier wurde gesagt: „Wir sind dabei Schlusslicht.“ – Wir sind angeblich überall Schlusslicht. In diesem Jahr 2016 wurden bis Oktober 22.000 Menschen zurückgeführt. 18.000 davon sind freiwillig in die Länder gegangen, die Sie genannt haben. 4000 haben wir zwangsweise zurückgeführt. – Das reicht immer noch nicht. Ich bin der Auffassung, dass wir insbesondere die, die straffällig geworden sind, schneller loswerden müssen, aber da können wir nicht als Land agieren.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Lutz Lienenkämper [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Da sind der Bund und der Bundesinnenminister gefordert,

(Zurufe von der CDU)

mit Marokko und Algerien vernünftige Abkommen zu schließen. Sie können sich darauf verlassen, dass wir den Finger weiter in die Wunde legen werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

Das alles zeigt, dass wir einen Plan mit klaren Prioritäten haben. Wir können in Nordrhein-Westfalen Wandel, und wir wissen, dass man ihn gestalten

muss. Wir sagen klar, wofür wir stehen und was wir wollen, und wir werden diese Linie auch beibehalten; denn wir geben Orientierung.

Herr Laschet und Herr Lindner, Sie dagegen arbeiten mit ungedeckten Schecks, jonglieren mit veralteten und falschen Zahlen, weil die neuen Ihnen nicht in die Argumentationslinie passen. All das geschieht aus purer Verzweiflung, weil Sie keinen Plan haben. Und dann fällt Ihnen nichts anderes ein als die Rückkehr zu „Privat vor Staat“, Studiengebühren, Kitagebühren, Sozialticket. Das geht alles wieder schön in die gleiche Richtung zurück. Damit werden Sie auch diesmal nicht erfolgreich sein. Die Menschen in diesem Land können sich darauf verlassen, dass dies die falsche Richtung ist. Dafür werden wir eine große Mehrheit in diesem Land gewinnen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sehen die Herausforderung, aber wir gehen sie mit Zuversicht an. Nordrhein-Westfalen kann Wandel, und Nordrhein-Westfalen wird mit dieser Landesregierung auch den Wandel weiterhin gestalten.

Wir haben einen Plan, und wir wollen unser Land auch in den kommenden Jahren noch stärker und noch zukunftsfester gestalten. Dafür sage ich ein herzliches Glück auf.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Lindner von der FDP-Fraktion.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion hat fast länger applaudiert, als ich jetzt Redezeit habe. Deshalb muss ich mich kurzfassen.

(Heiterkeit von der SPD – Zuruf von der SPD: Wir haben Ausdauer!)

Erstens. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben Armin Laschet gewarnt, wer im Glashaus sitzt, solle nicht mit Steinen werfen.

Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben einem Kabinett Steinbrück angehört, das 500 Polizeibeamte im Jahr neu eingestellt hat. Wie können Sie dann eine Nachfolgeregierung kritisieren, die 1.000 Polizeibeamte im Jahr eingestellt hat? – Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

(Lutz Lienenkämper [CDU]: So ist es! – Beifall von der FDP und der CDU)

Zweitens. Sie haben hier gerade den Beitrag aus Michaelshoven in den Zusammenhang mit „postfaktisch“ gerückt, Frau Ministerpräsidentin. Das sei

Hörensagen. Die Leute, die Sie da mit Hörensagen kritisiert haben, sind die Helfer und Betreuer der behinderten Kinder in den Schulen. Das war kein Hörensagen. Das ist nicht „postfaktisch“. Wenn Sie hier aber sagen, Studienbeiträge hätten junge Menschen vom Studium abgehalten, dann sind das Fake News; denn den Zusammenhang gab es nicht.

(Beifall von der FDP und vereinzelt von der CDU)

Drittens. Wir haben gelernt, bei den 7.000 kw-Stellen – der Finanzminister rief mir zu, dass hieße ja auch nicht „künftig“, sondern nur „kann wegfallen“ – im Schulhaushalt wolle man mal schauen. Aber Ihr Ministerialdirigent Dr. Mangelsdorff sagte am 27.10. in der öffentlichen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses – ich zitiere –:

„In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir die Realisierung der kw-Vermerke berücksichtigt, also mit einkalkuliert.“

Also: Die werden abgebaut, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Christian Lindner (FDP): ... oder Ihre mittelfristige Finanzplanung, die Sie hier vorgelegt haben, ist Makulatur.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Ich komme zum Ende.

Viertens. Für das, was Sie hier heute zur Arbeitnehmerfreizügigkeit gesagt haben, Frau Ministerpräsidentin, und was wir im Januar dieses Jahres gesagt haben, hat uns Herr Garbrecht noch als Rechtspopulisten beschimpft.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: So ist es!)

Da kann man nur sagen: Wenn Sie uns erst so kritisieren und uns dann folgen, ist das unglaublich.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: So ist es! – Beifall von der FDP und der CDU)

Ganz zum Schluss: Die SPD-Landtagsfraktion hat applaudiert, als Sie aus Ihrem Aktenvermerk vorgelesen haben, in Ostwestfalen seien keine Erweiterungen geplant, und deshalb sei der LEP auch gar nicht so problematisch.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD – Zurufe von der FDP)

Da wird also applaudiert, dass es keine wirtschaftliche Entwicklung gibt!

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Lindner, die Redezeit!

Christian Lindner (FDP): Wir brauchen aber einen Landesentwicklungsplan, der Entwicklung ermöglicht und anregt. Und dafür braucht es Flächen hier im Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Habe ich für eine persönliche Bemerkung einen Satz?

Präsidentin Carina Gödecke: Ja.

Christian Lindner (FDP): Außerhalb des politischen Protokolls habe ich die Präsidentin gebeten, eine Sache in Richtung der grünen Fraktion klarstellen zu können.

Es hat von mir klügere Formulierungen gegeben als die bezogen auf Herrn Hofreiter. Das will ich Ihnen gern konstatieren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich wollte lediglich zum Ausdruck bringen, dass es mit Herrn Remmel und Herrn Özdemir Politiker Ihrer Partei gibt, mit denen man sich fachlich streiten kann, ohne dass gleich die Moralkeule geschwungen wird und man mundtot gemacht wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Da sich die SPD-Fraktion gemeldet hat, erhält jetzt Herr Kollege Römer für die SPD-Fraktion das Wort.

(Christian Lindner [FDP]: Das war keine Entschuldigung! – Zuruf: Das hat auch keiner so aufgefasst!)

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lindner, ich werde es noch einmal machen, nämlich Ihnen erklären, wie es damals in der Regierungszeit vor der schwarz-gelben Regierung tatsächlich gewesen ist.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Erstens. Sie haben recht mit dem Hinweis, dass die Zahl, die Sie genannt haben – 500 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter – richtig ist.

(Zuruf von der FDP: Ja also!)

Zweitens. Damals wurde aber, Herr Kollege Lindner – das haben Sie geflissentlich unterschlagen; das war für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Polizei nicht schön –,

(Christian Lindner [FDP]: Die Arbeitszeit ausgedehnt!)

die Arbeitszeit erhöht. Das hat dazu geführt, Herr Kollege Lindner, dass damit die Präsenz der Polizei auf den Straßen beim Einsatz in derselben Größenordnung stattfinden konnte wie vorher auch. Das zur Klarstellung, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der FDP)

Was ich Ihnen außerdem sagen möchte: Ich habe zumindest erwartet, dass Sie, wenn Sie schon inzwischen Ihre Haltung dahin gehend geändert haben, dass wir auch einen starken, einen durchsetzungsfähigen Staat brauchen, wenigstens anerkennen würden, welche Anstrengungen diese Landesregierung seit 2010 für die Stärkung im Bereich der inneren Sicherheit und der Justiz unternommen hat.

Das zumindest wäre fair gewesen. Aber Fairness scheint bei Ihnen in dieser Frage keine Rolle zu spielen.

Das Dritte, das ich anmerken möchte: Sie haben über die kw-Vermerke gesprochen. Selbstverständlich sind diese kw-Vermerke in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Als jemand, der schon jahrelang Parlamentsarbeit leistet, wissen Sie aber doch, dass die mittelfristige Finanzplanung immer wieder mit der Realität abgeglichen wird.

(Angela Freimuth [FDP]: Ah!)

Selbstverständlich wird das dann, wenn es notwendig wäre – das haben wir mit den kw-Vermerken, die Sie uns hinterlassen haben, auch gemacht –, korrigiert. Es können sich also alle darauf verlassen: Die Stellen, die gebraucht werden, werden selbstverständlich von der rot-grünen Koalition durchgesetzt. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD)

Das Vierte, das ich anmerken möchte: Herr Kollege Lindner, der Landesentwicklungsplan – Sie können erzählen, was Sie wollen – wird dazu führen, dass überall da, wo es notwendig und vernünftig ist, Ansiedlungen selbstverständlich ermöglicht werden. Keine einzige Ansiedlung für industrielle Produktion, für Gewerbe in Nordrhein-Westfalen wird durch den Landesentwicklungsplan verhindert. Das ist eine klare Aussage. Daran können Sie überhaupt nicht herumdeuteln.

Das ist im Übrigen auch im Gespräch mit den Verantwortlichen in Ostwestfalen-Lippe deutlich geworden; die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen. Da sind mit den Möglichkeitsformen, die man gar nicht mehr nachvollziehen kann, Dinge konstruiert

worden, die eventuell entstehen könnten, wenn etwas passieren würde. Klar ist in jedem Fall: Bei der Prüfung der Realität hat sich herausgestellt, dass in Ostwestfalen-Lippe keine einzige Gewerbeansiedlung angemeldet wurde, die nicht zum Erfolg geführt worden ist. Auch das ist jetzt noch einmal deutlich gemacht worden.

Ich will zum Schluss zusammenfassen: Auch nach den Ausführungen des Kollegen Lindner gerade, die ein kleinkrämerisches Herumkritteln an der Politik der Landesregierung waren, ist überhaupt nicht klar geworden,

(Christian Möbius [CDU]: Das kleine Karo!)

wohin die Opposition mit diesem Land, wenn Sie Verantwortung hätte, kommen wollte. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Sie haben kein Konzept, keinen Plan für die Zukunft, keine Vorstellung davon, wohin sich das Land und unsere Gesellschaft entwickeln sollten.

Wir dagegen – das hat die Ministerpräsidentin in Ihrer Rede auch herausgestellt – haben eine klare Vorstellung davon, wohin sich unser Land entwickeln wird, wohin sich unsere Gesellschaft entwickeln soll.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nein, das habt ihr leider nicht! Das wäre schön!)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen: Auf diese Landesregierung, auf diese rot-grüne Koalition ist Verlass. – Sie werden das auch honorieren; da bin ich sehr zuversichtlich.

Es bleibt dabei: Wir werden im Frühsommer einen schönen Tag erleben, wenn SPD und Bündnis 90/Die Grünen Hannelore Kraft zum dritten Mal zur Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen wählen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich korrigieren: Herr Prof. Lederer ist nicht aus Köln, sondern aus Bielefeld.

Ich möchte aber ein weiteres Zitat in Sachen Hochschulen hinzufügen, und zwar von Herrn Prof. Marcus Baumann, dem Sprecher der Fachhochschulen. Ich zitiere:

„Das Land gibt mit der Verstetigung eines Teils der Hochschulpakt-Mittel ein klares Bekenntnis zu einer verlässlichen Finanzierung der Hochschulen ab. Das ist auch deshalb so wichtig, weil wir als Hochschulen mit einer Ausbildung auf

höchstem Niveau für junge Menschen die Grundlagen für die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft legen.“

Offensichtlich ist es das Konzept der FDP – und vielleicht auch bald der CDU –, Studiengebühren einzuführen, um Menschen vom Hochschulstudium abzuhalten und so das Verhältnis von Studierenden zu Professoren zu verbessern.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Klaus Kaiser [CDU]: Unverschämt! – Christian Lindner [FDP]: Widerliche Demagogie ist das! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Herr Kollege Lindner, Sie haben eben das Hofreiter-Zitat gebracht und es noch einmal schlimmer gemacht. Ich finde es infam und unanständig, wie Sie mit Herrn Hofreiter umgehen. Das möchte ich Ihnen an der Stelle auch sagen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zur Inklusion – das ist mir wirklich ein Anliegen –: Hier reden wir über Schülerinnen und Schüler, die gerne in das Regelsystem hineinwollen. Wir wollen den Rechtsanspruch für die Eltern und die Kinder durchsetzen. Ich könnte jetzt aus der eigenen Familie schildern, wie schwierig die Dinge sind. Wenn wir uns jetzt auf den Weg begeben, um diese schwierigen Dinge zu gestalten, dann geht es nicht an, den Rechtsanspruch auszusetzen, sondern wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um da voranzukommen.

Ich finde es unanständig, dass Sie mit den Ängsten der Betroffenen Politik machen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Letzter Punkt: kw-Vermerke. Das finde ich auch echt schräg. Wir haben 2015 – ich kann mich noch gut daran erinnern – kurz vor Ostern zusammengesessen und wegen der hohen Zuwanderung beschlossen – das Schulministerium hatte Gott sei Dank vernünftig vorgearbeitet und Zahlen auf den Tisch gelegt –: Wir müssen schnell handeln. Wir müssen Lehrerinnen und Lehrer einstellen, sonst schaffen wir es nicht, die Qualität zu halten.

Dann haben wir uns kurzfristig entschieden, die Stellen bereitzustellen. Es war auch richtig – ich stehe dazu, dass das so angelegt worden ist –, diese Stellen zunächst mit einem kw-Vermerk zu versehen, weil wir nicht wissen konnten – und das bis heute nicht wissen –, wie hoch die Zuwanderung sein würde. Sie ist deutlich zurückgegangen. Wenn wir da nachsteuern müssen, werden wir das tun.

Wenn Herr Lindner das benutzt, um zu behaupten, es seien weniger Lehrerinnen und Lehrer da als vorher, ist das schlicht keine richtige Darstellung.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Herr Lindner, ich sage Ihnen: Wir haben seit 2010 390.000 Schülerinnen und Schüler weniger und trotzdem mehr Lehrerinnen und Lehrer. Das ist die Leistungsbilanz von Rot-Grün. Wir sind stolz darauf und werden das auch über 2017 hinaus fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich habe mir doch noch einmal ein paar Seiten rausgesucht. Ich habe ja noch ein bisschen Zeit.

Ich finde es wirklich schade, dass wir immer noch – auch nach meinem Hinweis – darüber reden, wie wir alte Löcher stopfen, statt hauptsächlich darüber zu reden, was wir in der Zukunft machen. Vorhin wurde darauf hingewiesen, dass im November der Vorlesetag stattgefunden habe. Über die Märchenstunde haben wir schon beim letzten Plenum geredet. Ich erzähle jetzt auch eine kleine Geschichte, und zwar eine konstruktive, die einen Blick in die Zukunft richtet. Ich möchte Ihnen schildern, wie ich mir, wie wir Piraten uns die Zukunft in diesem Land vorstellen.

(Unruhe)

– Wenn man vorliest, möchte man meistens, dass jemand zuhört.

(Der Redner schweigt für etwa 25 Sekunden. – Daniel Dünkel [PIRATEN]: Das ist die Würde des Hohen Hauses! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Es muss aber eine spannende Geschichte sein! – Armin Laschet [CDU]: Herr Marsching, reden oder hinsetzen! – Der Redner redet mit der Präsidentin.)

– Die Präsidentin sagt, es sei nicht so laut, dass ich nicht reden könnte. Dann muss ich eben ein bisschen lauter reden. Vielleicht hilft das ja.

Stellen Sie sich vor, ich bin Peter, 28, und komme aus Dortmund. Es ist Montag, 7:30 Uhr. Meine Tochter und ich machen uns auf den Weg in die beitragsfreie Kita. „Du, Papa, wofür war noch mal der große Turm da vorne?“ – Ich erkläre meiner Tochter, dass die Menschen früher gezwungen waren, ihren Lebensunterhalt mit Kohle und mit Stahl zu verdienen. – Zum Glück sind diese Zeiten vorbei.

(Unruhe – Glocke)

In der Kita nimmt sich der Erzieher noch kurz Zeit und zeigt mir einige der digitalen Neuerungen. Meine

Smartwatch piept und signalisiert mir, dass gerade mein Auto vorgefahren ist. Ich mache mich auf den Weg, steige in das autonom fahrende Elektroauto. Das Auto fährt noch einmal bei mir zu Hause vorbei, ich hole meinen Sohn ab und wir fahren zur Schule. Wir nehmen nur ein Tablet und eine Brotdose mit; denn mehr braucht man in der Zukunft nicht. Ich denke an meine Kindheit zurück, und an die Tornister, mit denen wir immer herumlaufen mussten und die so schwer waren.

Bevor ich dann zur Arbeit gehe, geht es noch kurz ins Café. Ich schnacke noch ein bisschen mit den Inhabern Kamil und Basima über Früher. Es waren damals schwierige Zeiten, als die beiden mit dem Train of Hope aus Syrien nach Deutschland gekommen sind. Ich logge mich im Café in das WLAN ein – natürlich Freifunk. Nach langem Hin und Her hat es unser Land geschafft, dass uns endlich 50 Mbit in der Fläche zur Verfügung stehen. Glasfaser gibt es – na ja – bald.

Ich bestelle mir über die App ein weiteres Auto. Ich fahre zu meinem Coworking Space. Auf dem Weg dahin verschaffe ich mir auf meinem Smartglass einen Überblick über die aktuellen Nachrichten. Schön ist, dass Rheinmetall verkündet hat, demnächst nur noch Spielzeug herzustellen, weil der internationale Waffenmarkt versiegt ist.

Jetzt wird es langsam zeitlich etwas knapp. Um 12:00 Uhr habe ich eine Verabredung mit Yuri, meinem Partner in Moskau, mit dem ich an einem 3D-Modell arbeite. Zum Glück ist mein Anschluss am Coworking Space am schnellen Glasfasernetz.

Dann gehe ich kurz was essen. Was ist jetzt los? Der Freifunkrouter funktioniert hier nicht. Ich melde diese Störung und bekomme sofort die Rückmeldung, dass sich jemand auf den Weg macht. Das Problem wird behoben.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Wieder am Arbeitsplatz erhalte ich eine Nachricht meines Sohnes. Die letzten beiden Stunden fallen aus. Ich rufe meine Frau an. Der Sekretär meldet sich, und er sagt, dass sie in einer Onlinekonferenz ist. Es wird nichts: Wir schaffen es beide nicht, meinen Sohn abzuholen. Also schicke ich ihm eine kurze Nachricht, er solle mit dem Bus nach Hause fahren. Gott sei Dank ist der ÖPNV mittlerweile fahrscheinfrei, und das ist alles kein Problem mehr.

Ich erledige kurz einige Sachen. Dann rufe ich mir ein Auto, hole meine Tochter pünktlich aus der Kita ab, bringe sie nach Hause und treffe mich auf dem Weg mit einem alten Freund. Der erzählt mir, dass er vor fast zwei Jahren seinen Job aufgegeben hat. Er kümmert sich jetzt Vollzeit um seine Eltern zuhause. Das ist dank des bedingungslosen Grundeinkommens möglich und kein Problem mehr.

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zweimalige Klingeln war kein Bestandteil der Geschichte, die gerade vorgetragen wird, sondern der Hinweis, dass es jetzt wirklich so laut geworden ist, dass man es nicht mehr übersprechen kann.

(Allgemeine Heiterkeit – Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Arrogantes, respektloses Pack! – Gegenruf von der SPD)

Michele Marsching (PIRATEN): Sie sind ja gerade alle rausgegangen. Wenn Sie nicht zuhören wollen, gehen Sie vielleicht eben raus, und lassen sich Bescheid sagen, wenn ich fertig bin. Ansonsten: „Guten Appetit“ – das wäre auch noch eine Möglichkeit.

Die Frau meines Freundes hat übrigens damals, als es diesen großen Fachkräftemangel in der Pflege gab, umgeschult und arbeitet jetzt Vollzeit – und das sind 25 Stunden die Woche – in einem der vielen modernen Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen.

Und überhaupt: die Pflege. Seit einigen Jahren werden Pflegeberufe auch entsprechend bezahlt. Für viele junge Leute ist es attraktiv geworden, in der Pflege zu arbeiten. Viele der schweren Arbeiten werden nämlich inzwischen von Pflegerobotern übernommen. Den Menschen kann das nicht ersetzen. Das ist richtig, und das ist auch gut so.

Überhaupt hat sich der Arbeitsmarkt rasant entwickelt. Viele Ängste hatten wir damals, 2016: Die Arbeitsplätze würden wegfallen. Die Politik hat sogar versucht, die Digitalisierung zu bremsen, statt sie zu nutzen und zu fördern. Zum Glück hat sich das geändert. Automatisierung und das bedingungslose Grundeinkommen haben viele, viele Freiräume geschaffen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Das sind Freiräume, um kreativ zu sein, Freiräume, um soziales Engagement zu leisten – und zwar, ohne Existenzangst zu haben.

Armut – Kinderarmut gar – gibt es nicht mehr; denn 2020 wurde, Gott sei Dank, eine echte Kindergrundsicherung eingeführt. Den Armutsbericht hat man letztes Jahr abgeschafft, weil Armut in der Breite in Deutschland einfach kein Thema mehr ist.

Mein Auto fährt die letzten Meter. Ich habe nebenbei meine Steuererklärung erledigt und sie online eingereicht. Wenige Minuten später liest das „Radio“ im Auto den eingegangenen Bescheid vor. Die Rückerstattung ist gerade schon auf mein Konto überwiesen worden.

Wir kommen zu Hause an. Wir steigen aus. Das Auto fährt selbstständig weiter. Mein Sohn ist seit einer halben Stunde zu Hause.

Dank der Abschaffung von G8 ist mein Sohn weniger Stress ausgesetzt und hat gleich Zeit, zum Training zu gehen. Vielleicht trifft er sich davor sogar noch mit einem Freund. Wir recherchieren noch gemeinsam für ein Referat und laden aktuelle offene Bildungsmedien auf sein Tablet für morgen.

Meine Frau kommt mit meinen Eltern nach Hause, und wir genießen den gemeinsamen Nachmittag.

Am Abend treffe ich mich noch mit ein paar Freunden, und wir arbeiten gemeinsam an einem freien Smart-Home-Konzept. Wir wollen ein paar Studien verschiedener Universitäten einfließen lassen, die auf der Bildungsplattform Open Access NRW durchgearbeitet werden können. Dabei hilft uns der 15-jährige Nachbarsjunge, der uns dank Pflichtfach Informatik in vielen Punkten ein gutes Stück voraus ist.

Manchmal schaue ich ein wenig zurück. Wie gut es uns doch plötzlich geht: so wenig Neid in dieser Gesellschaft, so viele IT-Experten, um die Sicherheit unserer Infrastruktur zu gewährleisten, so eine zukunftsorientierte und beitragsfreie Bildung unserer Kinder, so ein geiles NRW. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1.

Wir kommen zur Abstimmung. Bei den beiden Gesetzentwürfen zum Haushaltsgesetz und zum GFG in dritter Lesung ist das Beratungsverfahren abgeschlossen, sobald wir die dritte Lesung und die abschließende Abstimmung durchgeführt haben. Das heißt, es handelt sich um die Schlussabstimmung gemäß § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Wir haben sehr viele – wohl insgesamt 15 – Abstimmungen vorzunehmen.

Wir stimmen erstens über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbänden im Haushaltsjahr 2017 – Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 – ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13701 – Neudruck –, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 16/12502 und 16/13400 in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst in der Fassung nach der zweiten Lesung und nicht über die Beschlussempfehlung zur dritten Lesung. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist

der Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 **Drucksache 16/12502 – Neudruck** – in der Fassung nach der zweiten Lesung mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis in dritter Lesung **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 verabschiedet**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/13762. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – CDU, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Wer möchte sich enthalten? – FDP. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/762** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/13763. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – CDU, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Demzufolge enthält sich die FDP-Fraktion. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/13763** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **angenommen**.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/13764. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/13764** der Piraten mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen fünftens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/13765. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Enthaltung? – Der fraktionslose Kollege Schulz. Damit ist der **Änderungsantrag** der Piraten **Drucksache 16/13765** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/13766 ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? Die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Damit ist der **Änderungsantrag** der Piraten **Drucksache 16/13766** ebenfalls mit

dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich lasse siebte über das Haushaltsgesetz 2017 Drucksachen 16/12500 und 16/13400 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13700, das Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Wer dieser Beschlussempfehlung und den soeben vorgenommenen Änderungen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/13700 unter Berücksichtigung der Änderungsanträge Drucksachen 16/13762 und 16/13763 angenommen** und das **Haushaltsgesetz 2017 in dritter Lesung ebenfalls angenommen und verabschiedet**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen zur achten Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/13767. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, die Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Entschließungsantrag** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/13767** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **angenommen**.

Wir kommen zur neunten Abstimmung, wiederum über einen Entschließungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, diesmal die Drucksache 16/13768. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU, die FDP, die Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser zweite **Entschließungsantrag Drucksache 16/13768** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen zur zehnten Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/13769. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Enthalten hat sich demzufolge der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/13769** der Piraten mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur elften Abstimmung, wieder über einen Entschließungsantrag, diesmal der FDP, Drucksache 16/13770. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Enthalten haben sich diesmal die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der **Entschließungsantrag Drucksache 16/13770** der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur zwölften Abstimmung, diesmal über einen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13773. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer enthält sich? – Die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Damit ist dann der **Entschließungsantrag Drucksache 16/13773** der CDU-Fraktion mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung Nummer 13, diesmal über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13496. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in Drucksache 16/13703, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Damit kommen wir also zur Abstimmung über den Gesetzentwurf und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchten, den bitte ich um das Handzeichen – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten stimmen dagegen. Wer enthält sich? – CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Dann ist mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13496 in zweiter Lesung angenommen** und damit auch **verabschiedet**.

Wir kommen zur Abstimmung Nummer 14, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13771. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Das sind die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Enthalten hat sich demzufolge die CDU-Fraktion.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Und die Piraten? Die haben Sie gerade vergessen. Wir stimmen auch dagegen! Sie haben uns gerade vergessen!)

– Habe ich das nicht gesagt? Entschuldigung! Das ist die vierzehnte Abstimmung, da kann das schon mal passieren.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Macht nichts!
Alles gut!)

– Also für das Protokoll: Die Piraten haben dagegen gestimmt.

Trotzdem, obwohl ich den Fehler gemacht habe, bleibt es dabei, dass der **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/13771** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13025. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in Drucksache 16/13382, den Antrag abzulehnen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Enthalten haben sich demzufolge die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Schulz. Mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis ist dann der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/13382 abgelehnt**.

Wir haben insgesamt 15 Abstimmungen durchgeführt und können den Tagesordnungspunkt 1 damit abschließen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 2:

2 Wahl der Mitglieder für die 16. Bundesversammlung

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13713

Und:

Wahlvorschlag
des fraktionslosen Abg. Schulz
Drucksache 16/13754

Herr Kollege Schulz hatte sich bereits vorhin bei der Sitzungsleitung gemeldet, dass er sich, bevor wir inhaltlich in den Tagesordnungspunkt 2 einsteigen, zur Geschäftsordnung melden möchte. Das Rederecht steht ihm nach § 29 unserer Geschäftsordnung zu. Ich will nur noch einmal, Herr Schulz, in Erinnerung rufen, dass es in § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung heißt:

„Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen sich nur auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der zur Verhandlung stehenden Gegenstände oder den Sitzungsplan des Landtages oder der Ausschüsse beziehen und nicht länger als drei Minuten dauern.“

Es geht mir nicht um die drei Minuten, sondern darum, dass mir bislang die Fantasie fehlt, was Sie zur Geschäftsordnung sagen könnten. Ich werde gespannt zuhören, im Zweifelsfall aber auch unterbrechen.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Wahl der zu entsendenden Personen als Wahlfrauen oder Wahlmänner der Bundesversammlung, die unseren nächsten Bundespräsidenten wählen soll, ist in der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen nicht geregelt. Es findet sich hierzu auch keine untergesetzliche Regelung auf Landesebene.

§ 4 des Bundesgesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung macht nähere Ausführungen über die vom Landtag zu wählenden Vorschlagslisten und auch über das Nachrück- bzw. Vertretungsverfahren.

Wir haben hier einen einheitlichen Wahlvorschlag aller im Landtag vertretenen Fraktionen vorliegen, dem – mit Ausnahme der Vertreterinnen und Vertreter – nicht zu entnehmen ist, welcher Wahlmensch von welcher Fraktion benannt worden ist.

Ableitungen hierzu können allenfalls hinsichtlich der Mitglieder des Landtages Nordrhein-Westfalen vorgenommen werden, bei denen die Zuordnung ihrer Fraktionszugehörigkeit für die Zugehörigkeit zu ihrer imaginären Fraktionsliste spricht. Hinsichtlich aller anderen Personen ist nicht erkennbar, von wem der jeweilige Vorschlag stammt. Teilweise sind Personen benannt, die zum Beispiel mir persönlich gar nicht bekannt sind.

(Beifall von den PIRATEN)

Gemeinsam mit einer keineswegs kleinen Zahl namhafter Staats- und Verfassungsrechtler halte ich die in diesem Landtag für den vorgesehenen Tagesordnungspunkt 2 geübte Praxis, dass die Fraktionen ihre Parteilisten bzw. Fraktionslisten in einem gemeinsamen Wahlvorschlag verweben und zur Abstimmung stellen, für rechtswidrig.

Art. 38 Grundgesetz schreibt einen ehernen Grundsatz für Wahlen, insbesondere Personenwahlen, vor, nämlich die freie und geheime Wahl. Mit dem jetzt angedachten Verfahren der aus meiner Sicht nicht nachvollziehbaren Liste der Wahlvorschläge aller Fraktionen widerspricht das Hohe Haus – wenn die Wahl so durchgeführt wird – klar diesen verfassungsgemäßen gesetzlichen Vorgaben. Kein einziger